

10 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Wir kommen nun zu den dringlichen Anträgen.

10.1 Abbruchbestimmungen Baugesetz (GRⁱⁿ Dipl.-Museol. (FH) Braunersreuther, KPÖ)

Braunersreuther:

Sehr geehrte Kolleg:innen, ich stelle einen dringlichen Antrag, der hoffentlich dem Erhalt vieler Altbauten in der Stadt Graz dienen wird, denn die Stadt Graz stellt mit ihrem historischen Stadtkern eine Besonderheit in der steirischen Baukultur dar. Die Innenstadt sowie einige weitere ausgewiesene Flächen, das wissen viele von uns, sind durch das Grazer Altstadterhaltungsgesetz besonders vor Eingriffen in die historische Bausubstanz geschützt. Es gibt aber auch, und wer so durch die Stadt fährt, wird das sicher schnell wahrnehmen, es gibt auch außerhalb dieser Schutzzonen viele Gebäude, die großen historischen Wert besetzen. Nicht alle davon stehen unter Denkmalschutz, weil ihr Wert baukulturell vielleicht noch nicht so sehr erkannt wurde, aber auch weil er eher industriekulturell ist oder von kulturhistorischer Bedeutung. Diese Gebäude sind durch das Steirische Baugesetz leider wenig geschützt. Denn nach § 32 muss von der Bau- und Anlagenbehörde jeder Abbruch erlaubt werden, es sei denn, es gibt Einwände dagegen, wie etwa von der ASVK, die eben nach dem Kunstbau künstlerischen Wert, aber eben nicht nach dem kunst- und nicht dem kulturhistorischen Wert beurteilt. In anderen Bundesländern, Beispiel ist Wien, ist der Erhalt von solchen historischen Gebäuden durch das Baugesetz weitaus besser geschützt. Es besagt nämlich, der Abbruch von Bauwerken in Schutzzonen und Gebieten mit Bausperre usw. sowie der Abbruch von Gebäuden, die vor dem 1.1.1945 errichtet wurden, ist nur dann erlaubt, wenn die ausdrückliche Erlaubnis dafür gegeben wird. Wenn die Instandsetzung technisch unmöglich ist oder nur durch

wirtschaftlich unzumutbare Aufwendungen bewirkt werden kann. Ein solcher Paragraph würde auch in Graz einen sehr wertvollen Beitrag zum Erhalt historischer Bausubstanz bzw. Schutz vor deren Abriss bieten. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Baugesetz in § 32, „Abbruch von Gebäuden“ gemäß Motiventext zu ändern, um

1. den Abriss von Gebäuden, die vor 1945 errichtet wurden, nach dem Vorbild des Wiener Baugesetzes erst nach ausdrücklicher Bewilligung zuzulassen.
2. Ein weiterer Punkt, der nicht nur historische Gebäude schützt, sondern vor allen Dingen auch das Klima und die Umwelt schützen kann. Des Weiteren möge der Landesgesetzgeber für Gebäude, welche ab und nach 1945 errichtet worden sind und welche überwiegend (d.h. zu mehr als 50 Prozent) der Wohnnutzung dienen, baugesetzlich einen Abriss erst nach Begutachtung hinsichtlich des öffentlichen Interesses am örtlichen Stadtbild und unter Beachtung der Aspekte einer verstärkten Aufmerksamkeit auf Klimaschutz und Ressourcenschonung in der Bau- und Immobilienwirtschaft, ermöglichen.

Auch das wäre sehr wichtig und da wäre die Steiermark tatsächlich vorbildlich in ganz Österreich, denn sowohl der Abbruch von Gebäuden erzeugt hohe Emissionen als auch die Produktion von Beton ist mit sehr hohen Co2-Werten verbunden und es wurde häufig die Erfahrung schon gemacht, dass Gebäude rein aus Gründen des wirtschaftlichen Mehrwertes, das heißt, dass ein Bauträger an einem Bauplatz einfach dann statt ein Gebäude mit drei Wohnungen ein Gebäude mit 12 Anlegerwohnungen hinstellt, abgerissen wird und deswegen etwas Neues gebaut wird und das wollen wir auf keinen Fall und deswegen hoffen wir, dass die Landesregierung auf unsere Forderung eingeht. An dieser Stelle möchte ich schon sagen, wir wissen ja bereits dass es einen Abänderungsantrag geben wird von Peter Piffli-Percevic, der sehr wertschätzend alles unterstützt und lediglich fordert, dass für diesen Punkt 2 ein

Kriterienkatalog erarbeitet wird. Dazu möchte ich sagen, da sind wir natürlich nicht dagegen, aber wir werden der Abänderung deswegen nicht zustimmen, weil wir ja erst einmal warten müssen, wie und wieweit die Landesregierung bereit ist, das Baugesetz hinsichtlich unserer Forderungen zu ändern, damit wir eine Grundlage dafür haben, einen Kriterienkatalog zu erstellen. Das kehrt quasi die logische Folge eigentlich um und wir wollen eigentlich nicht den Ämtern, die diese Arbeit machen, diesen Kriterienkatalog hier zu erstellen, wenn er nachher eh für nix ist, wenn der Landesgesetzgeber sagt, nein, wir ändern nichts im Baugesetz. Aber inhaltlich sind wir da eigentlich sehr dafür. In diesem Sinne hoffe ich auf Annahme meines dringlichen Antrages (Appl.)

Originaltext des Antrages:

Die Stadt Graz stellt mit ihrem historischen Stadtkern eine Besonderheit in der steirischen Baukultur dar. Die Innenstadt sowie einige weitere ausgewiesene Flächen sind daher durch das Grazer Altstadterhaltungsgesetz GAEG besonders vor Eingriffen in die historische Bausubstanz geschützt. Doch gibt es auch viele Gebäude außerhalb dieser Schutzzonen, die großen historischen Wert besitzen. Nicht alle davon stehen unter Denkmalschutz, z.T. weil ihr Wert z.B. industriekulturell, eher in ihrer kultur- als in ihrer kunsthistorischen Bedeutung liegt. Diese Gebäude sind durch das Steirische Baugesetz

(<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrStmk&Gesetzesnummer=20000070>) leider wenig geschützt. Denn nach §32 muss jeder Abbruch erlaubt werden – es sei denn, es gibt Einwände etwa der ASVK dagegen, die jedoch in der Regel alleine nach dem kunst- und nicht dem kulturhistorischen Wert beurteilt. In anderen Bundesländern, etwa Wien, ist der Erhalt von historischen Gebäuden durch das Baugesetz weitaus besser geschützt.

(<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000006>). So besagt etwa §60 des Wiener Baugesetzes: Der Abbruch von Bauwerken in Schutzzonen und Gebieten mit Bausperre sowie der Abbruch von Gebäuden, die vor

dem 1.1.1945 errichtet wurden, wenn der Anzeige des Abbruchs gemäß § 62a Abs. 5a keine gültige Bestätigung des Magistrats angeschlossen ist, dass an der Erhaltung des Bauwerkes infolge seiner Wirkung auf das örtliche Stadtbild kein öffentliches Interesse besteht. Für Bauwerke in Schutzzonen und Gebäude, die vor dem 1.1.1945 errichtet wurden, darf die Abbruchbewilligung nur erteilt werden, wenn an der Erhaltung des Bauwerkes infolge seiner Wirkung auf das örtliche Stadtbild kein öffentliches Interesse besteht oder sein Bauzustand derart schlecht ist, dass die Instandsetzung technisch unmöglich ist oder nur durch wirtschaftlich unzumutbare Aufwendungen bewirkt werden kann. Ein solcher Paragraph würde, wie auch die Grazer Bau- und Anlagenbehörde bestätigt, auch in Graz einen sehr wertvollen Beitrag zum Erhalt historischer Bausubstanz bzw. Schutz vor deren Abriss bieten. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Baugesetz in §32 Abbruch von Gebäuden gemäß Motiventext zu ändern, um

- 1. den Abriss von Gebäuden, die vor 1945 errichtet wurden, nach dem Vorbild des Wiener Baugesetzes erst nach ausdrücklicher Bewilligung zuzulassen.*
- 2. Des Weiteren möge der Landesgesetzgeber für Gebäude, welche ab und nach 1945 errichtet worden sind und welche überwiegend (d.h. zu mehr als 50 Prozent) der Wohnnutzung dienen, baugesetzlich einen Abriss erst nach Begutachtung hinsichtlich des öffentlichen Interesses am örtlichen Stadtbild und unter Beachtung der Aspekte einer verstärkten Aufmerksamkeit auf Klimaschutz und Ressourcenschonung in der Bau- und Immobilienwirtschaft ermöglichen.*

GRⁱⁿ Würz-Stalder:

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, lieber Gemeinderat und alle Zuseher:innen. Wir Grünen werden diese Petition aus mehreren Gründen unterstützen. Vielleicht nur ein Zitat dazu: „Durch Weisheit wird ein Haus gebaut und durch Verstand erhalten.“ Das geht auf König Salomon zurück, immerhin 1000 v. Chr., das ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass sich das über die Jahrtausende hinweg immer wieder doch auch als guter Rat erweist. Grundsätzlich muss sich ja eine Stadt entwickeln und sie sollte sich ja immer zum Besseren entwickeln. Wie die Kollegin ausgeführt hat, geht es ja hierbei nicht nur um den Schutz von Bausubstanz, die aus kunsthistorischer Sicht erhaltenswert ist, es geht auch um Gebäudesubstanz, die Orte prägt, die Gebietscharaktere schafft, die Identität in einer Stadt schafft, das ist nicht zu unterschätzen. Das sind Qualitäten, die es nicht so einfach zu erzeugen gibt und wir haben in der Vergangenheit oftmals erlebt, dass plötzlich genau an diesen Stellen etwas, was das Ortsbild geprägt hat, wegradiert wurde. Deshalb sollte man sorgfältiger mit der Abrisssbirne umgehen. Diese Empfehlung ist auf jeden Fall wichtig. Vielleicht noch ein Aspekt. Es geht eben um Ressourcen in dieser Frage. Die Frau Kollegin hat schon darauf hingewiesen, es sind oftmals auch finanzielle Ressourcen, die hier Stadtbildveränderung prägen. Ich weiß nicht, ob das bewusst ist, aber z.B. die Renaissancestadt Graz oder die Renaissancehöfe in der Stadt Graz sind uns deshalb erhalten, weil es in einer bestimmten Zeit, wie neue Epochen, Stil-Epochen aufgekommen sind, die Ressourcen, die finanziellen Ressourcen fehlten, um die Stadt umzubauen, um die Höfe neu zu formulieren. Das heißt, das geht durchaus auch in die Richtung, etwas bewahren zu können. Ich möchte aber auch noch auf einen anderen Aspekt der Ressourcen eingehen, der auch von meiner Vorrednerin jetzt, wie ich mitbekommen habe, erwähnt wurde, man muss tatsächlich auch auf das schauen, was in einer Bausubstanz steckt. Denn in dieser Bausubstanz steckt graue Energie; das heißt, der Energieaufwand, der sie schon errichtet hat, steckt darin, Etliches an Co2, an Schadstoffemissionen, Versauerungspotential, die unser Klima und unsere Umwelt belasten. Es geht um den Wasserverbrauch, der zur Herstellung von Baumaterial verbraucht wird, es geht auch um den Bodenverbrauch, der für die Herstellung von

Baumaterial verbraucht wird. Das sind alle Aspekte, die zu bewerten sind, die stecken schon alle in einer Gebäudesubstanz drinnen und sollte sie gerade nach heutigen Regeln der Kunst gebaut werden, dann oftmals mit viel höherem Aufwand als die historische Bausubstanz. All das ist wichtig in der Betrachtung dessen, wie man hier weiter vorgehen möchte. Deshalb möchten wir zum Schutz erhaltenswerter Bausubstanz auch aus ökologischer Sicht diesem Antrag zustimmen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen die FPÖ) angenommen.

GR HR Dr. **Piffl-Percevic:**

Frau Vorsitzende, erlauben Sie mir, dass ich auf meine vorherige allgemeine Begrüßungsformel zurückgreife und sie wiederhole auf diese Weise und gleich zur Sache komme. Alexandra, du hast gesagt, durch Weisheit wird ein Haus gebaut, durch Verstand erhalten. Ich glaube, es würde uns gut geziemen, wenn wir auch bei allen Bewilligungsverfahren einen beachtlichen Teil dieser Weisheit investieren würden. Ich muss leider feststellen, dass das in der Vergangenheit bei weitem nicht immer erfolgt ist. Durch Jahrzehnte waren jedenfalls, nur um das auf einen verfahrensmäßigen Punkt zu bringen, war unsere Fraktion nicht in direkter Verantwortung des Bauressorts, aber Kollegin Braunersreuther, durch über 10 Jahre und jetzt wieder, ist eure Fraktion in unmittelbarer Verantwortung für das Bauressort. Und ich kann mich, vielleicht hab ich ein schlechtes Erinnerungsvermögen, in der Vergangenheit, als eure Fraktion die Verantwortung hatte, nicht auf einen ähnlichen oder nur annähernd ähnlichen Antrag erinnern. Ein bisschen ist das schon: „Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen.“ Jetzt meine ich nicht einen Stein im Sinne der Petition an das Land, das ist ein legitimer Vorgang, einen Vorschlag an das Land zu richten, aber wir sollten dann unsere Hausaufgaben vorher machen. Wir sollten uns überlegen, und du hast durchaus interessant ausgeführt, Denkmalschutz ist Schutz von Kulturgut, ein anderer Kompetenztatbestand ist der Bund, Altstadterhaltung ist die Erhaltung des

Erscheinungsbildes der Altstadt und im Übrigen nicht so besonders geschützt Gebiet gilt nur ohne Abminderung Orts-, Straßen- und Landschaftsbild, das aber zu beachten ist. Ich kann eindeutig nicht dieselben Instrumente des Altstadtschutzgebietes in das nicht so schützenswerte, vom Gesetz her, Gebiet übertragen. Das wäre eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, letzte Erkenntnisse. Dieser Eingriff in das Eigentum, und ich glaube, das ist wichtig, dass wir uns das vor Augen halten, ist eine Eigentumseinschränkung, Eigentum ist grundgesetzlich geschützt, ist nur dann möglich, gesetzlich, wenn es das allgemein Beste erheischt, wie das in der Formulierung heißt. Wenn wir also einen Eingriff in das Eigentum fordern und er ist im Zusammenhang mit der Erhaltung der Bausubstanz erstens schon gesetzlich möglich, es gilt den unter Umständen zu erweitern, aber dann haben wir unsere Hausaufgaben vorher zu machen, unsere Weisheit zusammen und uns die Mühe zu nehmen, vorher sehr wohl vorher, im zuständigen Ausschuss, der ausdrücklich für solche Dinge eingerichtet wurde, solche Dinge zu behandeln. Ich finde es einfach unerträglich und nicht erst seit jetzt schon und seit vielen Jahren, dass wir am Mittwoch am Abend einen Interessanten Vorschlag allen anderen Fraktionen schicken und ein paar Stunden später final darüber beschließen sollen. Machen wir unsere Hausaufgaben, nehmen wir unsere Weisheit, und wir haben sie in den Ämtern, in den Bauabteilungen, in den Planungsabteilungen, wir haben im ständigen Planungsausschuss Sachverständige, die uns dankenswerter Weise viele Erkenntnisse liefern. Eine Runde dort wäre es wirklich wert. Wir machen uns sonst beim Land unglaublich. In diesem Sinne habe ich mir erlaubt, einen Abänderungsantrag genau in diesem Sinne.

Der erste Punkt voll dafür, wenn mehr Klugheit bei Abbruchverfahren, das kann man sofort, das ist eine Verfahrensvorschrift, aber alle anderen Dinge betreffen Einschränkung des Eigentums, gehören gut überlegt, sind möglich, aber gut begründet. In diesem Sinne ersuche ich, dem Abänderungsantrag die Zustimmung zu erteilen (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Dem vorliegenden Motivenbericht können wir über weite Strecke zustimmen. Seitens der ÖVP erscheint uns aber insbesondere der zweite Punkt im Antragstext als zu wenig konkret, um eine sinnhafte Prüfung durch den Landtag zu ermöglichen. Ferner fehlt uns auch ein Ausloten der bestehenden Möglichkeiten im eigenen Wirkungsbereich.

Namens der ÖVP stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Stmk. Landtag wird aufgefordert, das Steiermärkische Baugesetz in § 32 - Abbruch von Gebäuden - gemäß Motivenbericht zu ändern, um den Abriss von Gebäuden, die vor 1945 errichtet wurden, nach dem Vorbild des Wiener Baugesetzes erst nach ausdrücklicher Bewilligung zuzulassen.*
- 2. Für Gebäude die nach 1945 errichtet wurden und die eine Wohnnutzung von mehr als 50% haben, soll durch die zuständigen Abteilungen ein Kriterienkatalog für eine mögliche Novellierung des Baugesetzes erarbeitet und im zuständigen Ausschuss f. Verkehr, Stadtplanung und Grünraum bzw. im Arbeitsausschuss Stadtentwicklung vorberaten werden. Insbesondere die Möglichkeit eines öffentlichen Zuschusses zu einer umfassenden Sanierung anstelle eines Abrisses soll geprüft werden.*
- 3. Die zuständigen Stadträte werden ersucht, dem Gemeinderat bis längsten April einen Bericht vorzulegen, indem sämtliche Möglichkeiten dokumentiert werden, der im Motivenbericht genannten Herausforderung durch Maßnahmen im*

eigenen Wirkungsbereich zu begegnen und diesen Bericht im zuständigen Ausschuss f. Verkehr, Stadtplanung und Grünraum bzw. im Arbeitsausschuss Stadtentwicklung zu diskutieren.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ, Lohr und Neos) abgelehnt.

Piffli-Percevic:

Ich bitte um getrennte Abstimmung des Hauptantrages.

Der Punkt 1 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Punkt 2 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

10.2 Unterstützung beim Wiederaufbau der vom Erdbeben in der Türkei und Syrien betroffenen Regionen (GR Zirngast, KPÖ)

Zirngast:

Geschätzte Vorsitzende, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin eigentlich kein großer Fan davon, in der Politik persönlich Sachen einzubringen, aber ich glaube, es ist durchaus wichtig, am Beginn auch dieses Antrages dazu sagen. Sie hier alle habt natürlich die zwei Erdbeben mitbekommen und das verfolgt und auch die großen Auswirkungen davon. Es ist tatsächlich so, dass eben das nicht etwas ist, das irgendwie sehr weit weg ist, sondern sehr viele Menschen, die hier

in Graz leben, auch betrifft, weil sie Familien, Bekannte, Freunde in der Region haben. Unter anderem auch meine Partnerin, die jetzt gerade dort ist und zwei Verwandte verloren hat und von weiteren Verwandten wissen wir nichts. Deswegen fällt mir das auch nicht so leicht, das alles so runterzusagen. Im Wesentlichen steht es im Antrag drinnen, worum es mir geht. Ich möchte ein paar Sachen ausführen, und es geht um eine Region, je nachdem wie man Auswirkung bewertet, aber von einer Region, die größer ist als die Fläche von Österreich, die betroffen ist und das Kerngebiet in der Türkei und auch zum Teil in Syrien, das wirklich verheerend betroffen ist, beinhaltet eine Bevölkerungszahl, die nah an die Bevölkerung Österreichs herangeht, die davon betroffen ist. Das heißt, es ist wirklich eine unglaubliche Katastrophe. Es kommt noch hinzu, dass die Region politisch keine einfache ist. In Syrien, ohne es weiter auszuführen, haben wir sozusagen unterschiedliche Gebiete, die betroffen sind, die sind von unterschiedlichen politischen Kräften kontrolliert und das macht die logistische Zustellung von Hilfsleistungen in die wirklich betroffenen Gebiete extrem schwierig. Diese Region Rogava, eine von der kurdischen Selbstverwaltung kontrollierte Region, ist z.B. von allen Seiten abgeschnitten, nämlich vom syrischen Regime einerseits, vom türkischen Staat andererseits und ich darf daran erinnern, dass es ab 2014 vor allem diese Region war, die kurdische Einheiten waren, die sich dem sogenannten islamischen Staat entgegengestellt haben und auch große Opfer gebracht haben. Zum anderen ist es so, dass es in der Türkei eine Region betrifft, wo sehr viele Kurdinnen und Kurden, aber auch Alevit:innen vor allem leben, und um es auszuführen, es gibt sozusagen türkische Aleviten und kurdische Aleviten, arabische Aleviten in der Türkei und es sind vor allem auch diese Regionen, von denen wir sehen, dass die staatliche Hilfe, das traue ich mich mittlerweile mit voller Überzeugung zu sagen, eben nicht ausreichend angekommen ist oder gar nicht und vor allem viel weniger als andere Viertel oder andere Dörfer erhalten haben, so sehr wohl mehr Hilfe gekommen ist. Ich möchte noch kurz die Region Hatay herausgreifen. Das ist wirklich eine besondere Region, wo über viele Jahrhunderte, Jahrtausende hinweg unterschiedlichste Gemeinschaften, religiöse Gemeinschaften zusammengelebt haben, natürlich immer wieder mit Spannungen. Diese Spannungen war größtenteils erzeugt von

außen. Zuerst vom osmanischen Zentralstaat und dann vom türkischen Staat und die Stadt Antiochia in der Antike spielte auch in der christlichen Geschichte eine große Rolle, das ist ausgeführt auch im Antrag, ich gehe nicht auf die Details ein, aber ich sage hier nur dazu, dass wirklich von jeder erdenkbaren Richtung des Christentums dort Glaubensstätten auch sind. Es gab, mittlerweile muss man vermutlich so sagen, eine Synagoge und Moscheen und anderen Glaubensstätten auch von arabischen Alevit:innen z.B. Die sind alle großteils, ich habe viele Berichte aus der Region, aber zu 100 % kann ich noch nicht sagen was ihn wirklich zerstört, die jüdische Gemeinde war z.B. ohnehin nur eine sehr kleine und der Vorsitzende der Gemeinde und seine Frau sind auch verstorben und die Synagoge wurde zerstört. Es ist auch die Region, nicht das Zentrum, sondern ein bisschen weiter weg, wo das letzte noch bewohnte armenische Dorf der Türkei sich befindet. Über diese Region hat auch Franz Werfel sehr viel in seinem Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ geschrieben. Daher auch dieser Bezug. Das Dorf ist großteils unversehrt, weil die Gebiete, die auf Hügeln und Bergen gelegen sind, weniger betroffen sind als die in der Ebene. Damit lasse ich es jetzt in der Begründung, ich glaube, dass das einfach eine große internationale Solidarität und Unterstützung erfordert. Ich glaube auch, dass es sehr wichtig ist, dass dieses vielfältige kulturelle Erbe im Wiederaufbau nicht außer Acht gelassen wird und da glaube ich, kann man berechtigte Bedenken haben, dass das im türkischen Staat nicht das größte Anliegen ist und es da auch in Syrien natürlich unterschiedliche Interessen vorliegen. Ich glaube auch, dass deswegen es ganz wichtig ist von uns aus, dass man diesen Prozess auch begleitend unterstützt. Das heißt, dass wir nicht nur irgendwie Geld usw., darum geht es gar nicht, sondern dass man wirklich auch, das kann in Projektform sein, das kann das Kulturamt sein, da kann man unterschiedliche Sachen andenken. Ich selbst bin am Beginn des Prozesses, aber ich glaube, da ist viel möglich und das wäre sehr wichtig und daher abschließend, ich bin schon über die Zeit, stelle ich folgenden Antrag:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen werden ersucht, Möglichkeiten, wie die Stadt Graz bei einem raschen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete im Interesse der dortigen Bevölkerung unterstützend tätig werden kann,

auszuloten. Über die Ergebnisse soll dem Gemeinderat zeitnah berichtet werden. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

In der Nacht auf 6. Februar erschütterte ein verheerendes Erdbeben der Stärke 7,8 breite Teile der süd-östlichen Türkei und Nordsyriens. Es folgten Nachbeben und sogar ein weiteres Beben der Stärke 7,5 etwas nördlich des Epizentrums des ersten Bebens. Weite Teile der Region sind in Trümmern. Zehntausende Menschen starben – und die Opferzahl steigt weiterhin, da die Menschen erst nach und nach aus den Ruinen geborgen werden. Wir sprechen dabei von einer Fläche die die gesamte Fläche Österreichs übersteigt und von über 20 Millionen betroffener Menschen. Eine Katastrophe solchen Ausmaßes könnte wohl von keinem Land alleine gestemmt werden – die internationale Unterstützung und Hilfe ist deswegen sehr wertvoll. Es ist jedoch auch so, dass im vom Krieg gebeutelten Syrien die Logistik nach den Beben ausgenommen schwierig ist und dass Teile der betroffenen Regionen in der Türkei als eher oppositionell bekannt sind und zumindest der Verdacht naheliegt, dass der türkische Staat die unzureichenden Mittel eher in andere Regionen geleitet hat. Besonders (arabisch, kurdisch oder türkisch) alevitische Regionen wie Elbistan, Pazarcık, Antakya, Defne, oder Samandağ bekamen erst sehr spät staatliche Hilfe oder sind immer noch größtenteils von dieser ausgeschlossen. Dabei handelt es sich bei der Region auch um eine kulturell und geschichtlich äußerst bedeutende. Ich möchte die heutige Provinz Hatay kurz exemplarisch herausgreifen. Das Zentrum der Provinz, Antakya, liegt an der Stelle der antiken Stadt Antiochia am Orontes – nach Rom und Alexandria die drittgrößte Stadt der Welt in der römischen Antike. Sie spielt auch eine zentrale Rolle in der Geschichte des Christentums. Nach der Überlieferung der Apostelgeschichte des Lukas soll sich in Antiochia um Paulus, Barnabas und Petrus die erste christliche Gemeinschaft versammelt haben, ihre Anhänger sich zum ersten Mal Christen genannt haben. Aber bis heute zeugen beziehungsweise zeugten die heiligen Stätten unterschiedlichster christlicher Gemeinschaften, aber auch eine Synagoge von

der kulturellen Vielfalt und Antakya wird die Stadt der Zivilisationen genannt. Das Dorf Vakıflı in Samandağ ist das letzte noch bewohnte armenische Dorf der Türkei. Es ist das letzte verbleibende von 7 Dörfern, übrig geblieben nach dem Völkermord von 1915. Die Geschichte dieser 7 Dörfer wurde im Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ des österreichischen Schriftstellers Franz Werfel fiktiv dargestellt. Besonders hervorheben möchte ich auch die von der kurdischen Selbstverwaltung kontrollierte Region Rojava in Nordsyrien. Es ist allseits bekannt, dass es vor allem die kurdischen Einheiten vor Ort waren, die sich ab 2014 dem sogenannten Islamischen Staat entgegenstellten und unter großen Opfern dazu beitrugen ihn zu stoppen. Aber es ist nicht nur der IS, es ist auch der türkische Staat, der das Gebiet immer wieder bedrängt und auch der syrische Staat erschwert Hilfeleistungen in das Gebiet. Obwohl auch in Rojava und in ganz Nordsyrien die Schäden enorm sind. Ein riesiges Gebiet liegt jetzt in Schutt und Asche und unzählige Gebäude sind zwar nicht eingestürzt, aber nicht mehr bewohnbar. Der Wiederaufbau wird dauern und er wird Unterstützung benötigen. Im Sinne des oben Gesagten, wird die Frage, wie der Wiederaufbau stattfindet, auch eine politische Frage sein. Es braucht ein breites Bündnis, um den Wiederaufbau wirklich im Sinne der Menschen und des kulturellen Reichtums der Region zu gestalten. Dazu sollte auch die Stadt Graz im Rahmen ihrer Mittel beitragen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen werden ersucht, Möglichkeiten, wie die Stadt Graz bei einem raschen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete im Interesse der dortigen Bevölkerung unterstützend tätig werden kann, auszuloten. Über die Ergebnisse soll dem Gemeinderat zeitnah berichtet werden.

GRⁱⁿ Dr. **Unger**:

Sehr geehrter Antragsteller, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Damen und Herren. Es steht natürlich außer Zweifel, dass diese große Katastrophe uns nicht nur erschüttert, sondern dass sie einfach ein Leid in einem fast unvorstellbaren Ausmaß hervorgebracht hat und das bedarf natürlich der Hilfe. Ich denke, das viele auch schon von uns privat, einfach aus dem Bedürfnis heraus, etwas zu tun, bereits gespendet haben oder andere Maßnahmen gesetzt haben, weil uns, so glaube ich, einerseits das bereits angesprochene kulturelle Erbe, aber andererseits natürlich die vielen, vielen persönlichen Katastrophen und vor allem die langwierigen Folgen durchaus bewusst sein dürften. Umso wichtiger ist, dass Hilfe gut funktioniert, dass Hilfe koordiniert passiert, dass man sie auch mit verschiedensten Komponenten, die ein rasches Handeln, ein koordiniertes Handeln ermöglichen, verbindet und aus diesem Grunde wäre natürlich wünschenswert im Zusammenhang mit diesem Antrag, möglichst schnell auch darauf zu sprechen zu kommen, was tatsächlich eine gute und angemessene Hilfe wäre. Es gibt Beispiele aus verschiedenen Städten, ich darf nur als ein Beispiel Mainz nennen, das relativ unkompliziert € 50.000 einmal zur Verfügung gestellt hat als Stadt, ich sage das nur als ein Beispiel dafür, dass sozusagen die Zuständigkeit der Stellen, von denen im Antragstext die Rede ist, auch noch näher definiert werden soll. Es stellt sich einfach die Frage, was das in Graz sein kann, denn die Österreichische Bundesregierung hat natürlich grundsätzlich auf verschiedene Art geholfen. Mit Geld, mit dem Einsatz von Feuerwehrpersonal, mit Suchhundestaffeln, mit dem Bundesheer, das sind durchaus schwierige Einsätze. Wir haben in der letzten Zeit in den Medien immer wieder davon gelesen, dass es zu Scharmützeln und Angriffen gekommen ist oder bzw. zu irgendwelchen Auseinandersetzungen, wo man befürchten muss, zwischen die Fronten zu kommen. Also es ist durchaus kein ungefährlicher Einsatz und allen, die da jetzt vor Ort sind, ist tatsächlich sehr zu danken. Grundsätzlich möchte ich darauf hinweisen, dass bei einer Hilfe für so eine Katastrophe immer ein sehr schwieriger Ausgleich zu treffen ist zwischen dem, was sozusagen das Bedürfnis der humanitären Hilfe ist, das uns, so glaube ich, alle vereint, und auf der anderen Seite etwas strukturell klug, gescheit und vor allem vor allem

hilfreich ist. Das ist ein Interessensausgleich, der durchaus eine Herausforderung darstellt. Ich möchte nur erwähnen, weil ich glaube, wir alle das ehrliche Bemühen in dieser Frage haben. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass wir den Menschen natürlich helfen. Da sind viele verschiedene Dinge von der Bundesregierung angesprochen worden. Meines Wissens nach hat man auch darauf Wert gelegt, dass man eben priorisiert, diese Anträge entsprechend umsetzt, die jetzt an Österreich herangetragen werden. Es geht um Wasseraufbereitung, Krankenhäuser usw. Es gibt sehr vieles, was zu bedenken ist und natürlich bei all dem auch noch die Kritik an der Staatsführung in der Türkei in diesem Fall. Wir hören auch immer wieder, dass z.B. Hilfslieferungen zurückgewiesen wurden, weil ihnen die Spender, wie z.B. mit einem Logo einer deutschen Brauerei versehen, nicht zu Gesicht gestanden sind. Dass die Katastrophen-Schutzbehörde, die so genannte AFAD, mit einem hohen Vertreter einer Religionsgemeinschaft quasi an der Spitze ausgestattet ist, darf durchaus hinterfragt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, dass wir dem Antrag sehr gerne zustimmen, dass wir uns eine rasche Klärung der zuständigen Stellen und der entsprechenden konkreten Schritte wünschen, weil das wird auch entsprechend Mitglieder der Stadtregierung wahrscheinlich in die Ziehung bringen, und aus unserer Sicht ist es einfach wichtig, das rasch zu machen, denn die Idee ist gut, aber eine Idee, vor allem wenn es um humanitäre Hilfe geht, ist immer nur so gut wie ihre Umsetzung. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir hier eine Naturkatastrophe, ein Erdbeben bzw. zwei Erdbeben miterleben müssen, die in vielerlei Hinsicht ihresgleichen suchen. Wir erleben 10.000 Tote mittlerweile bei den Opferzahlen, wir erleben 100.000 Obdachlose, andere Schätzungen gehen sogar in die Millionen. Klar ist auch, dass hier Hilfe dringend notwendig ist, dass diese Hilfe eine Aufgabe sowohl der beiden Nationalstaaten Türkei wie auch Syrien ist, aber auch

internationale Hilfe notwendig ist, um hier möglichst unbürokratisch vor Ort auch zu helfen. Wir unterstützen den Antrag und möchten aber noch etwas näher auf das Wort „Ausloten“ im Antragstext selbst eingehen. Ausloten müssen wir mit Sicherheit hier in der Stadt Graz, wie wir hier Hilfe leisten können und wir möchten betonen und würden es bevorzugen, wenn in erster Linie Sachspenden lukriert werden könnten. Wenn Projekte organisiert werden könnten, die zum Wiederaufbau der Infrastruktur, zur humanitären Hilfe vor Ort einen faktischen Beitrag, einen faktisch positiven Beitrag für die Bevölkerung bewirken könnten. Und es wäre jetzt nicht der Korruptionsfreie Gemeinderatsklub, und der Vertreter davon bin ich wohl, dass in den beiden Staatsstrukturen, sowohl der Türkei wie auch in Syrien, die beiden Worte Korruption wahrscheinlich keine Fremdwörter sein werden. Aus diesem Gedanken heraus lehnen wir Geldspenden, die unkontrolliert in diese Länder fließen, ab. Sprechen uns aber sehr wohl dafür aus, dass wir konkrete Sachspenden leisten und dass wir konkrete Projekte unterstützen, die bei den Menschen vor Ort auch ankommen. Wie gesagt, dem Hauptantrag stimmen wir mit Sicherheit sowohl in der Dringlichkeit wie auch im Inhalt zu, den Zusatzantrag, da werden wir noch diskutieren müssen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GR Ammerer:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Robert, liebe Claudia, lieber Max, werte Zuseher:innen im Live-Stream, liebe Kolleginnen auf der Galerie. Vielen Dank für diesen wichtigen Antrag. Ich habe mir auch selbst schon so einen überlegt gehabt und mich umso mehr gefreut, als ich gesehen habe, dass da die Initiative schon von dir kommt, lieber Max. Diese Katastrophe ist beispiellos. Wir haben eh schon darüber gesprochen, das Ausmaß menschlichen Leids verschlägt einem schier die Sprache und erschüttert zutiefst. Ich

kenne einige Leute hier in Graz und habe viele Freund:innen mit Verbindungen in dieser Gegend, nicht eine einzige, nicht ein einziger hat niemanden verloren. Die meisten sogar mehrere. Manche ganze Familienteile. Ich kenne niemanden, der Verwandte dort hat, wo nicht irgendwer weg ist und nicht ein Leben ausgelöscht wurde von dieser Katastrophe. Es betrifft unglaublich viele Leute in dieser Stadt, auch in diesem Gemeinderat. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt hier Hilfe leisten. Wenn ich kurz replizieren darf auf die Geldspenden-Geschichte. Ich glaube auch, wir bei den Grünen wie auch bei der KPÖ sind uns einig und stimmen zu, dass man der Türkei nicht einfach Geld schicken würde, wenn die zuständigen Stellen zum Schluss kommen würden, dass Geld am meisten hilft, dann wird das selbstverständlich über Hilfsorganisationen laufen, davon gehe ich aus. Aber wir wissen auch, dass die Türkei nicht in der Lage ist, alle Leute, die dort betroffen sind in den Gebieten, zu versorgen. Dass es dort zu groben Engpässen schon jetzt kommt, dass Leute unter dem freien Himmel schlafen, sogar die Zeltplätze nicht ausreichen und auch die in Zelten bitter frieren müssen. Weil dort jetzt auch winterliche Temperaturen um und unter null Grad herrschen. Wir wissen auch, dass die Nahrungsmittelversorgung in vielen Gebieten nicht ordentlich funktioniert und dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis Mangelernährung weite Teile der betroffenen Personen heimsuchen wird. Wir wissen auch aus der Vergangenheit, das in den Gebieten dort, weil wir dürfen nicht vergessen, dass dort auch Millionen Vertriebene schon leben oder ein Leben versuchen zu leben in großen Lagern, dass es dort in der Vergangenheit, zuletzt 2022, zu Ausbrüchen der Cholera gekommen ist. In diesem Sinne sehe ich es als wichtig an, die Last an Personen, die dort obdachlos leben müssen zur Zeit, zu reduzieren und temporär bei uns aufzunehmen, wo sie bei Verwandten Unterschlupf finden können. Weil dadurch reduzieren wir die Last, die Menge der Personen, die von den Erste-Hilfe-Organisationen dann versorgt werden müssen. Es geht darum in meinem Zusatzantrag, den ich jetzt gleich stellen werde, dass wir Visa-Erleichterungen fordern bzw. ein Appell an den Innenminister richten, dass Visa-Erleichterungen, wie auch in Deutschland, eingeführt werden, damit Leute für ein paar wenige Monate hier in Österreich versorgt werden können, damit der Winter dort vorbei ist, bis sie

zurückkehren und die größte Not gelindert wird und sie dann auch sinnvoll beim Wiederaufbau wieder dabei sind und das System dort nicht endgültig zusammenbricht. Ich stelle daher namens der Grünen Fraktion den Zusatzantrag, dass der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, aufgefordert wird, einen erleichterten Zugang zu Visa für von der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien Betroffene zu ermöglichen. Angelehnt an das Modell in Deutschland soll im Sinne der Notfallhilfe umgehend die Möglichkeit geschaffen werden, dass in Österreich lebende Menschen ihre Verwandten aus der Türkei oder Syrien für einen Zeitraum von 6 Monaten unbürokratisch zu sich holen können. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Es ist der richtige Zeitpunkt, auf allen Ebenen, so auch auf Ebene der Stadt Graz, Möglichkeiten für den Wiederaufbau in der Türkei und Syrien auszuloten. Im Moment geht es um Notfallhilfe, also um Hilfe bei der Bergung von Opfern und um die Bereitstellung notwendiger Infrastruktur, um das Überleben der Betroffenen zu sichern. Notfallhilfe kann und soll sich aber nicht nur auf die Hilfe vor Ort beschränken. Die Versorgung der Menschen im Katastrophengebiet ist nicht überall gewährleistet. Improvisierte Zeltbehausungen schützen die Menschen schlecht vor den winterlichen Temperaturen. Es besteht nicht nur die Gefahr von Lebensmittelengpässen und Engpässen bei der Wasserversorgung, sondern auch die Gefahr von Krankheitsausbrüchen. Bereits vor einigen Jahren kam es in den betroffenen Gebieten zu Ausbrüchen der Cholera. All diese Faktoren stellen ein erhebliches Risiko für die vom Erdbeben betroffenen dar. Um diese Gefahren zu mindern und den Personen zu helfen, die alles verloren haben, stellen auch andere Länder die Möglichkeit bereit, Verwandte aus den Erdbebengebieten für einen begrenzten Zeitraum aufzunehmen. In diesem Sinn stelle ich namens der Gemeinderatsfraktion der Grüne-ALG folgenden

Zusatzantrag:

Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, wird aufgefordert, einen erleichterten Zugang zu Visa für von der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien Betroffene zu ermöglichen. Angelehnt an das Modell in Deutschland soll im Sinne der Notfallhilfe umgehend die Möglichkeit geschaffen werden, dass in Österreich lebende Menschen ihre Verwandten aus der Türkei oder Syrien für einen Zeitraum von 6 Monaten unbürokratisch zu sich holen können.

StR Krotzer:

Danke für diesen Antrag, danke auch für die Diskussion. Wir müssen leider wieder einmal feststellen, wir leben in einer Welt der vielfachen Krisen, ob das Kriege sind, ob das Hunger ist oder wie in diesem Fall eine Naturkatastrophe in einem Ausmaß, wie wir uns das, so glaube ich, wenn wir das hier anlegen würden, uns einfach nicht vorstellen können, was das bedeuten würde. In der Türkei und in Syrien ist eben das Realität und es ist auch Realität in unserer weltweit, oder angesichts der weltweiten Vernetzung sozusagen in Krisen auch in ganz anderen Teilen der Welt auch hier für uns auf einer lokalen Ebene sehr große Bedeutung haben in Anbetracht auch dessen, dass in der Stadt Graz tausende Menschen leben, die aus den betroffenen Gebieten kommen. Ob das aus der Türkei ist oder aus Syrien, wo ja auch viele Menschen vor dem schrecklichen Krieg dort fliehen mussten. Deswegen ist es so, dass wir uns auch überlegt haben, was können wir tun hier in Graz für Grazer Bürger:innen, die Angehörige in den betroffenen Gebieten haben, die vielfach eben Angehörige verloren haben oder deren Angehörige schlichtweg alles verloren haben und ich darf darauf hinweisen, dass wir morgen am Nachmittag mit dem Integrationsreferat eine Gesprächsrunde veranstalten mit einer Psychotherapeutin und eben dann auch mit Übersetzung ins Türkische und Kurdische, das wird morgen Nachmittag im IBOB-Space in der Keesgasse stattfinden ab 16 Uhr. Sie finden die Informationen dazu auch auf www.graz.at. Ich darf dazu einladen, wenn Sie jemanden kennen, wo ihr denkt, das wäre wichtig auch in Anbetracht des Schreckens und auch des seelischen Leidens, dass das verursacht darüber zu reden, gebt die Information gerne weiter, das wird morgen

ein erster Termin sein, wir werden sehen, wie er angenommen wird. Wir bemühen uns auch um einen weiteren Termin in deutscher und arabischer Sprache, aber darauf darf ich hinweisen und bin dankbar, wenn diese Information weitergegeben wird.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, der Zusatzantrag vom Kollegen Amerer zielt darauf ab, dass eine Visa-Erleichterung stattfindet für Angehörige bzw. Personen, die Angehörige in Syrien oder der Türkei haben und jetzt von dieser Naturkatastrophe betroffen sind und dass die Beteiligten sechs Monate unbürokratisch im Land bleiben dürfen. Ich habe mir das deutsche Modell, und darauf soll es ja aufbauen, näher angeschaut und es ist sehr schwierig und es ist vielen Bereichen sehr, sehr undurchdacht. Man hätte da anfangs den Beweis erbringen müssen, dass eine Verwandtschaft besteht. Jetzt ist das in vielen Bereichen sehr schwierig, weil kaum jemand auf einem Aktenkoffer gesessen sein wird und kurz vor dem ganzen Erdbeben damit hinausgelaufen sein wird mit den ganzen Unterlagen, damit er diese Verwandtschaft nachweisen kann. Dann ist man übergegangen, dass man eine Bescheinigung, eine Beglaubigung in irgendeiner Weise erbringen soll. Da ist man dann auch relativ rasch draufgekommen, dass das auch sehr schwierig ist, denn eine große Anzahl durchaus auch an Namensgleichheiten besteht und leider Gottes auch schamlose Bürger in diesen Gebieten wohnen, die das leider ausnutzen. Das war das Erste, das Zweite wäre, wie hat man es genau genommen mit Kindern, mit welchem Verwandtschaftsgrad geht man hier vor? Das heißt, es sind viele, viele Fragen, die bei diesem deutschen Modell offen sind, die unbeantwortet sind und die man so nicht 1:1 übernehmen kann. Das Zweite ist, wie reagieren wir darauf, wenn nach diesen sechs Monaten jemand draufkommt und sagt, ok, eigentlich ist Österreich doch ein tolles Land, wir bekommen Sozialhilfe, wir bekommen eine gesundheitliche Versorgung, wir wollen jetzt nicht wieder zurück nach Syrien, immerhin Bürgerkriegsland, wir wollen nicht zurück in die Türkei, in gewissen Gebieten leider auch ein Bürgerkriegsland. Was machen wir dann mit diesen Personen? Werden wir sie dann abschieben?

Wahrscheinlich nicht. Warum ist dieses Problem gegeben? Weil wir leider Gottes mittlerweile in einem Status uns befinden, dass der Rechtsstaat in gewissen Bereichen nicht mehr voll ausgebildet ist. Wir haben Illegale, die illegal in diesem Land eigentlich nicht sein können unabhängig jetzt von der Türkei und Syrien, die nicht abgeschoben werden. Und das Einzige, was leider Gottes immer abgeschoben wird in Österreich, weil sonst wird kaum jemand mehr abgeschoben und das ist die Verantwortung, die Verantwortung wird immer abgeschoben. Aber der springende Punkt, was machen wir in diesem konkreten Fall mit Personen, die sagen, wir wollen doch lieber in Deutschland, Österreich etc. bleiben. Eine völlig ungelöste Frage, die uns wieder dann vor humanitäre Fragen stellt, vor humanitäres Bleiberecht stellt, was de facto in vielen Bereichen Ausweitung, Erodierung des Rechtsstaates ist, mit dem wir in diesem Sinne nicht wirklich langfristig in der Gesellschaft wieder umgehen können. Genau aus diesem Grund bin ich der festen Überzeugung, dass dieser Antrag gut gemeint ist, aber am Ende des Tages nicht gut ist und deswegen werden wir nicht zustimmen.

GR KO Ehmann:

Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, im Gemeinderat, Zuhörer:innen und Zuseher:innen im Livestream und auf der Galerie und lieber Antragsteller, lieber Max. Zu Beginn möchte ich mein persönliches Bedauern ausdrücken, und da du offensichtlich sogar familiär davon betroffen bist, obwohl man das natürlich jedem Menschen wünschen sollte, der hier eine Betroffenheit hat. Die Dramatik dieser Katastrophe ist schon sehr eindrucksvoll dargestellt worden. Es ist wirklich unglaublich, was hier passiert ist und was hier abgegangen ist und ja, natürlich werden sich solche Fragen stellen, wenn ich das jetzt im Zusammenhang mit dem Zusatzantrag sehe, wie kann man so etwas wirklich leiten, wie kann man das begleiten? Aber ich glaube, grundsätzlich vom Inhalt her, von unserer Empathiefähigkeit, sage ich einmal, der Hilfeleistung, der Hilfestellung sollte einmal davon ausgehen, dass man nicht in erster Linie gleich wieder vom Ausnutzen reden, sondern dass man davon redet, wir wollen Menschen helfen (*allgem. Appl.*). Das sollte

unser erster Zugang sein, und was den Zusatzantrag betrifft, ich glaube, da ist ja eh nicht definitiv festgezurr, wie ein derartiges Verfahren, die Visa-Erleichterung aussehen soll, sondern da steht angelehnt an das deutsche Modell, aber wie das dann im Detail geregelt werden soll und welche Ideen hier auf Bundesebene, wo sie ja dann de facto ermöglicht werden müsste, wie das dann aussehen könnte. Ich denke, da gibt es viele Möglichkeiten und Ideen, die von Expertinnen und Experten auch eingebracht werden können. Wie gesagt, ich glaube in erster Linie die Hilfe für die Menschen und ich glaube, dass das, auch was die Konkretisierung des Antrages grundsätzlich betrifft, die hier angesprochen wurde mit den Zuständigkeiten der Stellen, das wird es brauchen. Weil es werden wahrscheinlich in einigen Bereichen Geldleistungen sein, es werden Objektleistungen sein, es wird Know-how-Leistung sein, de facto hier zum Wiederaufbau fachkundiges Fach-Know-how aus dem Bereich vom Bauwesen, was auch immer. Was auch immer hier diesen Mix ausmachen sollte, glaube ich, sollten wir hier ermöglichen und das möglichst rasch und dringlich. Deswegen bin ich froh, dass dieser dringliche Antrag hier und heute gestellt wird und selbstverständlich stimmen wir hier inhaltlich auch zu als SPÖ und natürlich auch dem Zusatzantrag, der schon in die Richtung geht, eben diese empathische Fähigkeit von uns umzusetzen, dass wir hier eine entsprechende Hilfestellung für die Menschen dort und aber auch hier für Betroffene leisten. In diesem Sinne danke (*Appl.*).

GR Amerer:

Ich mache es eh kurz. Danke für die breite Zustimmung zum ursprünglichen Antrag und ich glaube, auch eine breite Zustimmung zum Zusatzantrag, dem wir auch zustimmen. Danke auch, Robert, dass du schon die Initiative ergriffen hast und einfach sehr konkret Hilfe für Menschen in Graz schon sozusagen im Laufen ist, nämlich in dem Fall die psychologische Unterstützung und Betreuung. Nur ganz kurz ein paar Anmerkungen. Ich sehe es auch so, dass z.B. Projekte oder Kooperationen in unterschiedlichsten Ausführungen wahrscheinlich die beste Hilfe sind. Geldspenden helfen natürlich auch immer, wenn sie konkret wirklich dort ankommen, wo es

benötigt wird. Zum Thema rasch, ja, aber nicht nur. Warum, weil der Wiederaufbau eben nicht ein paar Monate dauern wird. Wenn man das Ausmaß der Zerstörung sich anschaut, wo immer noch vermutlich tausende bis mehr Menschen unter den Trümmern liegen, das darf man nicht vergessen. Dass die Zahlen, die wir hier haben, die werden vermutlich steigen, was Verstorbene betrifft und was das Thema Obdachlose bzw. Menschen, die ihr Haus oder ihre Unterkunft verloren haben, das geht ganz bestimmt in die Millionen, ganz einfach deswegen, weil zusätzlich zu den völlig zerstörten Häusern 10.000 bis 100.000 Häuser nicht bewohnbar sind in diesem Moment und auch vermutlich in den nächsten Monaten dann irgendwann einmal abgerissen werden müssen. Das heißt schlicht und einfach, die Katastrophe ist groß und wird so schnell nicht behebbar sein, deswegen ja für humanitäre Hilfe, oder gerade was, z.B. die Hilfstruppen, die ja dort waren, aus Österreich, aber aus vielen anderen Ländern auch, um noch zu versuchen, Menschen unter den Trümmern lebend zu retten. Das hat natürlich sofort passieren müssen, ist es ja auch und muss man leider dazusagen, dass diese Phase eigentlich sich dem Ende zuneigt, einfach aufgrund der Zeit, die verstrichen ist. Dass es jetzt andere Bedürfnisse gibt, eben die Unterkunft, aber eben auch z.B. es kommt einem banal vor, aber sanitäre Anlagen. Es ist schlicht und einfach so, dass es teilweise keine oder noch immer keine oder ganz wenige Toiletten gibt für sehr viele Menschen. Das heißt, sie sind jetzt in einer anderen Phase, die sich auch dynamisch weiterentwickelt, was die Bedürfnisse der Menschen sind, aber wie gesagt, noch einmal, dass der Wiederaufbau leider nicht in ein paar Monaten passieren wird, sondern durchaus auch länger dauern wird und Projekte, die vielleicht auch das in Betracht ziehen und länger ausgerichtet sind, sind auch wünschenswert. In diesem Sinne danke für die breite Zustimmung (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.35 Uhr).

10.3 Gemeinsam für den Verkehr der Grazer Zukunft

(GRⁱⁿ CO Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Diskussion gibt es jetzt ja schon seit einiger Zeit und Verkehrspolitik ist eben ein vielschichtiges, gesellschaftspolitisches und emotionales Thema. Dass dieses Spannungsfeld auch hohe Emotionalität hervorruft, ist natürlich auch der Komplexität des Themas geschuldet und der Thematik. Die unterschiedlichen Forderungen und Vorstellungen reichen von einer autofreien (Innen-)Stadt, no na, bis hin zum bedingungslosen Erhalt des Status quo, auch hier von mir ein No na, der Verkehrssituation. Es ist Aufgabe und Pflicht der Politik, dass politische Akteurinnen und Akteure Maßnahmen treffen, die die einzelnen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in ihren Überlegungen nicht nur gleichwertig behandeln, sondern sie auch berücksichtigen und dementsprechend abholen in diesem Diskurs. Eklatante und einschneidende politische Eingriffe in bestehende Systeme benötigen breiten Konsens und eine tragfähige Basis für eine ebenso breite und tragfähige Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung.

Da wissen wir, wie es darum besteht, wie jetzt in der Zinzendorfgasse, wo man eine Gruppe nicht entsprechend abgeholt hat und natürlich jetzt eine unzufriedene Gruppe zurücklässt und nicht mitnehmen kann in den Diskurs und in die Änderungen. Ein beherrschendes Thema in unserer Stadt ist derzeit die Diskussion über den Verkehr in Graz und die viel zitierte Neuverteilung des öffentlichen Raums. Dass jeder einen Schritt entgegengehen muss, ist auch immer unsere klare Aussage gewesen, aber es sollte auch ein Gleichgewicht hergestellt werden, wenn Raum weggenommen wird, dass man auch adäquaten Raum für diese Nutzer anbietet. Zentraler Punkt dabei ist unter anderem der Wegfall von hunderten Parkplätzen, die bereits weg sind und noch

zukünftig uns auch angekündigt wurde, noch weiterhin wegkommen müssen, weil es eben zu einem neu verteilten Raum im Verkehr kommen soll. Selbst ein renommierter Experte hat letzte Woche in einer Tageszeitung ein Statement abgegeben, der Herr Prof. Fallast hat gesagt, ich darf kurz zitieren: „Dem öffentlichen Verkehr tut man nichts Gutes, wenn man ihn als Waffe gegen Autofahrer einsetzt. Eine autoarme Innenstadt sei wünschenswert, eine zu Tode beruhigte aber nicht.“ Eine Expertenmeinung, die zum Ausdruck bringt, dass die Politik selbstverständlich in der Pflicht ist, auch für diese äußerst komplexen und diffizilen Herausforderungen kompromissfähige Lösungen zu erarbeiten, die von allen politischen Seiten, aber vor allem von den Grazerinnen und Grazern, mitgetragen, als legitim und auch in ihrer ökonomischen Tragweite und gesamten Lebensrealität als hinnehmbar erachtet werden. Der Weg dorthin muss natürlich ökologisch verträglich, sozial gerecht und auch wirtschaftsorientiert gestaltet werden. Politische Entscheidungen, wie sie gerade in Graz in der Verkehrspolitik getroffen werden, sind vor den betroffenen Menschen zu begründen. Nur damit kann ich auch Verständnis und den Willen, dass sie es mittragen, abholen. Bürgerbeteiligung ist in diesem Zusammenhang das Gebot der Stunde, Betroffene müssen eingebunden und mitgenommen werden und es sollte auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass von „oben herab“ gehandelt wird. Zürich diene uns als vorbildlicher Meilenstein und Beispiel. Wir haben es auch letzte Woche unserer Pressekonferenz kundgetan. Hier kann man sich einiges anschauen. Ganz viele Parkplätze sind bei der Neugestaltung der Innenstadt von Zürich abhandengekommen und man hat dafür adäquate Abstellflächen auf -1 zur Verfügung gestellt und man hat Bürgerbeteiligung an allen Ecken und Enden dieser Stadt angeboten und konnte so eine breite Zustimmung nicht nur von Seiten der Politik, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern dort mitnehmen, sodass nach über 20 Jahren dieses neue Verkehrsbild ein wirklich tolles Vorbild auch für Graz sein kann.

Auch Prof. Hüsler, der ja auch uns immer wieder mit seinen Studien berät, hat dieses Züricher Modell als gewinnbringend und zielführend für eine Verkehrswende der Superlative benannt. Daher darf ich folgenden dringlichen Antrag einbringen:

1. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden dazu aufgefordert, unter der Federführung der Abteilung für Verkehrsplanung einen ständigen Unterausschuss für „Verkehrsentwicklung“ im Rahmen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bestehend aus allen Parteien einzurichten. Dieser soll sich unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Grazer Verkehr befassen. Der angeführte Unterausschuss soll so rasch wie möglich zusammentreten und anlass- bzw. ergebnisbezogen dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung berichten. Darüber hinaus sollen in diesem Unterausschuss unter Einbeziehung von Anrainerinnen und Anrainern konkrete Fragestellungen zum Thema Verkehr, Verkehrsberuhigung und sanfter Mobilität thematisiert werden, um einen transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungsfindungsprozess zu gewährleisten.
2. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt einen Vorschlag für den Grazer Verkehrspakt auszuarbeiten und dem zuständigen Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bzw. dem Gemeinderat im April zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Der Grazer Verkehrspakt hat im Wesentlichen das Ziel, die verpflichtende Schaffung von Ersatzstellflächen für entfallende Parkplätze zu verankern.
3. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt zu prüfen, ob bereits in Planung befindliche Park-and-Ride-Anlagen schneller umgesetzt werden können. Insbesondere ist dabei das Augenmerk auf die Park-and-Ride-Anlage Murpark zu legen. Dem Gemeinderat ist bis April ein Bericht vorzulegen.

Ich bedaure die Überziehung, aber ein großes Thema für die zweitgrößte Landeshauptstadt Österreichs. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Verkehrspolitik birgt seit jeher vielschichtiges gesellschaftliches Konfliktpotenzial. Das politische Spannungsfeld in dieser Frage ergibt sich aus der hohen Emotionalität und Komplexität der Thematik. Die unterschiedlichen Forderungen und Vorstellungen reichen von einer autofreien (Innen)Stadt, bis hin zum bedingungslosen Erhalt des Status Quo der Verkehrssituation. Es ist Aufgabe und Pflicht der handelnden Politikerinnen und Politiker und politischer Akteurinnen und Akteure, Maßnahmen zu treffen, die die einzelnen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in ihren Überlegungen gleichwertig behandeln und berücksichtigen, Eklatante und einschneidende politische Eingriffe in bestehende Systeme benötigen breiten Konsens und eine tragfähige Basis für eine ebenso breite und tragfähige Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung. Ein beherrschendes Thema in unserer Stadt ist derzeit die Diskussion über den Verkehr in Graz und die viel zitierte Neuverteilung des öffentlichen Raums. Zentraler Punkt dabei, ist unter anderem, der Wegfall hunderter Parkplätze. Renommierete Experten, wie Prof. Fallast, sprechen davon, dem öffentlichen Verkehr nichts Gutes zu tun, wenn man ihn als Waffe gegen Autofahrer einsetzt. Eine autoarme Innenstadt sei wünschenswert, eine zu Tode beruhigte aber nicht. Eine Expertenmeinung, die zum Ausdruck bringt, dass die Politik selbstverständlich in der Pflicht ist, auch für diese äußerst komplexen und diffizilen Herausforderungen kompromissfähige Lösungen zu erarbeiten, die von allen politischen Seiten, aber vor allem von den Grazerinnen und Grazern mitgetragen, als legitim und auch in ihrer ökonomischen Tragweite und gesamten Lebensrealität als hinnehmbar erachtet werden. Es steht außer Zweifel, dass wohl alle politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger dieser Stadt ein noch lebenswerteres, umweltfreundlicheres und innovativeres Graz als politisches Ziel definieren. Der Weg dorthin muss ökologisch verträglich, sozial gerecht und auch wirtschaftsorientiert gestaltet werden. Politische Entscheidungen, wie sie gerade in Graz in der Verkehrspolitik getroffen werden, sind vor den betroffenen Menschen zu begründen. Bürgerbeteiligung ist in diesem Zusammenhang das Gebot der Stunde, Betroffene müssen eingebunden und mitgenommen werden und es sollte auf keinen

Fall der Eindruck entstehen, dass von „oben herab“ gehandelt wird. Ein gesundes Demokratieverständnis begrüßt und befördert diese Partizipation und setzt auf eine aktive Zivilgesellschaft. Partizipation hat stets zum Ziel, Misstrauen und Konflikten vorzubeugen, das Wissen von- und übereinander zu verbessern und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen bestmöglich zu organisieren. So kann und wird ein sicheres und standhaftes Fundament für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für Maßnahmen in der Verkehrspolitik gelegt werden, das trotz diverser Spannungen, von einer Mehrheit der Gesellschaft als legitim erachtet wird. Es gibt und gab viele Städte, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen und standen. Erfolgreiche und tragfähigen Entscheidungen und Ergebnisse wurden dabei immer in Kompromissen zwischen den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen gefunden und getroffen. Zürich dient als eines dieser Best Practice Beispiele. Wie immer man dazu stehen mag, Fakt ist, viele Menschen verfügen über ein Auto und benötigen dafür auch einen Abstellplatz, den sie im öffentlichen Raum gerade in zentrumsnahen Lagen immer weniger finden. Der Historische Parkplatzkompromiss für die Züricher City und citynahen Gebiete wurde 1996 vom Gemeinderat beschlossen. Der Kompromiss besteht im Kern darin, die Innenstadt für den Fußverkehr attraktiver zu gestalten, indem oberirdische Parkplätze in Parkieranlagen verschoben werden, ohne aber die Gesamtzahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze anzutasten. Namhafte Experten aus der Schweiz, wie Prof. Hüsler, der seine Expertise auch immer wieder für Graz einbringt, hat dieses Züricher Modell als gewinnbringend und zielführend für eine Verkehrswende benannt. Ein Modell, das wohl auch für die Stadt Graz und ihre Bewohnerinnen und Bewohner zielführend und annehmbar erscheint, um sie ohne Bevormundung und Zwang zu einem Umdenken in der Gestaltung der individuellen Mobilitätsgewohnheiten zu bewegen. Wir alle treten dafür ein, dass es zu mehr Bewegung in einer Neugestaltung des Verkehrs in Graz kommt. Daher streben wir einen Kompromiss zu einer Lösung über alle politischen Differenzen hinweg an. In diesem Sinne stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den folgenden

dinglichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden dazu aufgefordert, unter der Federführung der Abteilung für Verkehrsplanung einen ständigen Unterausschuss für „Verkehrsentwicklung“ im Rahmen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bestehend aus allen Parteien einzurichten. Dieser soll sich, unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für den Grazer Verkehr befassen. Der angeführte Unterausschuss soll so rasch wie möglich zusammentreten und anlass- bzw. ergebnisbezogen dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung berichten. Darüber hinaus sollen in diesem Unterausschuss unter Einbeziehung von Anrainerinnen und Anrainern konkrete Fragestellungen zum Thema Verkehr, Verkehrsberuhigung und sanfter Mobilität thematisiert werden, um einen transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungsfindungsprozess zu gewährleisten.*
- 2. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, einen Vorschlag für den Grazer Verkehrspakt auszuarbeiten und dem zuständigen Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bzw. dem Gemeinderat im April zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Der Grazer Verkehrspakt hat im Wesentlichen das Ziel, die verpflichtende Schaffung von Ersatzstellflächen für entfallende Parkplätze zu verankern.*
- 3. Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden beauftragt, zu prüfen, ob bereits in Planung befindliche Park-and-Ride-Anlagen schneller umgesetzt werden können. Insbesondere ist dabei das Augenmerk auf die Park-and-Ride-Anlage Murpark zu legen. Dem Gemeinderat ist bis April ein Bericht vorzulegen.*

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Antragstellerin, liebe Zuseher: innen. In dieser Stadt bewegt sich im Moment gerade sehr viel. Was den öffentlichen Verkehr betrifft, was auch die Radoffensive betrifft und was Stadtteilentwicklung betrifft. Es ist hier auch in diesem Antrag Zürich zitiert

worden. Das nehme ich auch gerne auf. Der Motorisierungsgrad in Zürich ist pro 1000 Einwohner 328, sprich, da sind sie einfach schon weiter unten mit dem PKW, das man sagt, man braucht einen PKW, wir können uns auch anders fortbewegen. Weiters haben sie in Zürich weitreichende Tempo-30iger-Zonen, mehr als wir. Die Lärmbelästigung dort wird mit Spezialasphalt oder zumindest mit einem lärmdämmenden Asphalt in den Nebenstraßen oder auf den Hauptstraßen, das ungefähr 3 bis 5 Dezibel abnimmt, was auch das Wohnen an Hauptstraßen wiederum etwas angenehmer macht. Wenn ich ein Park-&-Ride-Haus für meine Bewohner haben möchte, die in der Stadt sind, sehe ich das als falsches Zeichen. Die Park-&-Ride Parkplätze würde ich eher für die Einpendlerinnen und Einpendler sehen, nicht für die Bevölkerung. Wenn wir uns vor Augen führen, wie lange wir jetzt schon die Fußgängerzone Herrengasse haben, die wir alle sehr schätzen und ich weiß nicht, ob Anfang der 70iger-Jahre irgendjemand gemeint hat, das ist ein Wahnsinn, damit kommen wir nicht klar. Ebenfalls Ausbau der Straßenbahnlinie 6, seinerzeit ins Peterstal hinein, auch wenn es nur eine kleine Strecke war, hat es zuerst sehr hohen Widerspruch von der Bevölkerung gegeben. Wie sich das Gebiet jetzt aber erweitert hat und bewohnbarer geworden ist und die Leute das öffentliche Verkehrsmittel nutzen, sieht man anhand der Zahlen. Es wird in dieser Stadt irrsinnig viel getan, um die Leute auf das öffentliche Verkehrsmittel umzuleiten. Tarife sind einfach gut und auch die Strecken werden ständig ausgebaut. Wenn wir jetzt einfach nur zu uns nach Hause schauen, wie unser Fahrzeugbestand aussieht, sei es ein PKW, mehrere PKWs, sei es ein Anhänger, der irgendwo abgestellt werden muss, seien es unsere Fahrräder, die jeder vermutlich von uns hat, zusätzlich vielleicht ein E-Bike, vielleicht haben wir sogar einen Scooter für die Kinder oder einen E-Scooter oder ein Lastenrad auch noch zu Hause. Wenn ich jetzt für alle meine Fahrzeuge einen Abstellplatz haben möchte, dann wird diese Stadt einfach zu klein sein. Ebenfalls ist es für mich immer so, unsere Stadt ist ja ein wenig falsch gebaut. Wir haben einfach schmale Straßen, so dass wir alle miteinander Platz haben und alles andere wächst. Es hat 2021 eine Umfrage gegeben von M-Research, und zwar waren 39 % über die Maßnahme einer Verkehrsberuhigung sehr angetan. 90 % schätzten sogar die Flexibilität, mit dem

Fahrrad einfach schneller und bequemer voranzukommen und 78 % von den Leuten, die dort mitgemacht haben, haben gesagt, ich habe eigentlich weniger Probleme, einen Parkplatz mit meinem Fahrrad zu finden als mit meinem Auto. In diesem Sinne kann ich nur sagen, können wir als Sozialdemokratische Fraktion dem Antrag leider nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR KO Dreisiebner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Stadtregierungsbank und hier im Gemeinderatssitzungssaal, werte Antragstellerin. Ein wenig gespoilert hat der Kollege Lenartitsch schon, wie wir uns zu deinem, euren Antrag verhalten werden. Ich gehe deswegen gleich einmal vorab auf die drei Punkte ein und versuche, das ein Stückweit aufzulösen. Einerseits forderst du einen ständigen Unterausschuss, der sich mit der Verkehrsentwicklung befasst. Ich denke, dass es vor jeder Gemeinderatssitzung ganz bestimmt ein oder zwei Ausschüsse geben wird neben dem Finanzausschuss, das ist der Verkehrs-, Stadtplanungs- und Grünraumausschuss, in dem auch regelmäßig berichtet wird. In dem auch regelmäßig Expert:innen und Experten im Haus und auch von extern einbezogen werden und in dem deine Kollegen und Kolleginnen ja auch vertreten sind, genauso wie Kollege Topf oder Kollege Piffli-Percevic, nur um zwei Namen zu nennen. Auch immer wieder bei Veranstaltungen die die Bürger:innenbeteiligung, die hier moniert wird, abdecken, anwesend sind und letztlich auch wissen, wie die Stimmungslage dort ist. Das Zweite, einen Verkehrspakt auszuarbeiten. Vielleicht weißt du es nicht, liebe Daniela, aber gestern ist der Mobilitätsplan Graz 2040 genau mit diesem vorher benannten Ausschuss präsentiert worden bzw. die Abläufe, um ihn zu erstellen. Das ist dieser Verkehrspakt, wenn man es so will, allerdings nicht mit dem Zusatz oder Ziel, verpflichtend die Schaffung von Ersatzstellflächen für entfallende Parkplätze zu verankern. Warum nicht? Manuel Lenartitsch hat es schon gesagt, die Mobilität ist divers. Sie wird diverser. Genannter Experte Fallast hat vor einigen Jahren noch gesagt, die Mobilität im urbanen Raum wird mit weniger Autos im Bestand mit weniger Wegen, weniger Wegelängen für

Autos in einigen Jahren zu Rande kommen. Er hat das Sharing und eben den Wert auf die aktive Mobilität und auch auf den ÖV 2017 in einem großen Interview gesagt. Was er hier sagt, ist nicht nur geschmacklos, leider auch von euch zitiert, das hätte ich mir von einem Experten nicht erwartet und leider bin ich auch enttäuscht, dass du dieses Zitat aufnimmst, liebe Daniela. Drittens, die Planung von Park-&-Ride-Anlagen oder insbesondere Murpark, es ist nicht so, dass dort nichts passiert. Vielleicht solltet ihr intern auch ein bisschen mehr reden oder auch mit uns reden, es ist bekannt, dass es eine entsprechende Arbeitsgruppe gibt mit dem Land Steiermark und grundsätzlich, regional die Park-&-Ride-Strategie neu aufzusetzen bzw. Verbesserungen zu suchen. Als nächstes kommt eine tatsächliche Berichtigung. Ihr beruft euch auf Zürich 1996. Im November 2021 wurde beschlossen ein neuer Richtplan Verkehr für die Stadt Zürich, der genau das, was ihr einfordert oder moniert oder auf was ihr euch bezieht, außer Kraft gesetzt hat. Dieser ist am 27.8.2022 dann auch in Kraft getreten. Warum das überhaupt war, das müsst ihr die Züricher fragen, das muss das Schweizer Gesetz sein. Ihr wiederholt immer dasselbe, es wird deswegen aber nicht richtiger. In der Zinzendorfgasse wurde Bürger:innenbeteiligung gemacht. Alle, die da waren, wissen, dass dort eine große Mehrheit von Menschen eigentlich zufrieden ist, sich freut, dass diese Umsetzung kommt. Einige wenige haben das lautstark zum Ausdruck gebracht, sie bleiben aber trotzdem einige wenige und wir wissen, dass man in Bürgerbeteiligungsprozessen informieren kann, hören kann, mitnehmen kann, zugehen kann auf die einzelnen Wünsche und Bedürfnisse, aber am Ende wird niemand alle, und das schreibt ihr auch in eurem Antrag, niemand alle mit dem ganz persönlichen, speziellen Wunsch glücklich machen können. Das ist etwas, was wir in dieser Stadt auch zur Kenntnis nehmen müssen, egal, ob damals Nagl ohne Bürgerbeteiligung und ohne die Befassung des Gemeinderates z.B. eine Metro-Planungs GmbH aufgesetzt hat, oder ob man Bürger:innenbeteiligung betreibt, auf die Menschen zugeht, den Menschen zuhört und am Ende trotzdem das Richtige entscheidet. Das Richtige für die Menschen in dieser Stadt, für die Kinder in der Stadt, für die nächsten Generationen, Stichwort Klimaschutz, Stichwort Verkehrswende, Stichwort mehr Platz, mehr Lebensqualität, mehr Raum und mehr Grün. Wir werden

eurem Antrag leider, und wenn ihr es noch dreimal sagt, wir werden wieder leider nicht zustimmen.

Gmeinbauer:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vorredner. Ich bedanke mich für euer kritisches Feedback. Ich werde dennoch nicht müde werden, mich mit entsprechenden Initiativen an dieses Rednerpult zu stellen, warum?

Zwischenruf unverständlich.

Gmeinbauer:

Nein, das sicher nicht. Man hat, wenn man euch so zuhört, das Gefühl, dass es heute eben dieser berühmte oder von uns unterstellte Fleckerlteppich ist. Es wird dort ein Fleckerl gemacht, es wird hier ein Fleckerl gemacht und das, um das wir euch bitten und mit diesem Unterausschuss, soll natürlich auch eine Vision, so wie du sie jetzt angesprochen hast, mit der Mobilitätsstrategie 2040, die nicht nur für den ÖV, sondern auch für den IV, für das Zweirad, für die Fußgänger und für die anderen Fahrteilnehmer, die du aufgezählt hast, die auch Platz suchen, integriert sein. Es gibt kein Gesamtkunstwerk, wie diese Stadt zukünftig mit dem Platz auskommen wird. Du hast es selbst gesagt, lieber Karl Dreisiebner, oder auch der Herr Lenartitsch hat es gesagt, es ist halt ein bisschen zu eng geworden der Platz. Jetzt wissen wir alle und jetzt habt ihr aber lustig gelacht, weil wir der Meinung waren, minus 1, eine Metro würde uns helfen, diesen Platz neu zu verteilen. Es wird kein Weg vorbei führen, sich auf minus 1, ob es jetzt für den ÖV ist, oder im zukünftigen Parken ist für gewisse Zonen in dieser Stadt Platz zu schaffen und wenn ich da nicht eine Gesamtkonzeption habe, wo ich dann den Großteil der Teilnehmer, egal jetzt, ob zu Fuß und im ÖV und auf welchen Rädern auch immer, mitnehmen kann und so wie du sagst, Karl, einen jeden wird man es nicht recht machen. Aber man muss versuchen, wenigstens die

große Masse abzuholen und wenn du redest und wenn der Vergleich kommt, dass in Zürich halt der PKW-Fließverkehr zurückgegangen ist, der geht ja bei uns bitte auch zurück. Es sind ja, Gott sei Dank und warum auch immer, nicht mehr so viele PKW-Anmeldungen in der Steiermark. Das lässt sich ja auch verfolgen. Anscheinend dürfte das Angebot, warum man das Auto nicht mehr braucht, auch dahingehend sich weiterentwickelt haben, oder der Mensch geht mehr zu Fuß oder fährt mit dem Fahrrad. Nur wir sind noch nicht an der Fahnenstange, wo ihr hinwollt, angekommen. Deswegen gilt es für uns, dass wir alle Verkehrsteilnehmer, alle Gruppen mitnehmen wollen und keinen zurücklassen wollen. Die paar wenigen, die wir mit dem vielfältigen Angebot, das bei uns im Gesamtkonzept in der Vision in diesem Unterausschuss groß und laut gedacht werden darf und sollte, muss man riskieren. Aber von vornherein zu sagen, ich hab genug geredet, es ist einmal so und ich lasse dann diese Gruppe unzufrieden zurück, wird man halt bei der nächsten Aktion für die nächste Gasse von vornherein auf Widerstand treffen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Neos und Lohr) abgelehnt.

10.4 Versiegelungsgrad bzw. Grün- und Freiflächenfaktor – Verordnung mit Bezug zum gleichlautenden dringlichen Antrag vom 16.12.2021 (GR HR DI Topf, ÖVP)

Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörer:innen und Zuschauer:innen am Livestream. In meinem dringlichen Antrag geht es wieder einmal, wenn ich das so sagen darf, um den Versiegelungsgrad bzw. den Grün- und Freiflächenfaktor, um eine Verordnung, die dringend wäre, mit Bezug zum gleich lautenden Antrag vom 16.12.2021. Der Zuzug

in Graz schreitet weiter voran, wir haben keine Frage, gerade erst erfahren dürfen, dass inzwischen wieder beinahe 300.000 Einwohner in Graz sind und eine Heimat gefunden haben. Eine Trendwende ist daher kaum für die Zukunft zu sehen. Damit steht die Stadt Graz als begehrter Lebensraum weiterhin vor den großen Herausforderungen einer stark wachsenden Stadt. Leider muss man aber in letzter Zeit feststellen, dass zwar sehr viel angekündigt, aber relativ wenig umgesetzt wird. Dies betrifft nicht nur Projekte, die monetären Charakters sind und von der Koalition keine Priorität eingeräumt werden, das haben wir heute schon gehört – Stichwort Bildung und Schulausbau –, sondern ist auch dort wiederzufinden, wo eigentlich eine besondere Initiative zumindest auf Grund der Ankündigungen vor der Wahl zu erwarten gewesen wäre. Die Grazer Volkspartei hat bereits am 16. Dezember 2021 einen dringlichen Antrag eingebracht, der nach einer durch eine breiten Unterstützung im Gemeinderat eine Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes, ich betone bewusst des Baugesetzes, Rahmenbedingungen in Form einer Ermächtigung geschaffen hat, damit die Stadt Graz mit einer Verordnung Mindestwerte für den Anteil von Grün- und Freiflächen definieren kann. Die Implementierung dieser Verordnung wäre nach dem Stadtentwicklungskonzept, wir sind ja gerade dabei, die ersten Schritte einer Änderung durchzuführen beim Flächenwidmungsplan und dem Räumlichen Leitbild mit zukünftig verstärkten stadtklimafitten Aspekten, das nächste dringende Zeichen einer nachhaltigen Strategie, um negativen Entwicklungen und Effekten entgegenzuwirken. Deshalb ist es jetzt wichtig, den nächsten Qualitätsschritt zu setzen und diese Verordnung zu erlassen. Auf Grundlage der Gebietsanalyse des Räumlichen Leitbilds und den Gebietscharakter, das beton ich bewusst, bewahrend wird somit zum wiederholten Male von mir gefordert, Mindestwerte des Anteils von Grün- und Freiflächen festzulegen. Leider wurde schon damals, 16.12.2021, ein Abänderungsantrag gestellt, der die konkrete Umsetzung etwas verzögert oder erschwert hätte. Festzuhalten ist jedoch, dass auch der Abänderungsantrag mit nachstehendem Wortlaut zumindest einen Bericht an den Gemeinderat bis zum Juli 2022 vorgesehen hätte: „Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und

Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber, „den möchte ich heute noch einmal ansprechen,“ werden ersucht, im Verlauf des 1. Halbjahres 2022 einen detaillierten Vorhabensbericht inkl. eines Zeitplans für eine Verordnung hinsichtlich des Versiegelungsgrades bzw. des Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen. Dieser Bericht soll überdies eine Grundlage für die Revision der Stadtplanungsinstrumente (Räumliches Leitbild, Flächenwidmungsplan 4.0 hinsichtlich Bebauungsplanzonierung) enthalten.“ Bisher, und das ist es was ich kritisiere, bisher sind jedoch weder ein Entwurf für eine Verordnung noch eine dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bekannte Arbeitsgruppe und schon gar nicht ein Zeitplan kommuniziert worden. Das angesprochene erste Halbjahr 2022 verstrich offensichtlich ohne erkennbare Aktivitäten, jedenfalls für uns nicht erkennbar. Da inzwischen weitere 8 Monate vergangen sind, erlaube ich mir, seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs erneut den dringlichen Antrag vom 16. Dezember 21 einzubringen. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher zum wiederholten Male folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen: Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, ehestmöglich, aber längstens bis zu der im März dieses Jahres stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraum, einen diskussionsfähigen Entwurf über eine Verordnung hinsichtlich eines Versiegelungsgrades bzw. eines Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen. Ich ersuche um Annahme dieses wiederholten dringlichen Antrages.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Der Zuzug in Graz schreitet weiter voran. Wir haben gerade erst erfahren dürfen, dass inzwischen wieder beinahe 300.000 Einwohner in Graz eine Heimat gefunden haben. Eine Trendwende ist daher nicht zu sehen. Damit steht die Stadt Graz als begehrter Lebensraum weiterhin vor den großen Herausforderungen einer stark wachsenden Stadt. Leider muss man aber in letzter Zeit feststellen, dass zwar sehr viel angekündigt, aber relativ wenig umgesetzt wird. Dies betrifft nicht nur Projekte, die monetären Charakters sind und von der Koalition keine Priorität eingeräumt werden – Stichwort Bildung und Schulausbau –, sondern ist auch dort wiederzufinden, wo eigentlich eine besondere Initiative zumindest auf Grund der Ankündigungen vor der Wahl zu erwarten gewesen wäre. Die Grazer Volkspartei hat bereits am 16. Dezember 2021 einen dringlichen Antrag eingebracht, der - nach einer durch eine breit unterstützte Initiative des Gemeinderats erfolgten Änderungen des Steiermärkischen Baugesetzes (§ 8 Abs. 3, 4 und 5 Stmk. BauG i.d.g.F.) - Rahmenbedingungen in Form einer Ermächtigung geschaffen hat, damit die Stadt Graz mit einer Verordnung Mindestwerte für den Anteil von Grün- und Freiflächen definieren kann. Die Implementierung dieser Verordnung wäre nach dem Stadtentwicklungskonzept, dem Flächenwidmungsplan und dem Räumlichen Leitbild mit zukünftig verstärkten stadtklimafitten Aspekten das nächste dringende Zeichen einer nachhaltigen Strategie, um negativen Entwicklungen und Effekten entgegenzuwirken. Die Stadt ist angehalten, in Zeiträumen von Generationen zu denken. Deshalb ist es jetzt wichtig, den nächsten Qualitätsschritt zu setzen und diese Verordnung zu erlassen. Auf Grundlage der Gebietsanalyse des Räumlichen Leitbilds und den Gebietscharakter bewahrend wird somit zum wiederholten Male gefordert, Mindestwerte des Anteils von Grün- und Freiflächen festzulegen. Leider wurde schon damals ein Abänderungsantrag gestellt, der die konkrete Umsetzung etwas erschwert hätte. Festzuhalten ist jedoch, dass auch der Abänderungsantrag mit nachstehendem Wortlaut zumindest einen Bericht an den Gemeinderat bis zum Juli 2022 vorgesehen hatte: „Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im

eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, im Verlauf des 1. Halbjahres 2022 einen detaillierten Vorhabensbericht inkl. eines Zeitplans für eine Verordnung hinsichtlich des Versiegelungsgrades bzw. des Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen. Dieser Bericht soll überdies eine Grundlage für die Revision der Stadtplanungsinstrumente (Räumliches Leitbild, Flächenwidmungsplan 4.0 hinsichtlich Bebauungsplanzonierung) enthalten.“ Bisher sind jedoch weder ein Entwurf für eine Verordnung noch eine dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bekannte Arbeitsgruppe und schon gar nicht ein Zeitplan kommuniziert worden. Das angesprochene erste Halbjahr 2022 verstrich offensichtlich ohne erkennbare Aktivitäten. Da inzwischen weitere 8 Monate vergangen sind, erlaube ich mir seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs erneut den dringlichen Antrag vom 16. Dezember 21 einzubringen. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher zum wiederholten Male folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen: Die für Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner und der für die Bau- und Anlagenbehörde im eigenen Wirkungsbereich verantwortliche Stadtrat Manfred Eber werden ersucht, ehestmöglich, aber längstens bis zu der im März dieses Jahres stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraum, einen diskussionsfähigen Entwurf über eine Verordnung hinsichtlich eines Versiegelungsgrades bzw. eines Grün- und Freiflächenfaktors vorzulegen.

GRⁱⁿ **Braunersreuther** Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH):

Liebe Kolleg:innen, lieber Georg Topf. Zunächst einmal möchte ich dir einen ganz großen Dank aussprechen, weil die, die hier in der vorherigen Gemeinderatsperiode waren, wissen, dass du immer ein wirklich großer Streiter für diesen Grün- und

Freiflächenfaktor warst, der jetzt zum Glück auch, ich denke einmal auch aufgrund unseres stetigen Drängens bei der Landesregierung, wirklich ins Baugesetz aufgenommen worden ist als Grundlage dafür, dass in Graz eine Regelung geschaffen werden kann. Allerdings ist dieses, du schreibst in deinem Antrag, dass im ersten Halbjahr schon der detaillierte Vorhabensbericht von der Stadt Graz erfolgt hätte sein sollen. Das wäre tatsächlich wünschenswert gewesen, aber im ersten Halbjahr 2022 ist gerade mal das Baugesetz dahingehend geändert worden, dass man überhaupt eine Grundlage hatte, auf der Basis man arbeiten konnte und es ist dann auch sofort passiert. Dass in der Stadt, genau wie du das forderst, die zuständigen Ämter, die den Stadträt:innen Manfred Eber, Judith Schwentner politisch zugeordnet sind, in wirklich intensiver Kommunikation versucht haben, eine Lösung zu finden, wie dieser Grün- und Freiflächenfaktor für die Stadt Graz implementiert werden kann. Diese Diskussion ist auch transparentgemacht worden. Ich erinnere daran, an den Sonderausschuss zur Stadtplanung, der stattgefunden hat vergangene Woche, da ist auch darüber berichtet worden über einige im STEK, Räumlichen Leitbild und FLÄWI geplante Änderungen, die auch, genau wie du das forderst, nicht nur im März präsentiert werden sollen, sondern idealerweise, wenn alles gut geht, mit rechtlicher Abklärung und so weiter im März schon in den Gemeinderat eingebracht werden soll. Spätestens im April. In manchen Bereichen ist es besser, etwas gescheit und hieb und stichfest juristisch zu machen, als etwas zu überstürzen.

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Das habe ich heute schon alles gesagt bei der Berichterstattung.*

Braunersreuther:

Das war bei deinem Stück, vielleicht haben da manche nicht so genau zugehört, weil eigentlich hat es thematisch nicht zu deiner Stückpräsentation gepasst, deswegen wiederhole ich das. Insofern in der Dringlichkeit, da es wirklich dringlich ist, werden wir

deinem Antrag deswegen gerne zustimmen. Im Inhalt können wir eben nicht ganz zustimmen, weil es nicht ganz richtig ist, dass da keine transparente Kommunikation erfolgt ist und vor allen Dingen wollen wir eigentlich mehr als einen diskussionsfähigen Entwurf, sondern wir wollen schon eine Lösung möglichst bald einbringen und quasi übertrumpfen das, was du forderst und ich hoffe, das ist dann auch in deinem Sinne.

GR Lenartitsch:

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller und liebe Zuseherinnen und Zuseher. Als ich mit Beginn der Periode den Ausschuss Planung, Stadt, Verkehr, alles, was da zusammengewürfelt wurde, übernehmen habe dürfen, war mir noch nicht bewusst, dass das eigentlich ein so großes Ding ist. Mittlerweile habe ich alles schon geschnallt, kann man so sagen, weil wenn man nicht in der Politik tätig ist, weiß man auch nicht, was im Hintergrund immer passiert. Auch weiß man nicht immer in der Politik, was in den Ämtern passiert, aber ich muss sagen, wir hatten am 19.10.2022, am 19.12.2022 und am 9.3.2023 jeweils einen Bericht über die Entwicklung des STEKS, des Räumlichen Leitbildes und des Flächenwidmungsplanes. Hier zu sagen, wenn wir da immer wieder Stück für Stück informiert wurden, wie weit die schon sind, wir sind noch nicht abgeschlossen, denn beim letzten Mal haben sie ja gesagt, einige Dinge fehlen noch und die wurden uns nicht präsentiert, das müssen wir halt noch abwarten. Mir ist es lieber, man hat das in dem ersten halben Jahr noch nicht umgesetzt und wir reparieren das im Nachhinein, oder wir müssten es dann im Nachhinein wieder reparieren, dann lassen wir uns da eben lieber etwas mehr Zeit. Ich glaube aber auch, dass das aber auch in naher Zukunft passieren wird, weil auch die Beamten, die das bearbeiten, schon sehr weit fortgeschritten sind. Jetzt habe ich nicht das Gefühl, dass es dringlich wäre, das einzufordern und das bis März zu fordern, weil ich glaube, es wird passieren. Ich glaube, dass wir als Stadt generell alle gemeinsam schon daran interessiert sind, dass wir hier Veränderungen machen werden und dass wir sie auch bekommen. Es ist heute schon so viel gewesen über den Flächenfraß, was passiert ist, über Neubau bzw. über Abbruch von Häusern, die vor 1945 gebaut

wurden. Vieles ist einfach momentan im Laufen und da müssen wir uns eben ein wenig Zeit geben und mir, damit ich mich da noch ein wenig besser auskenne. Aber die Dringlichkeit sehe ich in diesem Bereich jetzt nicht, weil es ja schon passiert. Danke.

GR. DI HR Topf:

Jetzt bin ich unsicher, ob die Dringlichkeit durchgeht oder nicht, deswegen melde ich mich zu Wort. Ich möchte noch einmal auseinanderhalten. Natürlich werden die ersten Schritte gesetzt, das ist ja vollkommen richtig, was du gesagt hast, Herr Vorsitzender. Die ersten Schritte sind gesetzt im Bereich einer Revision, einer Erweiterung, einer Neubetrachtung des Stadtentwicklungskonzeptes, Flächenwidmungsplanes. Wir haben die ersten Schritte jetzt im letzten Arbeitsausschuss ja wahrgenommen. Die ersten Schritte wurden uns ja schon vorgestellt, keine Frage, es werden auch Auswirkungen auf das Räumliche Leitbild zu erwarten sein, auch auf das Stadtentwicklungskonzept. Aber worum es mir insbesondere geht, das wird ein Prozess sein, der vielleicht nicht in einem halben Monat oder einem halben Jahr abgeschlossen werden kann. Wir sind noch dazu angeregt, eine Bürgerbeteiligung allenfalls auch aufzusetzen, wir sind dann auch verpflichtet, die Meinung der Aufsichtsbehörde dazu einzufordern. Das heißt, es wird eine Weile dauern, wenn ich das so salopp sagen darf. Wir brauchen dazu noch die 2/3-Mehrheit und das werden wir wahrscheinlich nicht zusammenbringen, aber ich sage nur, das ist ein längerer Prozess. Ich schätze, dass diese Veränderung, welche Größenordnung sie auch immer einnehmen wird, sicher einen Zeitraum von einem Jahr mindestens brauchen wird. Weil das einfach die Schritte sind, allein die Aufsichtsbehörde hat 6 Monate Zeit, einmal unsere Entwürfe, die nach dem Raumordnungsgesetz zu beurteilen sind, hier zu begutachten. Mir geht es darum, dass wir eine Verordnung schaffen, die unmittelbar auch in konkreten Bauverfahren anwendbar ist. Deswegen ist es ja die Veränderung oder der Zusatz, Gott sei Dank, im Steirischen Baugesetz, damit die Bau- und Anlagenbehörde, Herr Stadtrat Eber ist ja da gefordert, eben unmittelbar im Bauverfahren diese Verordnung anwenden kann. Wir haben im Bereich der Raumordnung diese Bebauungsplansituation, wo wir jetzt schon,

das ist ja heute schon angesprochen worden, beim Projekt hier in Thondorf haben wir jetzt schon die Möglichkeit, Versiegelungsgrade, Bebauungsgrade festzulegen. Aber, in Konkreten Bauverfahren, wo leider einiges schief läuft, ich sage das ganz bewusst so, bräuchten wir jetzt unmittelbar eine Verordnung. Es hat nicht unmittelbar mit den Schritten zur Änderung des Flächenwidmungsplanes, des Stadtentwicklungskonzeptes oder des Räumlichen Leitbildes zu tun, sondern wir bräuchten jetzt eine Verordnung, damit die Bau- und Anlagenbehörde unmittelbar natürlich bezogen auf den Gebietscharakter, wir haben das ja im Räumlichen Leitbild definiert, da wird es vielleicht noch Änderungen geben, unmittelbar anwenden kann. Das ist mein Ansatz. Jetzt schnell zu handeln und nicht eine Verordnung zu haben, die allenfalls in einem Jahr, eineinhalb Jahren, wer weiß, wie die Aufsichtsbehörde dazu reagiert, umsetzbar ist. Also bitte relativ rasch diese Verordnungen zu entwickeln. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte kurz etwas sagen, bevor im tieferen Inhalt auch noch meine Kollegin Würz-Stalder etwas sagen wird. Ich bin schon erstaunt, weil im vorhergehenden dringlichen Antrag war der Unterausschuss erwünscht für eine tiefergehende Diskussion. Wir haben den Unterausschuss für Stadtentwicklung, den machen wir wirklich extrem regelmäßig zu diesem sehr langen, ausführlichen Ausschuss, den wir haben und in diesem Unterausschuss, und das möchte ich noch einmal wiederholen, wir haben im Ausschuss im Oktober 2022 berichtet. Ok, es war nicht Juli, aber es war Oktober 2022, weil eben bis dahin die rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft wurden durch die Abteilung, aber im Oktober haben wir erstmals darüber berichtet. Da gab es eine Präsentationsunterlage und auf Seite 6, ich habe nachgeschaut, war die Erläuterung zum Grünflächenfaktor und wie wir das künftig machen wollen. Im Dezember, am 19.

Dezember, hat Herr Kollege Inninger und Kollegin Benedikt, die zuständig ist dafür, berichtet, wie weit wir sind, was geplant ist und auch da war der Grünflächenfaktor wieder Thema. Jetzt war es am 9. bzw. 8 Februar wieder im Unterausschuss, der Bericht, nämlich der detaillierte, wie mit den Instrumenten jetzt umgegangen wird, wie die Änderung von STEK und FLÄWI vonstatten gehen werden und ich freue mich über ausführliche Unterstützung, nur bin ich wirklich erstaunt, wenn irgendjemand so tut, als hätten wir im letzten halben Jahr nichts im Bezug auf den Grünflächenfaktor getan. Dem ist nicht der Fall (*Appl.*). Wir sind die Letzten, die nicht riesiges Interesse daran hätten, dass wir das schnellstmöglich einbringen und deswegen haben wir versucht, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und sind dabei, das zu machen und bis dahin, wir haben heute schon einen Flächenwidmungsplan gehabt, einen Bebauungsplan gehabt, wo betont wurde, dass der Grünfaktor ein sehr großer ist, nämlich 20 %, bis dorthin werden wir bei allen Bauvorhaben schauen, dass wir die Bodenversiegelung massiv einschränken. Jeder Bebauungsplan, der in unserer politischen Zuständigkeit jetzt kommt und auch kein geerbter ist, wird genau das haben. Ich bin wirklich erstaunt, freue mich aber, dass so großes Interesse ist, dass auch schon Unterstützung angekündigt wurde für die 2/3-Mehrheit, die wir ja brauchen und ich glaube, dass wir alle im Interesse einer zukünftigen, geordneteren Bautätigkeit da einiges an Reparaturen vorhaben und wenn wir unterstützt werden, dann freue ich mich. Danke (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, werte Zuseherinnen und Zuseher. Ja, was wir hier heute erleben, ist tatsächlich, und ich muss es jetzt ein bisschen härter formulieren, aus meiner Sicht nur mehr Verzögerungstaktik. Es ist ja nett, wenn Fortschritte in manchen Bereichen vorgestellt werden in diesem Ausschuss, aber was schon klar ist, in den Zeitungen wird darüber berichtet, naja, es müssen auch andere Parteien zustimmen, man will die ÖVP ins Boot holen, es braucht eine 2/3-Mehrheit und bis heute liegt kein Verordnungsentwurf vor, obwohl anscheinend laut diesem

Abänderungsantrag bereits für Juni ein solcher in Planung war und ja, von mir aus, das kann sein, dass sich das nicht so schnell ausgeht. Aber dann davon zu reden, dass in den bebauungsplanpflichtigen Gebieten darauf eh geschaut wird, ja eh, weil dort haben wir die Möglichkeit, aber das ist ja gar nicht das Thema. Wir brauchen diese Verordnung, weil wir in den nicht bebauungsplanpflichtigen Gebieten sonst keine Handhabe haben (*Appf.*). Genau aus diesem Grund verstehe ich nicht, warum wir als Oppositionspartei ein Versprechen der Regierungspartei, nämlich endlich diese Faktoren in Zukunft besser zu beachten, vorantreiben müssen, wo ihr doch die wart, die in den letzten Jahren immer diejenigen wart, die das vorantreiben wollten, die jetzt in der Verantwortung sind und die das jetzt machen könnten. Wir als Oppositionspartei müssen alle halben Jahre einen Antrag einbringen, damit dem anscheinend überhaupt Beachtung geschenkt wird diesem Thema, damit etwas weiter geht. Bis heute gibt es keine Verordnung. Es gibt nicht einmal einen Entwurf, es gibt nichts, worüber wir diskutieren können, wo wir sagen können, ja vielleicht könnten wir hier auch unsere Ideen einbringen, damit wir dann gemeinsam diese 2/3-Mehrheit herstellen können überfraktionell, das wäre schön. Die eine Fraktion der Regierung sagt, das ist nicht dringlich, die anderen sind doch der Meinung, ich weiß auch nicht, was ...

Zwischenruf unverständlich!

Rufe aus den Reihen des Gemeinderates: Wir haben doch alle zugestimmt.

Brandstäter:

Naja, vielleicht hat er wieder anders abgestimmt, als er das in seiner Rede begründet hat, auch das ist verwirrend. Mich würde eine klare Linie freuen und mich würde es vor allem freuen, wenn wir von eurer Seite einen Verordnungsentwurf haben, wo wir dann wirklich etwas verbessern können in den Gebieten, wo das jetzt dringend notwendig

wäre und wo jetzt Baugenehmigungen rausgehen, die wir schon verhindern könnten oder bessermachen könnten. Vielen lieben Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Würz-Stalder:

Sehr geehrter Stadtssenat, lieber Kollege Topf, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir sind uns jetzt alle einig, es ist dringlich. Die Situation ist dringlich und wir haben aber auch schon erklärt, warum wir so vorgehen, wie wir vorgehen, dass wir das im Rahmen von einem Änderungsvorschlag für das STEK bzw. das Räumliche Leitbild integrieren wollen. Sobald dieser Entwurf aufgelegt wird und dabei sind wir, das rechtlich zu prüfen, können wir eine Bausperre auferlegen. Das heißt, ab dem Moment der Auflage hat man dem Vorschlag zu entsprechen oder man muss eben auf eine Genehmigung warten. Das heißt, wir haben sehr wohl diesen Spielraum, möglichst rasch jetzt zur Wirksamkeit zu kommen. Ich weiß nicht, warum das bis jetzt nicht angedacht wurde, aber das ist eigentlich der rechtliche Rahmen, der vorgesehen ist. Herr Kollege Topf, lieber Georg, du wirst mir zustimmen, dass gerade der Grünflächenfaktor einer ist, den man nicht einfach sozusagen festlegen kann und einfach irgendwelche Zahlen spielt über die Gebiete hinweg. Das gehört genau untersucht, da gehören Verträglichkeiten geprüft und es wurde heute schon einmal erwähnt, wir können nicht den Grünflächenfaktor, den wir im Grüngürtel, den können wir nicht bei Industrie- und Gewerbegebieten oder in der Innenstadt anwenden. Das heißt, wir haben ein sehr differenziertes Räumliches Leitbild und auf das ist das abzustimmen. Deshalb glaube ich, dass die Vorgangsweise sehr wohl richtig ist, jetzt einen umfassenden Entwurf vorzulegen und wie gesagt, da überkreuzen sich unsere Begehrlichkeiten. Ich gestehe, auch ich bin ungeduldig. Vor allem, weil ich dir das irgendwie in der Abänderung damals auch zugesagt habe. Ich habe immer wieder das eingemahnt. Aber wir stehen eigentlich davor, dass dieser Entwurf zur Auflage kommt und damit auch eine neue Regelung gefunden wird. In diesem Sinne freue ich mich aber schon, dass wir dann eure Unterstützung dann auch haben werden für den neuen Grünflächenfaktor (*Appl.*).

StRⁱⁿ Schönbacher:

Der Kollege Brandstätter hat gesagt, er ist verwirrt, ich bin positiv überrascht, weil, lieber Georg, du bist ja doch schon sehr lange im Gemeinderat und der Altbürgermeister Siegfried Nagl hat ja selbst schon immer gesagt, es ist nur dann eine lebende Stadt und eine wachsende Stadt, wenn er Baukräne sieht in der Stadt und so ist es mir auch vorgekommen. Einige seiner Wähler und Bürger haben das nicht so gesehen und wahrscheinlich ist es etwas zu spät bemerkt worden, deswegen bin ich positiv überrascht, dass ihr in der Oppositionsrolle angekommen seid und jetzt besonders auf einen nachhaltige Strategie setzt und es eilig habt für eine nachhaltige Strategie, das überrascht mich positiv, finde ich sehr schön, weil wir doch in der Vergangenheit in der Zusammenarbeit, gerade was den Gebietscharakter angeht, nicht immer gleicher Meinung waren, weil es doch so gewesen ist, dass du schon dafür gewesen bist, dass eine fünfstöckige Siedlung genau dort hinkommt, wo eigentlich der Gebietscharakter Einfamilienhäuser gewesen sind. Deswegen, wir werden diesem Antrag zustimmen und sind eben positiv überrascht.

GR HR Dr. Piffl-Percevic:

Ich bin jetzt schon ein wenig überrascht. Ich möchte das klarstellen. Hier wird von einer Bausperre, einer bevorstehenden so quasi, wir haben da schon zugestimmt und dann können wir auch den Grün... Wieso? Das ist ja sehr unfair.

Bei der letzten Sitzung des städtischen Planungsausschusses war ich verhindert, aber ich habe jetzt noch einmal den Kollegen Topf gefragt, wir hören jetzt das erste Mal, dass es sozusagen bevorsteht auch eine Bausperre. Wir sind, und dazu stehen wir, sonst hätten wir uns in all den Jahren völlig in die falsche Richtung entwickelt, wir wollen auch nach wie vor an der Weiterentwicklung unserer Stadt aktiv teilnehmen. Da komme ich zurück, mit den rechtlichen Mitteln, die wir haben und allenfalls vom Land auch einfordern, die Instrumente, die eine Stadt wie Graz braucht, ein Manko war der Grünflächenfaktor und beim Land hat es lange gedauert, also jetzt Leibnitz oder Leoben zu beleidigen, auch denen würde es guttun, solche Instrumente zu haben

und sie hätten sie auch und du hast es quasi erfunden in der Steiermark. Es ist jetzt schon zwei oder drei Jahre her, dass diese Verordnungsermächtigung besteht und sie wurde angekündigt und wir bekommen sie nicht. Das hat direkt mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept so nichts zu tun. Ich wundere mich, Manfred Eber, als oberster Chef der Baubehörde, dass du ohne dieses Instrument auch noch die Grünentwicklung von Graz wirksam vorantreiben kannst. Das war ja die Idee. Ich wiederhole, bei den Bebauungsplänen, ich war in der Lage, heute das zu zeigen, können wir ja planerisch, gestalterisch auch eingreifen. Beim einzelnen Bauvorhaben können wir das nicht und daher ist Gefahr in Verzug und das fordern wir seit über einem Jahr ein. Dass wir auch mitarbeiten an der Weiterentwicklung des STEK und Flächenwidmungsplanes, wir können nur noch keine Zusage geben, weil wir erst eine vage Skizze bekommen haben, wie das sein könnte. Die Zusage, dass wir uns einbringen, besteht, aber bitte nicht vorab, wir sind eh für eine Bausperre und ihr bekommt dann den Grünflächenfaktor mitgeliefert (*Appl.*). Das sind zwei getrennte Dinge, lassen wir die Kirche im Dorf und bereiten wir das vor. Kollege Brandstätter hat das gesagt, wir könnten doch einen Entwurf schon längst diskutieren und vielleicht dann von mir aus simultan, wenn wir sehen, dass das mit dem STEK noch stärker korreliert ist, wie wir das jetzt einschätzen, gemeinsam diskutieren. Aber es ist nicht einmal der Entwurf in Aussicht gestellt worden. Das ist unerträglich für Parteien, die im Wahlkampf angetreten sind, der Bau muss gestoppt werden, es muss grüner werden, sind jetzt eineinhalb Jahre säumig in diesem Punkt, das möchte ich hier festhalten (*Appl.*).

GR Topf:

Ich bedanke mich einmal für die Diskussion. Das ist, so glaube ich, ganz wichtig, dass wir das wieder einmal richtig angehen, wenn ich das so sagen darf. Aber ich möchte schon noch einmal das wiederholen, was Kollege Piffl-Percevic gesagt hat. Wir können ja parallel dazu die Verordnung, da brauchen wir nicht einmal eine 2/3-Mehrheit, wir können hier eine Verordnung beschließen, die jetzt unmittelbar anwendbar für die

Bauverfahren ist. Das ist ja das, was ich jetzt immer wieder fordere, weil leider Gottes in der Zwischenzeit möglicherweise da und dort, ich will das nicht unterstellen, das eine oder andere passiert im klassischen Bauverfahren, wo wir dann nachträglich, vielleicht in einem Jahr oder zwei, dann im Kontext zu den Raumordnungsinstrumenten, die jetzt weiterentwickelt werden, wir haben ja gerade die Ideen eingebracht gehört, was die Klimasituation betrifft, wir werden im Stadtentwicklungskonzept einige relevante Klimathemen zu behandeln haben, auch im Flächenwidmungsplan und auch im Räumlichen Leitbild. Da gibt es vielleicht Verschiebungen, ist ja keine Frage, es kann sein, dass im Räumlichen Leitbild sich die Gebietstypologien, Gebietscharakter verschieben, vielleicht verstärkt werden, aber mir geht es insbesondere auch darum zu sagen, machen wir die Verordnung relativ rasch, wir können sie dann ja allenfalls wieder anpassen. Aber relativ rasch, damit wir tatsächlich in konkreten Bauverfahren und Bauverfahren werden ja ständig herangetragen an die Bau- und Anlagenbehörde, dass wir hier schon ein Instrument haben, das wir relativ rasch und zeitnah einsetzen können. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke, lieber Herr Gemeinderat Topf, vielleicht aber nur, weil das gar nicht so einfach ist. Wenn sich jemand nicht beschäftigt damit, ein paar Korrekturen nur, weil es heute einmal erwähnt wurde, 10 Jahre wären wir zuständig für die Baubehörde. Es waren 5 Jahre, die ich zuständig war und nun etwas über ein Jahr mein Kollege, nur das zum Festhalten. Das Zweite ist, im STEK ist genau dieses Prozedere, was gewünscht ist mit dem Freiflächenfaktor, wird gemacht, das dauert länger, Verordnung wäre es rascher möglich, muss man aber wissen, dass das unter Ausschluss dann der Bevölkerung wäre. Ohne Auflage, ohne Beteiligung usw.

Zwischenruf GR Topf: Das ist ja nicht wahr. Das stimmt ja nicht.

Kahr:

Das ist ein Problem, aber der Ausschuss ist eh bald, es wird ja zur Beschlusssauflage auch kommen und Sie können dort im Ausschuss dann noch detaillierter weiterdiskutieren, aber das ist diese Information, die ich gerne gegeben hätte. Das muss man einfach, weil es ja eine öffentliche Sitzung ist, richtigstellen, die hat es gegeben, natürlich an alle Fraktionen im Ausschuss.

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt (gegen ÖVP, FPÖ, KFG, Lohr und Neos)

**10.5 Die Kindheit unserer Kinder schützen – Kinderschutz flächendeckend und in allen Bereichen
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Wutte:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Menschen, die vielleicht im Livestream noch dabei sind. Wir kommen zu einem ganz anderen, aber sehr ernsten und, ich denke, parteiübergreifenden sehr wichtigen Thema. Viele von euch haben es mitverfolgt, in den letzten Wochen und Monaten gab es wiederholt wirklich erschütternde Meldungen über Fälle von missbräuchlichen Handlungen gegenüber Kindern. Es gab den Fall des bekannten Burgtheaterschauspielers Teichtmeister, bei dem tausende Darstellungen von Kindermissbrauch auf der Festplatte gefunden wurden. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges. Wer die Interviews mit Expert:innen durchgelesen hat, hat sicher auch mitverfolgt, dass es leider viele Menschen in unserer Gesellschaft gibt mit pädophilen Neigungen, es gab sogar einige Personen, die sich für Interviews zur Verfügung gestellt haben, auch berichtet haben, dass sie in Therapie sind und gegen diese Neigungen arbeiten. Aber all das zeigt auf jeden Fall, dass das leider keine Einzelfälle sind, sondern einfach ein Phänomen, das es in unserer Gesellschaft gibt und wo man wirklich auf

allen Ebenen sehr entschieden dagegen arbeiten muss, damit solche Situationen nicht entstehen. Von Bundesseite wurde ein sehr umfassendes Kinderschutzpaket verabschiedet, das noch eine jahrelange Forderung im Kinderschutzbereich erfüllt, nämlich dass Kinderschutzkonzepte verpflichtend an allen Schulen erarbeitet werden. Kinderschutzkonzept, das hört sich jetzt vielleicht nach etwas sehr Abstrakte an, aber das sind ganz konkrete Maßnahmen, die dann eine Schule tatsächlich umsetzt. Damit man sich ein bisschen mehr darunter vorstellen kann, z.B. bedeutet das, dass alle Pädagog:innen Fortbildungen zu dem Thema machen und auch, was ganz wichtig ist, dass es eine klare Handlungskette gibt, wenn man Übergriffe wahrnimmt oder wenn es auch nur Verdachtsmomente gibt. Weil das Problem ist ja, dass für ganz viele Menschen das Thema so schrecklich ist, dass man am liebsten gar nicht hinschauen möchte, aber genau das ist eben das Falsche. Eine Handlungskette, wo man weiß, es gibt eine Person, die ist Ansprechperson, wenn ich etwas Seltsames wahrgenommen habe, die hilft in solchen Situationen, ein Kinderschutzbeauftragter. Auch ein sehr wichtiger Punkt sind regelmäßige Supervisionen für alle Menschen, die mit Kindern arbeiten, wo auch reflektiert wird über Nähe und Distanz im Umgang mit Kindern. Weil gerade mit kleinen Kindern ist oft das Verhältnis einfach im Kindergarten z. B. ganz körpernah. Man hat sehr viel Berührungen miteinander. Das ist die eine Seite auf Seite der Pädagog:innen, genauso wichtig ist z.B. auch die Elternarbeit. Dass regelmäßig Elternabende stattfinden, wo mit Eltern über dieses Thema gesprochen wird. Wie rede ich mit meinen Kindern über ihren Körper, über Sexualität, über körperliche Grenzen? Das ist, so glaube ich, ganz wichtig. Ich kann auch aus eigener Erfahrung kurz berichten, dass der Kindergarten, den meine Kinder besuchen, einer der wenigen Kindergärten in Graz ist, die schon lange ein Kinderschutzkonzept haben, die auch einmal im Jahr so einen Elternabend durchführen und ich kann mich erinnern, als wir das zum ersten Mal sozusagen gelesen haben, war meine erste Reaktion: Ja wirklich, ist das schon nötig in dem Alter? Ich war ganz perplex irgendwie und ich glaube, das ist die Reaktion, die viele haben, die auch zeigen, wie tabu es ist. Dass man nicht hinschauen will und sich irgendwie nicht vorstellen kann, dass das den eigenen Kindern passieren könnte. Aber leider kann es allen Menschen und allen Kindern passieren und

deswegen sollten sich alle hier damit auseinandersetzen. Nicht zuletzt, wenn man so ein Kinderschutzkonzept entwickelt, auch überlegt, wie man mit den Kindern über dieses Thema spricht. Mit einer Themenwoche kann in einem Kindergarten zum Thema mein Körper, was sind meine körperlichen Grenzen, was sind Berührungen, was ist für mich angenehm, gesprochen werden. Ich habe jetzt diese konkreten Beispiele angeführt, nur um zu vermitteln, dass das jetzt nicht ein abstraktes Konzept ist, sondern etwas, was wirklich ganz konkret dann in der täglichen Arbeit ankommen soll und Bewusstsein für dieses Thema schaffen muss. Für den Bereich der Kindergärten ist jetzt von Bundesseite noch keine Verpflichtung vorgesehen im jetzigen Kinderschutzkonzept, in Wien wurde das im November 2022 verabschiedet. Wien ist ja auch Land und Stadt in einem, die können das, dass sie ein Gesetz verabschieden dafür, weil es auch in Wien einige Vorfälle gab und auch in Graz wird schon sehr aktiv dazu gearbeitet. Ich weiß, Kurt, du hast vor zwei Tagen im Ausschuss auch ausführlich dazu berichtet. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die schon sehr konkret an Kinderschutzkonzepten für die städtischen Kindergärten arbeitet. Das nur dazu. Ich finde das Thema aber trotzdem dringlich aus mehreren Gründen, auch wenn schon dazu gearbeitet wird, weil ich glaube, es ist viel zu lange tabuisiert worden. Wir sollten möglichst viel darüber sprechen, dass es wichtig ist und dass es jetzt auch nicht nur auf Reaktion auf diese Fälle debattiert wird, sondern wirklich auch langfristig beachtet und mitgedacht wird. Worauf ich auch noch hinkommen möchte, es ist ja nicht nur für Schulen und Kindergärten relevant, sondern auch für ganz viele andere Institutionen, die mit Kindern arbeiten. Z. B. Sportvereine oder Ferienbetreuung, Sommerlager, es gibt ganz viele Kontexte, in denen solche Situationen eintreten können. Das wird auch von den Vereinen, die sich schon lange für dieses Thema einsetzen, jetzt wirklich vehement gefordert, dass es wirklich nachhaltige Veränderungen in dem Bereich gibt. Es darf keine politischen Schnellschüsse geben und was eben auch sehr wichtig ist, ist, dass diese Kinderschutzkonzepte nicht nur einmal erarbeitet werden, sondern wirklich gelebt werden. Herr Zisser hat im Bereich der Behinderteneinrichtungen sehr genau dazu geforscht und da sieht man auch gut, dass es einfach auch Einrichtungen gibt, wo Konzepte erarbeitet wurden, die aber eher abgelegt wurden und in der Alltagspraxis

nicht so ankommen und dass einfach dort Kinderschutz wirklich funktioniert, wo er gelebte Praxis ist. Ich nehme auch gleich vorweg, dass ich das wichtig finde, den Zusatzantrag, der von der Kollegin Marion Kreiner eingebracht wird, weil der noch einmal andere Bereich umfasst. Ich habe meinen dringlichen Antrag um einen weiteren Punkt ergänzt, weil ich natürlich finde, dass man wirklich in allen Bereichen der Stadt darauf schauen sollte auf dieses Thema. Ich bringe daher den folgenden

dringlichen Antrag

ein:

1. Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zur Umsetzung umfassender Kinderschutzmaßnahmen in allen relevanten Grazer Institutionen wie Schulen, Kindergärten und Vereinen.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, insbesondere im Bereich der Sport- und Freizeitangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Bildungsausschuss in drei Monaten vorzulegen. Da geht es jetzt nicht darum, dass jeder ein völlig eigenes Kinderschutzkonzept macht. Natürlich gibt es hier auch Vorlagen, aber es muss in jeder Einrichtung implementiert werden und gelebt werden und gekannt werden.
3. Da greife ich jetzt den Punkt von Kollegin Kreiner auf, und das erscheint uns eine sinnvolle Vorgangsweise, nämlich, dass die bestehende Arbeitsgruppe zum Thema Kinderschutz, die es ja schon gibt, wird ersucht zu definieren, in welchen weiteren Vereinen, Initiativen und von der Stadt geförderten Angeboten, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, Kinderschutzkonzepte zu implementieren sind. Ich glaube, dass es in verschiedenen Ressorts einfach noch Angebote gibt und es wäre gut hier einen Überblick zu haben und dann können wir weiterarbeiten und ich glaube, es gibt auch ganz große Bereitschaft von allen

Stadtsenatsmitgliedern, in ihren Zuständigkeiten auf dieses Thema zu achten.

4. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem zuständigen Fachamt und im Austausch mit Expert:innen eine gelebte Praxis des Kinderschutzes sicherzustellen, beispielsweise über die regelmäßige Evaluierung, damit nicht nur einmal diese Konzepte erarbeitet werden, sondern wirklich laufend Bewusstsein für dieses Thema geschaffen wird, von Kinderschutzmaßnahmen, wie sie bereits im Bildungsausschuss vorgestellt wurde.

Originaltext des Antrages:

In den letzten Wochen und Monaten gab es wiederholt erschütternde Meldungen über Fälle von missbräuchlichen Handlungen gegenüber Kindern. Der Fall des bekannten Schauspielers Teichtmeister und der tausenden Darstellungen von Kindesmissbrauch, die auf seiner Festplatte gefunden wurden, ist nur die Spitze des Eisbergs. Einige Personen mit pädophilen Neigungen, die sich in Therapie befinden und mit aller Kraft gegen diese Neigung arbeiten, stellten sich in weiterer Folge sogar für Interviews zur Verfügung. In der Berichterstattung und den Interviews mit Expert:innen kam eines klar heraus: Übergriffe gegenüber Kindern sind leider keine Einzelfälle, sondern können immer wieder in unterschiedlichen Kontexten verübt werden. Von Bundesseite wurde ein umfassendes Kinderschutz-Paket verabschiedet, das eine jahrelange Forderung von Kinderschutzeinrichtungen, nämlich das verpflichtende Erarbeiten von Kinderschutzkonzepten für alle Schulen, erfüllt. Ein Kinderschutzkonzept ist kein abstraktes Papier, sondern soll in einer Institution durch eine Reihe von Maßnahmen das Bewusstsein für das Thema schärfen: So besuchen Pädagog:innen in einer Einrichtung, die aktiven Kinderschutz lebt, regelmäßig Fortbildungen zu dem Thema. Außerdem gibt es eine klare Handlungskette bei der Wahrnehmung von Übergriffen oder Verdachtsmomenten. Ein „Kinderschutzbeauftragter“ pro Standort wird definiert,

der klare Ansprechperson in solchen Situationen ist. In regelmäßiger Supervision wird der Umgang mit Nähe und Distanz zu Kindern thematisiert. Auch die Elternarbeit, beispielsweise ein Informationsabend zum Thema „Wie mit Kindern über Sexualität und ihren Körper sprechen“, hat einen großen Stellenwert. Nicht zuletzt wird mit den Kindern selbst – beispielsweise im Rahmen einer Themenwoche – über ihren Körper gesprochen. Für den Bereich der Kindergärten sieht das Bundespaket keine verpflichtenden Kinderschutzkonzepte vor. In Wien wurde allerdings im November 2022 eine Gesetzesänderung, die verpflichtende Kinderschutzkonzepte für alle Wiener Kindergärten vorsieht, beschlossen. Auch in Graz gibt es bereits eine Arbeitsgruppe zu dem Thema, eine steirische Gesetzesänderung für verpflichtende Kinderschutzkonzepte scheint in Vorbereitung zu sein. Von Vereinen, die sich seit Jahren für mehr Kinderschutz auf allen Ebenen einsetzen, gibt es die große Bitte, dass all diese Bemühungen wirkliche, nachhaltige Veränderungen bewirken. Es darf aufgrund der vielen Anlassfälle nicht zu einem politischen „Schnellschuss“ kommen. Der Verein Hazissa hat beispielsweise zu (sexualisierter) Gewalt in Behinderteneinrichtungen geforscht. In dieser Studie kam klar heraus, dass Gewaltschutz in den Einrichtungen sehr unterschiedliche gelebt wird und vorhandene Konzepte beispielsweise nicht allen Mitarbeiter:innen bekannt sind. Ein Kinderschutzkonzept allein garantiert also noch nicht, dass dieses wirklich von allen Mitarbeiter:innen gekannt und zur Anwendung gebracht wird. In diesem Sinne sollten die bestehenden Bemühungen in nachhaltigen, umfassenden Kinderschutzkonzepten an allen Grazer Schulen und Kindergärten im Sinne der bereits oben angeführten Maßnahmen münden. Nicht vernachlässigen sollte man außerdem Freizeitangebote für Kinder: Auch in Sportvereinen oder Ferienbetreuungsangeboten können gefährliche Situationen entstehen. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Grazer Gemeinderat bekennt zur Umsetzung umfassender Kinderschutzmaßnahmen in allen relevanten Grazer Institutionen wie Schulen, Kindergärten und Vereinen.*
- 2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, insbesondere im Bereich der Sport- und Freizeitangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Bildungsausschuss in drei Monaten vorzulegen.*
- 3. Die bestehende Arbeitsgruppe zum Thema Kinderschutz wird ersucht zu definieren, in welchen weiteren Vereinen, Initiativen und von der Stadt geförderten Angeboten, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, Kinderschutzkonzepte zu implementieren sind.*
- 4. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem zuständigen Fachamt und im Austausch mit Expert:innen, eine gelebte Praxis des Kinderschutzes sicherzustellen, beispielsweise über die regelmäßige Evaluierung von Kinderschutzmaßnahmen, wie sie bereits im Bildungsausschuss vorgestellt wurde.*

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Manuela. Der Kinderschutz ist für mich das wichtigste Thema überhaupt. Deswegen ist es gut, dass wir das heute diskutieren. Ich halte aber auch nicht zurück, dass ich etwas verwundert war, wie ich gelesen habe, dass du diesen dringlichen Antrag einbringst, weil wir, wie du auch erwähnt hast, vorgestern sehr ausführlich im Ausschuss über dieses Thema gesprochen haben. Es waren hier anwesend Vertreter:innen der Bildungsabteilung, des Jugendamtes und auch des Sportamtes. Wir haben erzählt, was wir bereits gemacht haben zu diesem Thema und was wir vor haben, aber es gibt jetzt trotzdem mir die Möglichkeit noch einmal hier im großen Rahmen zu sagen, was wir eben jetzt vorhaben. Bevor ich jetzt zum Prozedere komme, möchte ich mich bei allen Pädagoginnen und Betreuerinnen und natürlich auch bei allen Pädagogen und Betreuern bedanken. Sie unterstützen,

begleiten und schützen tagtäglich unsere Kinder. Weil das ist schon wichtig. Ein Gewaltschutzkonzept ist gut und ich finde es ist auch erforderlich, aber den besten Schutz geben unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. In der Grundausbildung machen Pädagog:innen und Betreuer:innen ja auch eine Ausbildung zum Thema Kinderschutz, Gewaltschutz und sie haben immer wieder auch, die städtischen Mitarbeiter, aber auch die Privaten Fortbildungen dazu. Aber eben zusätzlich ist ein Gewaltschutz-, ein Kinderschutzkonzept für jede Einrichtung gut und richtig und ich möchte hier kurz aufklären, was wir hier geplant haben. Der Zeitplan umfasst 5 Punkte. Erster Punkt, der ist bereits absolviert: Planung, Risikoanalyse, Erstellung und Auswertung für die jeweiligen Einrichtungen. Hier mitgearbeitet haben die Mitarbeiter:innen, die Eltern und die Kinder sind auch miteinbezogen worden, dieser Punkt ist bereits abgeschlossen. Punkt 2, Schulungsveranstaltungen sind gerade am Laufen und werden natürlich immer abgehalten, das ist etwas, was uns ständig begleiten wird. Punkt 3, Arbeitsgruppen, damit wir dieses Gewaltschutzkonzept auch formulierte, dazu komme ich gleich, und Punkt 4 ,die Implementierung und Umsetzung und Punkt 5 das laufende Monitoring bzw. die Evaluierung, die jährlich passieren sollte, damit man das auch, wenn es notwendig ist, adaptiert. Jetzt zum angesprochenen Konzept der Arbeitsgruppen. Auch hier sechs Punkte, dass ihr euch ungefähr vorstellen könnt, welche Inhalte hier aufgearbeitet werden.

Punkt 1, Grundlagen zur Selbstverpflichtung. Da geht es vor allem um die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Punkt 2, Personalmanagement und Strukturen, Einstellungskriterien, Verhaltenskodex und auch die Mitteilungspflichten sowie Personalentwicklung.

Punkt 3, Information und Fortbildung sowohl für Mitarbeiter. Die Information natürlich auch für Erziehungsberechtigte und Kinder.

Punkt 4, das ist auch wichtig, Beschwerdemechanismus und Fallmanagement. Beschwerdemöglichkeiten, dass die sehr niederschwellig angeboten werden und die Kommunikation und die Feedback-Kultur sollte auch sehr offen gestaltet sein.

Punkt 5, die Vernetzung mit den Partnern und

Punkt 6, eben auch die Einhaltung, Evaluierung und Weiterentwicklung.

Wer hat mitgearbeitet, wer wird in Zukunft auch mitarbeiten? Das sind Betreuer:innen, Pädagog:innen, die Leiterinnen und Leiter und natürlich auch die Stabsstellen meiner Bildungsabteilung. Es begleitet uns auch der Verein Hazissa. Der hat uns auch in den Verdachtsfällen wirklich großartig begleitet, ich möchte ein großes Dankeschön aussprechen an die Psycholog:innen, die wirklich ganz wichtig waren in der Begleitung der Eltern, der Kinder, aber auch der Pädagog:innen und Betreuer:innen. Deswegen zusammengefasst zu deinen Punkten:

Zu Punkt 1, klare Zustimmung und du hast auch gesehen, dass wir eben eh schon sehr weit fortgeschritten sind. Punkt 2, dass man andere Bereiche wie den Sportbereich auch umfasst, der Thomas Rajakovics war mit dabei, die Ingrid Kramer hat den Auftrag, auch für die anderen Bereiche ein Gewaltschutzkonzept auszuarbeiten. Punkt 3, den du jetzt eingefügt hast, ja, aber der geht nicht ganz weit genug, deswegen werden wir unsere Zusatzpunkte auch miteinbringen und meine Bitte ist einfach, dass wir uns das insgesamt dann so beschließen und Punkt 4, danke für das Lob, dass hier die Abteilung schon wirklich gut gearbeitet hat und wir werden in diese Richtung auch weiterarbeiten. Ich möchte zu Punkt 3, eben sagen, alle Bereiche, in denen Kinder sich bewegen, aufhalten, müssen wir berücksichtigen. Da geht es um den großen Sozialbereich, da geht es um den Integrationsbereich, kirchliche Institutionen, Verkehrssicherheitsschulungen. Es kommen ja ganz viele schulfremde Personen an die Schule. Da ist es auch ganz wichtig, dass wir hier ein Prozedere haben, wie wir damit umgehen. Ich sage z.B. die Lesepat:innen. Die gehen immer zu Schulen und da habe ich vor Jahren eingeführt, dass wir einen Strafregisterauszug verlangen. Das ist gar nicht so leicht, den älteren Damen und Herren das beizubringen, aber es geht ja nicht darum, dass das jemand, der irgendwie so aussieht, nur machen kann, man kann in die Menschen nicht hineinsehen, deswegen müssen wir einfach von allen Leuten das verlangen und die größtmögliche Sicherheit für unsere Kinder sicherstellen. Von dem her bitte ich, liebe Manuela und den Gemeinderat, dass unseren Punkten auch zugestimmt wird und ich verspreche, ich werde einfach über die Schritte der Umsetzung den Gemeinderat und den zuständigen Ausschuss immer wieder berichten.

Danke (Appl.).

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Dankeschön, liebe Gemeinderätin, ich bin dir sehr dankbar, dass du diesen Antrag stellst, weil da fühle ich mich selbst betroffen. Weil du gesagt hast, man kann sich oft nicht vorstellen, dass das den eigenen Kindern passiert, und 2017 ist das meinem Sohn passiert, deswegen bin ich so froh, dass der Kollege Stadtrat Hohensinner auch gesagt hat, wir müssen alle Bereiche durchdenken, weil er ist in der Volksgartenstraße bei der Bushaltestelle angesprochen wurde von einem Mann, der behauptet hat, mein Sohn sehe aus wie sein Bruder. Er war dunkelhäutig, schwarzhaarig, mein Sohn ist blond und sehr hellhäutig. Er hat versucht, sich abzugrenzen, indem er in den Bus eingestiegen ist und die Schultasche neben den Sitz gestellt hat, aber das ist ihm nicht gelungen, weil der Mann, der gedacht hat, mein Sohn sehe so aus wie sein Bruder, der leider verstorben ist, hat die Schultasche entfernt, hat sich dann neben hingesezt und hat ihm dauernd Sachen ins Ohr geflüstert und mein Sohn war dann so viel und hat dann meinem Mann ein SMS geschrieben, dass er sich im Bus unwohl fühlt, weil der Grund neben ihm sitzt und er nicht weiß, wie er sich befreien soll, woraufhin mein Mann sofort zur Haltestelle gefahren ist und ihn abgeholt hat. Und beim Aussteigen ist der Mann auch mitausgestiegen und mein Sohn hat dann gesagt, da ist mein Papa und erst dann ist der davongegangen und da war ich dann sehr sensibilisiert und habe auch in der Schule gebeten, dass man wirklich die Kinder darauf aufmerksam macht, wie reagiert man in so einer Situation? Weil nicht jedes Kind hat Eltern, die sofort kommen können und das Kind abholen können und er hätte auch ganz einfach beim Bus-Chauffeur sagen können, er fühlt sich unwohl, aber auf die Idee ist er nicht gekommen, weil wir ihn nicht darauf vorbereitet haben und auch die Schule das nicht getan hat, weil man auf so etwas gar nicht kommt. Deswegen ist es echt wichtig, dass man alle Bereiche bedenkt und wirklich nichts auslässt und leider passiert so etwas im öffentlichen Raum. Ich habe das dann auch einigen Leuten erzählt, weil ich sensibilisieren wollte und da habe ich Geschichten gehört, da wird es mir heute noch ganz angst und bange, was so manchem passiert ist. Deswegen bin ich wirklich sehr dankbar für diesen Antrag und dem werden wir in der Dringlichkeit und im Antrag zustimmen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Kreiner:**

Sehr geehrte Stadtregerung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Manuela. Man kann sich mit diesem wichtigen Thema des Kinderschutzes nicht genug auseinandersetzen und auch nicht oft genug diskutieren. Uns ist das ein große Anliegen, den Kinderschutz auch in anderen Bereichen als die von meiner Kollegin Manuela Wutte angesprochenen mitzudenken. Das möchte ich mit meinem Zusatzantrag hier nochmals konkret festhalten. Alle sind gefragt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man Kinder schützen kann. Kinderschutz geht weit über die Bereiche Bildung, Jugend und Familie und Sport hinaus. Darum stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag:

Herr Stadtrat Robert Krotzer wird ersucht, insbesondere im Bereich der Integrationsangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Sozialausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, insbesondere im Bereich der Sozialangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Sozialausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, insbesondere im Bereich der Verkehrserziehungsangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Verkehrsausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird weiters ersucht, insbesondere im Bereich der Umweltziehungsangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Umweltausschuss in drei Monaten vorzulegen. Ich freue mich über eine breite Zustimmung bei diesem wichtigen Thema und wie im dringlichen Antrag von Manuela Wutte beschrieben, flächendeckend und in allen Bereichen (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich folgenden

Antrag:

Herr Stadtrat Robert Krotzer wird ersucht, insbesondere im Bereich der Integrationsangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Sozialausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, insbesondere im Bereich der Sozilangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Sozialausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, insbesondere im Bereich der Verkehrserziehungsangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Verkehrsausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, insbesondere im Bereich der Umweltziehungsangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Umweltausschuss in drei Monaten vorzulegen.

Wutte:

Vielen Dank erstmal für die breite Zustimmung, die sich abzeichnet, und ich habe mir eben auch gedacht, dass das tatsächlich ganz parteiübergreifend einfach ein ganz wichtiges Thema ist, dem man nicht genug Aufmerksamkeit widmen kann. Danke noch einmal an Kurt, dass du noch einmal so konkret aufgezählt hast, was jetzt im Bildungsausschuss schon an Schritten vorgestellt wurde und es ist super, wenn das auch in ähnlicher Weise eben im Bereich des Sports oder da, wo es noch nicht so konkret ist, weitergearbeitet wird. Von der Bundesseite wird ja auch für die Bereiche, wo es nicht verpflichtend ist, also in Schulen kommen verpflichtend Kinderschutzkonzepte, aber in den Bereichen, wo es nicht verpflichtend ist, wird eh so eine Art Gütesiegel geben für Institutionen, die besonders Augenmerk auf Kinderschutz legen. Also vielleicht kann man das dann ganz gut dann auch in Graz implementieren und die Vereine dann dabei unterstützen, dass sie dieses Gütesiegel bekommen. Abschließend zu dem Zusatzantrag. Wir haben darüber diskutiert, wir werden dem nicht nähertreten, weil wir einfach der Meinung waren, dass der dritte Punkte, den ich noch einmal hinzugefügt habe, der umfassendere ist, weil wir wirklich auch gemeint haben, schauen wir, in welchen Ressorts es noch womöglich Vereine oder Förderungen gibt, die davon erfasst werden und deswegen sehen wir das einfach durch unseren dritten Punkt abgedeckt. Aber inhaltlich bin ich voll bei dir. Der Bereich Soziales, der Bereich Integration, überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird, kann das Thema sein. Und zu dem, was der Kurt ganz am Anfang gesagt hat, natürlich die allermeisten Menschen, die mit Kindern arbeiten, hegen natürlich nicht solche Gedanken, sind sehr achtsam, was ihren Umgang mit Kindern betrifft, aber natürlich muss man trotzdem wegen der wenigen, die vielleicht anderes im Sinne haben, darauf

achten. Wie auch die Claudia gesagt hat, es ist wirklich so ein Reflex von jedem von uns, dass man denkt, mir kann das nicht passieren. Meinem Kind kann das nicht passieren und in diesem Sinne wünsche ich mir einfach in unserer Gesellschaft einfach mehr Bewusstsein für das Thema und dass wir achtsam damit sind. Vielen Dank, dass wir gemeinsam an diesem Thema weiterarbeiten (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Der Zusatzantrag ist abgelehnt, wobei ich anmerken möchte, dass ich das inhaltlich nicht so sehe, dass das nicht mit gemeint ist und ich kann jetzt nur, weil ich selbst auch angesprochen bin, für meinen Bereich sagen, dass ich hier überhaupt kein Problem sehe, das im Rahmen meiner Zuständigkeit als Sozialstadträtin auch zu machen und auch darüber Bericht zu erstatten. Das halte ich für wichtig im nächsten Sozialausschuss.

10.6 Strategie für nachhaltige Lebensmittelversorgung in Graz (GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne)

Kozina-Voit:

Schönen guten Abend inzwischen noch einmal. Ich bin letztens gefragt worden, meine Lebensmittelstrategie, wofür braucht man das eigentlich? Es ist eh alles super, es muss in Graz niemand verhungern, die Supermarktregale sind voll, was soll das eigentlich?

Aber wenn man näher hinschaut, dann sieht man, dass es da durchaus Probleme gibt, die vielleicht jetzt nur teilweise sichtbar sind, aber wir sollten uns rechtzeitig darum kümmern, sonst holt uns das alles ein, daher ist das Thema eben dringlich. Es gibt solche Probleme bzw. Herausforderungen, wenn man es anders formulieren will, entlang der gesamten Lieferkette. Wenn wir bei der Produktion beginnen, Graz ist immer noch die größte Bauerngemeinde der Steiermark. Wir haben 343 Betriebe, wir haben wertvolle Ackerböden, vor allem im Süden der Stadt, wir haben aber gleichzeitig einen Rückgang bei den landwirtschaftlichen Flächen seit 2010 um 28 % im Stadtgebiet, in Graz-Umgebung um 16 %. Meistens eben aufgrund der Bebauung, da wissen wir, Versiegelung etc. führt zu diversen Problemen und gerade vorher habe ich gelesen, auch die Anzahl der Bio-Betriebe ist zurückgegangen in der Steiermark, das ist kein positives Zeichen. Jetzt haben wir in der Stadt zwar Balkon und Hausgärten, Kleingärten, Gemeinschaftsgärten, aber das ist prozentuell ein relativ geringer Anteil und unter dem Strich wird einfach immer mehr importiert, vor allem Futtermittel werden importiert. In Österreich haben wir nicht genug Anbaufläche, um die Viehbestände zu füttern und das führt natürlich wieder dort zu anderen Problemen. Wir wissen von der Abholzung der Regenwälder, von der Ausbeutung, die auf den Plantagen passiert, von den langen Transportwegen usw. Wir haben natürlich auch das Problem, dass immer mehr Produkte dann gar nicht direkt von den Bäuerinnen und Bauern kommen, sondern aus einer Lebensmittelindustrie, wo die Produkte dann am Ende stark verarbeitet sind oder es sehr intransparent ist eigentlich, was wir da essen und wo das herkommt. Wir haben eine starke Abhängigkeit dann, wir sehen Lieferketten in anderen Bereichen funktionieren nicht so gut und wir haben auch sehr hohe Emissionen. Das finde ich sehr spannend, man weiß ja, dass die Landwirtschaft in Österreich ca. für 10 % der Emissionen zuständig ist, aber global gesehen ist die gesamte Nahrungsmittelindustrie für ca. 30 % der Treibhausgas- und Emissionen verantwortlich und das ist ein riesen-Bereich und dementsprechend, wenn man den Klimaschutz ernst nimmt, dann müssen wir uns das näher anschauen. Jetzt schauen wir weiter, jetzt haben wir über die Produktion geredet, es gibt dann die Verteilung, da dominieren die Supermärkte, es gibt dann einzelne Greislerien und

Bio-Läden, es gibt die Bauernmärkte Gott sei Dank in Graz. Funktioniert einigermaßen, ist alles noch nicht ganz optimal, es gibt auch innovative Ansätze wie Foodcoops, wie die Biokisteln, die man sich an die Haustür liefern kann, es gibt die Lieferdienste, die auch oft prekäre Arbeitsbedingungen haben und jetzt auch immer mehr Automaten. Das heißt, es gibt verschiedene Wege, aber so richtig optimal ist das alles noch nicht. Noch einen Schritt weiter in der Lieferkette ist dann der tatsächliche Konsum, da gibt es den Konsum daheim, auch da sieht man eine Tendenz zu den Fertiggerichten. Viele Menschen haben einfach wenig Zeit oder nehmen sich wenig Zeit zum Kochen, vielleicht können viele es auch gar nicht mehr. Wir haben die Gastronomie, wo man einige innovative nachhaltige Betriebe haben, aber leider auch sehr viele, wo wir überhaupt keine Infos bekommt, was da jetzt eigentlich drinnen ist, wenn man etwas bestellt. Wir haben die Großküche in Graz als eine Einrichtung der Stadt selber, wo man aber auch bei solchen Großküchen Probleme hat, regionale Produkte von kleineren Bauern zu beziehen. Da gibt es ja jetzt das Bäuerliche Versorgungsnetzwerk, das sich dem annimmt und ganz allgemein wissen wir auch von den Ernährungsempfehlungen, dass wir einfach zu viele tierische Produkte, zu viel Zucker, zu viel Salz und insgesamt einfach zu viele verarbeitete Lebensmittel zu uns nehmen und deswegen sind immer mehr Menschen mangelernährt oder übergewichtig. Nur eine Zahl dazu, ca. $\frac{1}{4}$ der Kinder ist heute übergewichtig oder sogar adipös, Tendenz steigend, und das verursacht natürlich Gesundheitsprobleme, hohe Kosten im Gesundheitssystem nicht nur heute, sondern auch in Zukunft.

Letzter Punkt in der Lieferkette ist natürlich die Entsorgung. Wir haben Lebensmittelabfälle, wir wissen, Wien verursacht so viel Abfall wie Graz an einem Tag verbraucht und wir haben auch das Verpackungsthema, da steigt Gott sei Dank das Bewusstsein, da sind die Plastiksackerl weg, da gibt es auch in Graz einige Initiativen wie das Back-Cup-System, aber es passiert dennoch unter dem Strich sehr viel unnötiger Müll.

Zusammenfassend, wenn wir den Menschen in Graz nicht nur Zugang zu irgendwelchen Nahrungsmittel geben wollen, sondern zu gesunden nachhaltig produzierten Lebensmitteln, dann müssen wir etwas tun. In der Verfassung steht, die

Republik Österreich, Bund, Länder und Gemeinden bekennt sich zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit hochqualitativen Lebensmitteln. Also können wir uns fragen, was kann Graz tun? Die Verantwortlichkeiten sind da sehr quer durch die Stadtregierung verteilt. Bei Stadtrat Riegler ist die Wirtschaftsabteilung mit dem Grazer Landwirtschaftsbeirat, mit dem Grünraumsicherungsprogramm, mit den landwirtschaftlichen Förderungen, bei Stadtrat Hohensinner das Referat für Lebensmittelsicherheit und Märkte, aber auch Schulen mit Schulgärten oder Bildung zum Thema Ernährung, Bürgermeisterin Kahr hat die Küche in Graz, auch hier ein großer Hebel, da ist ja auch der Neubau geplant, da gibt es die Vision eines Food Hubs. Bei Vizebürgermeisterin Schwentner das Umweltamt mit der Abfallvermeidung, mit der Stadtplanung, auch mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer, für essbare Parks, wie sie z.B. in Andritz jetzt erstmals verwirklicht wurden. Stadtrat Krotzer mit dem Thema Ernährungsberatung, mit Integration, auch hier Essen als wichtiges Integrationsthema. Essen verbindet, die kulinarische Bereicherung, und letztlich auch Stadtrat Eber mit dem Thema Immobilien, auch hier gibt es vielleicht auch Potentiale mit den stadteigenen Flächen, mit den Dachflächen oder auch sonst das zu verpachten. Es ist vieles möglich, jetzt geht es darum zu klären, wer soll was wie machen, Synergien zu nutzen und eine Strategie zu entwickeln. Es gibt dazu sehr gute Vorarbeiten. Es hat ja dieses Projekt Smartgrid Graz gegeben und es gibt sehr viele höchst motivierte Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und natürlich auch in unseren städtischen Abteilungen. Das haben wir letzte Woche gesehen, da haben wir im Gemeinderatssaal eine Enquete gehabt, da sind mehr als 100 Ideen entstanden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, die Entwicklung einer „Strategie für nachhaltige Lebensmittelversorgung in Graz“ in die Wege zu leiten –

unter Einbindung der betroffenen Verwaltungseinheiten, die hier noch einmal aufgezählt sind, und der wichtigsten Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diese Strategie soll kurz-, mittel- und langfristige Ziele sowie konkrete Maßnahmen enthalten, die in den nächsten Jahren gesetzt werden sollen. Zu berücksichtigen sind dabei die Ergebnisse der Enquete. Das fertige Strategiepapier ist dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober 2023 vorzulegen. Ich bitte um Annahme und freue mich auf Wortmeldungen dazu. Danke (Appl.).

Originaltext des Antrages:

Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit hochqualitativen Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs auch aus heimischer Produktion sowie der nachhaltigen Gewinnung natürlicher Rohstoffe in Österreich zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit.“ So steht es im Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung. Daraus ergeben sich eine Reihe wichtiger Themen und Fragen: Welchen Beitrag leistet die Stadt Graz zur nachhaltigen Lebensmittelversorgung und wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten? Wie kann der Zugang zu hochqualitativen Lebensmitteln für alle, die in Graz leben, gesichert werden? Welche innovativen Wege in der Produktion und Versorgung gibt es, die unterstützt und ausgebaut werden sollten? Regionale, nachhaltig produzierte Lebensmittel sind in den Supermärkten nur begrenzt verfügbar. In Graz gibt es einige sehr gute Alternativen oder auch Ergänzungen zum Einkauf im Supermarkt. Mit Bauernmärkten und Bioläden steht ein attraktives Angebot zur Verfügung, allerdings nur an ausgewählten Standorten und auch nur zu eingeschränkten Zeiten am Vormittag. In der Gastronomie hingegen fehlt oftmals die Kennzeichnung, welche Lebensmittel verarbeitet werden. Vielfach fehlt den Menschen auch die notwendige Zeit, sich mehr mit Ernährung zu beschäftigen und ihr Konsumverhalten umzustellen. Letztendlich ist es auch eine Frage der Leistbarkeit, gerade die aktuell steigenden

Lebensmittelpreise führen dazu, dass auf Billigprodukte im Supermarkt zurückgegriffen wird. Das wiederum trifft die heimischen Landwirt:innen, die preislich nicht mithalten können. Die Anzahl der Betriebe in Graz und Umgebung sinkt, die landwirtschaftlichen Flächen gingen allein von 2010 bis 2021 in Graz um 28 %, in Graz-Umgebung um 16 % zurück. Vor allem im Grazer Süden wurden und werden viele wertvolle Ackerböden versiegelt. Das erschwert die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Produkten. Die Bodenversiegelung verschärft auch die Klimakrise. Um Klimaneutralität zu erreichen, spielt die Lebensmittelversorgung insgesamt eine wichtige Rolle: Viehzucht, chemische Düngemittel, lange Transportwege, die Abholzung der Regenwälder zum Anbau von Futtermitteln sowie der Energieverbrauch von großen Agrarbetrieben und in der gesamten Lebensmittelindustrie tragen massiv zum Klimawandel bei. Gerade deshalb sollte Graz den Fokus auf ein breites Angebot an pflanzlichen, regionalen, saisonalen, biologisch produzierten und unverarbeiteten Lebensmitteln legen. Das Interesse an diesem Thema ist groß: Bei einer Enquete zur nachhaltigen Lebensmittelversorgung, die am 8. Februar im Rathaus stattfand, diskutierten rund 60 Vertreter:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik über die Herausforderungen und brachten zahlreiche Ideen ein. Hier gilt es anzusetzen und daraus eine Lebensmittelstrategie für die Stadt Graz zu entwickeln. Gemeinsam mit Landwirt:innen, Bauernmärkten, Supermärkten und der Gastronomie sollten wir das bestehende System weiterentwickeln und in diesen Prozess auch neue Ansätze wie Gemeinschaftsgärten, Foodcoops, Food Hubs, Marktgärtner:innen, essbare Parks, Bildungsgärten, Fruit Street Workers oder District Farmers integrieren. Seitens der Stadt wurde mit dem Smart Food Grid Graz 2020/21 bereits ein Projekt dazu durchgeführt, an dem verschiedenste städtische Abteilungen und externe Stakeholder beteiligt waren. Darauf gilt es nun aufzubauen. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, die Entwicklung einer „Strategie für nachhaltige Lebensmittelversorgung in Graz“ in die Wege zu leiten – unter Einbindung der betroffenen Verwaltungseinheiten (v.a. Abteilung für Wirtschaft, Gesundheitsamt/Referat für Lebensmittelsicherheit und Märkte, Küche Graz, Abteilung für Grünraum und Gewässer/Referat Grün- und Freiraumplanung, Umweltamt) und der wichtigsten Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diese Strategie soll kurz-, mittel- und langfristige Ziele (SMART) sowie konkrete Maßnahmen enthalten, die in den nächsten Jahren gesetzt werden sollen. Zu berücksichtigen sind dabei die Ergebnisse der Enquete „Nachhaltige Lebensmittelversorgung in Graz“ (siehe Anhang). Das fertige Strategiepapier ist dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober 2023 vorzulegen.

StR Mag. Dr. **Riegler:**

Tatsächlich die gastronomische Kultur, die lange Tafel, der Tourismus, da gibt es jetzt lange Verbindungen zu den Ressortbereichen, die ich verantworten darf, herzustellen. Einleitend möchte ich aber sagen und ich bitte, ich weiß, jetzt wird dann gleich wieder die Rüge kommen, der Tadel, mein Gott, der Herr Riegler ist immer gleich so unsachlich usw. Aber ich kann mir das leider nicht verbeißen und ihr müsst euch irgendwann daran gewöhnen, dass wir jetzt Opposition sind und in der Opposition macht man Oppositionspolitik und da tut man manchmal dann auch etwas schärfer oder pikanter formulieren.

Jetzt muss ich sagen, wenn wir die dringlichen Liste bekommen, also auch für die Menschen draußen, die das vielleicht interessiert, wie ist das? Das ist immer am Mittwoch, da kommt irgendwann ein Abgabeschluss und auf einmal, bum, die Liste mit den dringlichen Anträgen. Siehe da, es ist eigentlich wirklich wie bei „Täglich grüßt das Murmeltier“, Sie kenne diesen Film, es kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit irgendetwas, wo hineinregiert wird. Wir waren ganz frisch in der neuen Gemeinderatsperiode, da wurde eine Wirtschaftsstrategie beschlossen. Weil wir sind ja bisher völlig ohne Strategie und die A 15 und die Vorgänger, die hatten ja

alle keine Strategie, also wir wollen eine Wirtschaftsstrategie. So, dann hat man bei den Kulturförderungen zuerst gesagt, nein, Geld bekommst du keines, aber dann auf einmal hat man über die Medien verlautbart, ja, jetzt haben wir dann doch ein Geld für die Mehrjahresförderungen. Ja, mit dem Kulturreferenten haben wir leider nicht geredet. Schulausbau wurde verzögert, seit eineinhalb Jahren wartet der Kollege Hohensinner auf den Schulausbau, mittlerweile kostet das Gebäude 6 Millionen Euro mehr, aber es wird halt verzögert, verzögert. Da könnte ich jetzt viele Beispiele aufzählen, jetzt das Neueste, die Landwirtschaftsstrategie. Liebe Kollegen, liebe KPÖ, liebe Grüne, wenn es irgendein Thema gibt, das mit uns verbunden wird, mit der ÖVP, mit der Österreichischen Volkspartei, dann ist das die Landwirtschaft, jawohl. Wir sind in unserem tiefsten Herzen Landwirte. Unser ehemaliger Herr Bürgermeister war Ökonomierat sogar. Ich treffe mich laufend, ihr könnt mir glauben, laufend mit der Landwirtschaftskammer, mit dem Herrn Titschenbacher, mit der Frau Pein, glaubt mir, wir unterhalten uns laufend. Es gibt einen Landwirtschaftsbeirat, wir haben in dem Landwirtschaftsbeirat als beratendes Organ zwei Sitzungen pro Jahr, wir fördern alternative Betriebsmittel, wir fördern Tierzucht, wir haben einen Klimaschutzbeiratsantrag, wir haben ein Bäuerliches Versorgungsnetzwerk konzipiert, das wurde eh schon für den Smart-food-Grid hergeholt. Ja, Sie finden mit uns einen begeisterten Partner, wenn wir auch da wieder gerne in Ihrem Auftrag eine Strategie machen dürfen, nichts lieber als das. Es ist die Wirtschaftsstrategie kaum beauftragt, ist in den nächsten Monaten schon fertig, wird schon geliefert, auch die Landwirtschaftsstrategie, pünktlich, Oktober 2023 muss die fertig sein, wir werden alles daran setzen um diese Landwirtschaftsstrategie bis Oktober 2023 fertig zu haben. Ja, ein begeistertes Ja für die Landwirtschaft, für die gesunde Ernährung, für die nachhaltige Ernährung und auch im Übrigen für das Bäuerliche Versorgungsnetzwerk, lasst uns dann bald darüber reden, dass wir auch tatsächlich die Küche Graz finanzieren können, auf die der Kurt Hohensinner schon sehr lange wartet. Denn dort könnten wir dann die Versorgung durch die Landwirtschaft tatsächlich herstellen, indem wir das Bäuerliche Versorgungsnetzwerk angliedern. Reden wir darüber, ich melde mich sicher gleich im nächsten Monat mit einer Stadtratsungssitzung. Wir

hätten da schon ein Konzept, damit wir das Bäuerliche Versorgungsnetzwerk toll unterbringen und ich danke für die Initiative namens der Fraktion der Grazer Volkspartei, danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke für diese launige Rede. Ich habe überhaupt kein Problem damit, ich finde das sogar eh großartig, aber nicht unterschätzen. Mein Mann ist tatsächlich auch in einem landwirtschaftlichen Betrieb in der Obersteiermark und mit Kleintierzucht bin ich als Kleinkind auch aufgewachsen. Also auch die Kommunisten und Kommunistinnen haben diese Wurzeln und gute Kontakte. Man darf nicht glauben, dass wir nur für die Großindustrie ein Herz haben. Dieses Bündnis streben wir ja sogar an, die Landwirtschaft und die Industrie. Aber weg davon, im Kern nach ist das ja sinnvoll, auch wenn wir tatsächlich, und ich müsste ich dir das Wort geben, weil ich mich länger zu Wort melden möchte.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (19.05 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich halte den Antrag durchaus für sinnvoll. Man muss immer nur schauen, wenn das tatsächlich auch auf den Punkt gebracht werden soll, wenn es unter dem Strich natürlich auch etwas bringen soll, dann muss man es auch koordinierend machen, man muss es begleiten, schauen, wo stehen wir überhaupt und federführend steht nicht drinnen, wer das machen soll. Hier steht, die Stadtsenatsreferenten, verzeih, dass ich das anmerke, weil das heißt sozusagen eine Fleißaufgabe für das Bürgermeisterinnenbüro, so sehe ich das. Denn natürlich gehört eine koordinierende Stelle da her. Ich denke, dass wir das schon schaffen werden. Die Realität schaut halt so aus zwischen Anspruch und Wirklichkeit, ich selbst nehme mir auch immer vor,

gesund zu essen, tu es aber nicht. Ich bin gestern um 23 Uhr zum Würstelstand und habe dann dort eine Käsekrainer sehr spät gegessen, was überhaupt nicht gesund ist. Man kommt aber, um da wieder bei der Geselligkeit zu sein, zu später Stunde mit Menschen zum Reden und kann sich dann unterhalten, wie es einem so geht, wenn man spät auf Nacht von der Arbeit heimkommt und nicht mehr zum Kochen kommt oder eine gesunde Ernährung zu sich nehmen kann. Aber es diszipliniert ein Antrag einen und deswegen ist es wichtig, weil wenn man nicht ständig darauf hinweist, nimmt man sich nicht selbst bei der Nase und ich sage das bewusst personifiziert, weil ich ein schlechtes Beispiel bin jetzt, zum Unterschied von frühen Tagen, wo meine Mutter eigentlich sehr darauf geachtet hat auf gesunde Ernährung, ohne dass es solche Nachhaltigkeitskonzepte gebraucht hat, weil es damals gar nichts anderes gegeben hat und es einfach so war, dass die Leute viel weniger Fleisch zu sich genommen haben.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.08 Uhr).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Potzinger:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns heute noch zuschauen, werter Antragsteller. Über diesen Antrag habe ich mich unglaublich gefreut als wirklich bekennender Fan unserer Bäuerinnen und Bauern, die uns mit gesunden Sachen versorgen, die wir dann mit gutem Gewissen genießen können in dieser Genusshauptstadt Graz. Lieber Antragsteller, gestatte, nachdem ich seit 45 Jahren regelmäßig auf den Bauernmärkten und bei den Bauern unterwegs bin, einige konkrete Anmerkungen zum Motivenbericht. Da steht so nett, es gäbe nur die eingeschränkten Zeiten am Vormittag. Bauernmarkt in Liebenau, Freitag 13 bis 17 Uhr. Bauernmarkt St. Peter, von

Ostern bis Allerheiligen, Dienstag 13 bis 18 Uhr. Seinerzeit, das war mein Antrag, da hat es geheißen, es geht nicht, nach der Marktordnung von 1926 gibt es nur am Vormittag Märkte. Das Provisorium lebt noch immer, ich bin stolz darauf. Aber auch haben wir einen wunderbaren Stadtbauernhof in der Hamerlinggasse, Montag bis Freitag, 10 bis 18 Uhr. Also, wir können auch am Nachmittag gut bei den Bauern einkaufen. Das Vorurteil, es sei alle so teuer, das möchte ich auch einmal widerlegen. Äpfel, man bekommt 3 kg Strudeläpfel, die vielleicht ein paar kleine Punkte haben, um 3 Euro. Beim Spar zahlt man 3 Euro für einen Kilo Äpfel. Es gibt die jetzt, die Endiviensalatherzerl, die zusammengeschnitten sind zum Schnell-Verbrauchen um 2 Euro das Kilo. Beim Spar kostet ein so italienischer grüner Schippel 2 Euro. Da ist man sehr gut dran, wenn man günstig am Markt einkauft. Dann kommen die ersten Blumensträußerl um zwei bis drei Euro. Das bekommst du sonst nirgends. Da muss ich wirklich das Wort drehen auch den Bauern, die günstige Dinge anbieten. Das Zweite, die Frauen haben keine Zeit mehr, zum Selberkochen. Da schätze ich das neue Angebot unserer Bäuerinnen und Bauern, die z.B. geschnittene Kürbiswürfel im Sackerl anbieten, Suppengemüse, selbst gemachtes Brot, Kuchen, Kekserl, wo man wirklich naturnah, regional produzierte Köstlichkeiten am Bauernmarkt besorgen kann. Schön, dass ihr auf diesen fahrenden Zug aufspringt, es passiert ja schon sehr viel, nachdem ja unser Kurt Hohensinner, der zuständige Herr Stadtrat, längst schon sein Referat beauftragt hat und an einer Strategie arbeitet, dass diese nachhaltig produzierten Lebensmittel unserer Bauern aus der Umgebung bestmöglich in die Stadt hereinkommen. Es gibt seit der Corona-Pandemie diese tollen neuen Vermarktungsmethoden, z.B. die Gemüsebox die am Kaiser Josef Platz steht, das ist ein Container, wo man hineingeht, man nimmt das Gemüse, das man braucht, wirft das Geld in eine Kasse, Vertrauen, es funktioniert, die Leute sind anständig, ehrlich, geben das hinein und du kannst 24 Stunden am Tag dort einkaufen. Meinen letzten Gründonnerstag Spinat habe ich um 23 Uhr dort geholt. Also auch das funktioniert fantastisch und ich möchte auch erwähnen rollende Bauernläden, dass Bauern in die Siedlungen kommen, ihre Waren anbieten und, was besonders schön ist, dass unsere städtischen Kinder erleben, was in der Stadt wächst. Herr Antragsteller, du hast es

schon gesagt, wir sind die größte Bauerngemeinde. Sternäckerweg, das Erdbeerfeld von unserem Gemüsebauern Friedmann. Die Kinder freuen sich schon, wenn die Erdbeeren blühen und wenn sie dann selber pflücken und naschen können, fantastico. Last but not least, unsere landwirtschaftlichen Fachschulen. Alt-Grottenhof, auf Initiative unseres Stadtrates Kurt Hohensinner gibt es jedes Jahr den Bauernhoftag, da kommen über 700 Schülerinnen und Schüler auf den Grottenhof, werden in einzelnen Gruppen wunderbar betreut von den Küken, von den Hendln, von den Bienen, Brotweckerl machen, wo sie das wirklich hautnah erleben. Es gibt auch die 24-Stunden-Blechkuh, wo man sich eine Milch mitnehmen kann. Es tut sich schon sehr viel, aber wir können immer noch besser werden und immer noch mehr machen und deswegen sind wir gern bei dem Antrag dabei (*Appl.*).

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen. Als gebürtige Obersteirerin, die am Land aufgewachsen ist, habe ich auch meine Anknüpfungspunkte zur Landwirtschaft, deswegen möchte ich mich da auch kurz zu Wort melden, weil der Antrag auch ein sehr wichtiges Thema beinhaltet. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie krisenanfällig oft internationale Lieferketten sein können und es plötzlich zu Engpässen bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern kommen kann. Da ist die Möglichkeit einer regionalen Versorgung mit Lebensmitteln umso wichtiger. Aber nicht nur für die Versorgungssicherheit und für das Klima sind kurze und transparente Transportwege wichtig, auch in Bezug auf den Tierschutz enthält dieser Antrag wichtige Aspekte. Den meisten von uns werden diverse Berichte über qualvolle Tiertransporte quer durch Europa und darüber hinaus in Erinnerung sein. So kommt es auch zur paradoxen Situation, dass einerseits eine hohe Anzahl an Kälber ins Ausland exportiert werden, wird beinahe doppelt so viel Kalbfleisch wieder importiert. Auch in diesen Bereichen gilt es, regionale Strukturen zu stärken. Ein wichtiger Punkt ist meiner Meinung nach auch ein Fokus auf die Versorgung mit pflanzlichen Lebensmitteln. Ein geringerer, bewussterer Fleischkonsum

trägt nicht nur zur Verringerung schädlicher Emissionen bei, sondern verringert auch Tierleid und wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus. Somit ist eine regionale, nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln ein Gewinn für Konsument:innen, für die heimischen Landwirt:innen, für das Klima und für die Tiere. Also werden wir auch diesem Antrag gerne zustimmen.

GR Günter **Wagner**:

Wenn es etwas zum Essen gibt, dann bin ich dabei (*lacht*). Ich sage einmal danke für deinen Antrag und danke, dass du dieses wichtige Thema zu uns in den Gemeinderat trägst. Die Gemeinderätin Potzinger hat eh richtig gesagt, es passiert eh schon sehr vieles. Es gibt bei uns in Graz sehr viele Möglichkeiten, aber natürlich kann es immer etwas mehr sein, so heißt es im Supermarkt auch. Schöner wäre noch gewesen, wenn wir nicht nur die Strategie für nachhaltige Lebensmittelversorgung, sondern auch gegen Lebensmittelverschwendung auch gleich dazugenommen hätten. Denn sehr oft und das muss man auch sagen, wenn man über den Preis von Lebensmitteln spricht, dann spricht man aber nicht davon, wie viel Geld wir für Lebensmittel ausgeben und wie viel davon wieder in der Biotonne landet. Da weiß ich, wovon ich spreche. Ein paar haben eh schon gelacht, weil ich heute mit meinem Schulrucksack da bin, mit meinem Kindergartenpackerl, mit dem vorgekochten Essen, das muss ja nicht nur die Frau machen, das schaffe ich auch ganz gut selbst. Es ist halt alles immer eine Frage der Einteilung und wie wichtig mir das Thema ist. Wir sind selbst vier Tage die Woche nicht zu Hause und trotzdem schaffen wir es, im Verhältnis zu dem, was wir einkaufen, möglichst wenig bis nichts wegzuwerfen und das, glaube ich, wäre sicher ein zweiter Punkt, den man etwas mitaufgreifen sollte, wenn man schon über die Lebensmittelversorgung spricht. Wie gesagt, ein auch mir wichtiges Anliegen, da rennst du offene Türen ein und dem Antrag werde ich natürlich gerne zustimmen. Danke.

Kozina-Voit:

Danke für die Wortmeldungen. Ich freue mich natürlich über so viel Zustimmung, das ist ja nicht selbstverständlich. Danke auch für die Ergänzungen, vieles auch, was aufgezeigt wurde, es zeigt, es fehlt einfach auch das Wissen. Auch das kann Teil der Strategie sein, dass man gewisse Dinge wieder bekannter macht, egal ob es jetzt die Öffnungszeiten betrifft oder was es sonst noch für Möglichkeiten gibt, wo man noch einkaufen kann beim Stadtbauernladen etc. Was mir noch wichtig ist zu sagen, einfach dass man wirklich jetzt keine Landwirtschaftsstrategie machen soll, sondern wirklich eine Lebensmittelstrategie, die eben auch diese Konsumseite betrachtet, nicht nur den Anbau sozusagen der Produkte, wo auch das Lebensmittelverschwendungsthema drinnen ist. Ich habe es kurz erwähnt, aber das sollte eben auch mitbetrachtet sein und ich habe auch mit den verschiedenen Stakeholdern geredet im Rahmen der Enquete, die freuen sich natürlich auch, wenn etwas weitergeht. Das Projekt Smart-Food-Grid ist jetzt doch schon wieder zwei Jahre her, dass das da fertiggestellt wurde und jetzt haben wir da auch eine Deadline drin, danke auch für Ihre Zusagen, dass Sie sich da jetzt beschäftigen werden. Ich bin auch gerne bereit, da in jeder Form mitzuwirken und, wie gesagt, alle, die da bei der Enquete dabei waren, sind auch hochmotiviert. Ich glaube, da haben wir eine gute Basis und freue mich, wenn wir da etwas Schönes hinbekommen. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**10.7 Ausbildungsbeitrag für Hebammen
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher: innen auch im Livestream. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Das Personal in den Gesundheits- und

Pflegeberufen ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und seine Arbeit ist für unsere Gesellschaft für das Funktionieren unseres Staates unverzichtbar. Der Personalmangel in genau diesen Pflegeberufen ist eines der größten Probleme, die wir in der Politik zu lösen haben. Deswegen haben wir das auch schon sehr oft hier diskutiert und mögliche Lösungen dafür diskutiert. Es gilt jetzt für uns, ganz klar, bessere Arbeitsbedingungen und auch eine gerechtere Entlohnung dieser Berufe, das ist für uns ganz enorm wichtig. Der jetzt eingeführte Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat, der für die Auszubildenden in Gesundheits- und Pflegeberufen eingeführt wurde, ist für uns eine wichtige Maßnahme, die getätigt wurde. Doch leider finden wir es sehr ungerecht, dass da auf eine ganze Berufsgruppe vergessen wurde, nämlich die Hebammen. Und ich glaube, die Tatsache, dass niemand in diesem Raum ohne die Unterstützung einer Hebamme heute das Licht der Welt erblickt hätte, zeigt schon, wie enorm wichtig Hebammen und ihre Arbeit ist. Doch dass auch in diesem Bereich ein enormer Personalmangel herrscht, zeigt eigentlich auch der EU-Vergleich. Ich habe Ihnen die Zahlen in meinem Antrag mitgebracht. Da sieht man ganz klar, dass im Vergleich zu Schweden, zu Polen in Österreich auf 1.000 Lebendgeburten nur 26 Hebammen kommen und in Schweden kommen auf 1.000 Lebendgeburten 63 Hebammen. Da sehen wir, dass dieser Hebammen-Mangel eklatant ist und auch die Landesvertretung der Hebammen sieht das schon seit langem. Gerlinde Feichtlbauer, die Präsidentin des Österreichischen Hebammengremiums, sagt, ich bin seit 21 Jahren in der Landesvertretung und seit 21 Jahren beklagen wir schon den Personalmangel. Die Landesvertretung fordert auch die 1:1-Betreuung von schwangeren Personen und werdenden Müttern und das ist noch lange nicht erreicht. Allein wenn wir in den Osten von Österreich schauen, würde es bis 2030 zusätzlich 1900 Hebammen brauchen, um auf diese 1:1-Betreuung zu kommen. Auch wenn für uns unser Ziel natürlich ist 1:1-Betreuung an einem mangelt es sicher nicht, nämlich an den Interessent:innen, an den Bewerber:innen für diese Ausbildung und für die Studienplätze, die in Österreich zur Verfügung stehen. Es gibt aber zu wenig Studienplätze. Ein weiteres Problem sind auch die Pflicht-Praktika, die bis heute nicht entlohnt werden und die auch zu wenig zur Verfügung stehen. Wir sehen, das Problem

hier ist sehr vielschichtig und natürlich wird das Problem nicht mit einem einzigen Dringlichkeitsantrag heute gelöst werden.

Dennoch glauben wir, dass eben dieser Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat auch für die Hebammen enorm wichtig wäre. Ich habe dazu auch mit sehr vielen Studierenden der Hebammenwissenschaften in Graz gesprochen und habe auch einen sehr, wie ich finde, sehr treffendes Zitat bekommen, das ich gerne auch mit Ihnen teilen möchte: „Bei unseren Aufnahmegesprächen wurde uns gesagt, dass das Studium sehr zeitintensiv ist und ein Job nebenbei nicht machbar. Dabei werden wir aber in Pflichtpraktika, die in den höheren Semestern stattfinden, für vierzig Stunden nicht bezahlt. Viele dieser Praktika finden in anderen Bundesländern statt und die Fahrtkosten wie auch die Unterkunft wird nicht gezahlt. Wir werden also mit 40 Stunden als nicht bezahlte Arbeitskraft genutzt, aber müssen Fahrtkosten und Unterkunft selbst bezahlen. Zusätzlich zu den steigenden Mieten, den Lebensmitteln und den andern Kosten, die ansteigen.“ Da sieht man schon, dass, auch wenn die 20 Studienplätze sehr wenig sind, es können sich auch nicht alle, die sich für dieses Studium interessieren würden, dieses Studium dann auch wirklich leisten. Deswegen fordern wir, dass man auch hier solidarisch mit den Hebammen sein müssen und solidarisch mit schwangeren Personen, deswegen glauben wir, dass dieser Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat wichtig wäre, genauso wie die faire Bezahlung von diesen Pflichtpraktika.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran und fordert, dass Hebammen ebenso wie andere Gesundheits- und Pflegeberufe den Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat bekommen. Außerdem sollen die geforderten Praktika während der Ausbildungszeit fair bezahlt werden. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Das Personal in den Gesundheits- und Pflegeberufen ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und für das Funktionieren unseres Staates unverzichtbar. Der Personalmangel in diesem Bereich ist eines der größten Probleme, das wir politisch lösen müssen, um eine gute Zukunft für die Bevölkerung zu garantieren. Daher braucht es dringend bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne in diesen Berufen. Der Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat, den Auszubildende in Gesundheits- und Pflegeberufen bekommen, ist eine wichtige Maßnahme. Doch leider gibt es dabei eine Ungerechtigkeit, denn eine ganze Berufsgruppe ist von diesem Ausbildungsbeitrag ausgeschlossen, nämlich Hebammen. Und das, obwohl in diesem Bereich ebenso ein akuter Personalmangel herrscht. Im EU-Vergleich liegt Österreich deutlich unter dem Schnitt, wie viele Hebammen auf 1.000 Lebendgeburten kommen.

Unser Ziel muss eine 1:1-Betreuung sein. Interessierte Bewerber:innen gäbe es genug, doch die Zahl der Studienplätze ist zu gering. Ein weiteres Problem sind die verlangten Praktika. Vierzig Geburten müssen von FH-Studierenden im Laufe ihrer Ausbildung eigenständig betreut werden. Es muss die Möglichkeit für Studierende geben, Erfahrungen zu machen. Eine Geburt und Praktikant:innen gleichzeitig zu begleiten ist jedoch eine enorme Belastung. Das erklärt die wenigen Praktikumsstellen. Diese Praktika werden darüber hinaus nicht bezahlt. Gerade für Studierende, die nebenbei arbeiten müssen, um sich das Studium leisten zu können, bedeutet das eine große Mehrbelastung. Hebammen sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Unter den derzeitigen Bedingungen gehen sie an ihre Grenzen und oftmals darüber hinaus, um schwangere Personen bestmöglich zu begleiten. Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind auch aus frauenpolitischer Sicht wichtige Forderungen. Hebammen haben einen großen Anteil daran, dass das Risiko für schwangere Personen während der Geburt reduziert wird. Wir müssen daher solidarisch mit den Hebammen sein und schwangere Personen müssen auch ihr Recht auf eine Hebamme einfordern. Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran und fordert, dass Hebammen ebenso wie andere Gesundheits- und Pflegeberufe den Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat bekommen. Außerdem sollen die geforderten Praktika während der Ausbildungszeit fair bezahlt werden.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.24 Uhr).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Guten Abend, Entschuldigung und pardon für diese Stimme, aber ich kann versprechen, der Spuk wird bald vorbei sein. Mir ist jetzt nur etwas eingefallen, ich muss das nur, bevor die eigentliche Wortmeldung kommt, unbedingt erzählen. Der berühmte Karl Valentin ist gefragt worden, „Herr Valentin, erinnern Sie sich an den ersten Eindruck, als Sie das Licht der Welt erblickten?“ und er sagte: „Was glauben Sie? Ich sah in das Gesicht der Hebamme und, stellen Sie sich vor, ich hatte diese Frau in meinem ganzen Leben noch nie gesehen.“ Typisch Valentin. Bert Brecht hat gesagt, Karl Valentin ist ein einziger blutiger Witz. Jetzt zu meiner kurzen Hebammen-Geschichte. Ich bin zwar keine Hebamme, aber ich habe eine kleine Geschichte. Nämlich 2018 habe ich eine Initiative in Form einer Aussendung gemacht, es ist mir damals darum gegangen, genügend Kassenstellen für Hebammen einzufordern und dann am 18.10.2018 im Gemeinderat per Anfrage bei Herrn Bürgermeister Nagl den jährlichen Start der Ausbildungsjahrgänge entgegen nur alle zwei Jahre Ausbildung zu fordern. Das kommt uns ein wenig bekannt vor, eine Beantwortung blieb damals leider aus, aber den damaligen neuerlichen Medien war zu entnehmen, dass in der Steiermark viel zu niedrige Einstiegsgehälter, nämlich damals 2197 Euro, ich weiß, nicht wie es heute ist, im Gegensatz zu Niederösterreich mit 2838 Euro damals bezahlt wurden.

Auch das kommt uns bekannt vor, hatten wir heute schon das Thema. Die Crux dabei ist natürlich, dass bei dieser Differenz von fast 600 Euro eine Abwanderung droht und drohte, wird heute noch so sein. Wir wissen es aus dem Burgenland, wo den Ärzten viel geboten wird und da werden wir dann schauen, was wir zu sehen bekommen in der Folge, aber auch die Problematik der Wahlhebammen hat sich herausgestellt, denn wer kann, kann sich eine bezahlen, die anderen nicht. Daher, liebe Anna, danke für deine Initiative und ja, unbedingt, 600 Euro Ausbildungsbeiträge, das ist ganz klar für die Hebammen. Da sind wir dabei und wie ich meine, ich habe mich jetzt auch mit der Anna draußen noch kurz unterhalten, auch für alle anderen verwandten MTD-Gruppen in diesem Fall. Das sind die Logopäd:innen, die Ergotherapeut:innen, die Diätolog:innen, die Biomedizinischen Analytiker:innen, die Orthoptisten und die Radiologisch technischen Assistenten wäre dieser Ausbildungsbeitrag einzufordern. Anna, du hast es richtig gesagt, es fehlen uns die Leute überall, in allen Branchen und wir können nur mit diesen Anreizen dem entgegenwirken, weil herzaubern können wir die Mitarbeiter momentan nicht. Wichtig, wie bereits hingewiesen, alljährliche Lehrgänge, daher damals bereits die Initiative 2018, an die ich erinnern darf und entscheidend ist halt einfach, anders und einfacher gesagt, jegliche Art von Aufstockung, die uns gelingen muss im Gesundheitssektor. Damit darf gerechnet werden, denn zuständig ist ja auch die Frau Landesrätin und der Herr Landesrat Lang. Die Finanzen sind ja das Allerwichtigste, wie wir wissen und daher danke für die Initiative. Wir werden natürlich dabei sein und dem Abänderer werden wir nicht zustimmen, logischerweise, danke für die Aufmerksamkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Derler:**

Hohe Stadtregierung, werte Gemeinderatskolleg:innen, werte Antragstellerin.

Prinzipiell muss ich einmal ganz klarstellen, dass ich mich freue, dass das Thema des

Hebammenberufes hier im Gemeinderat ein Thema ist. Danke einmal, das finde ich sehr wichtig. Um kurz einmal zu erklären, es ist der Tag schon lange, aber eine kurze Auflockerung. Hebiana kommt von dem Altgermanischen, Althochdeutschen und das ist die Entgegenhebende. Das heißt, wir Hebammen heben jetzt nicht nur dem werdenden Vater das Kind entgegen und er hat es damals anerkannt, sondern wie schon in Ihrem Bericht, wir machen sehr viel. Das heißt, es wäre wünschenswert eine 1:1-Betreuung, aber wir betreuen mittlerweile schon Frauen bei Kinderwunsch in der Schwangerschaft, bei der Geburt und der Zeit danach. Die Intention des dringlichen Antrages ist die Erweiterung des Ausbildungsbeitrages im Bereich der Pflege auf die Hebammenausbildung. Dieser Ausbildungsbeitrag in der Pflege dient bitte als Motivation. Das muss man ganz ehrlich sagen, Pflegekräfte werden gesucht, das heißt, diese Zahlung soll eine Motivation sein, sich für einen Pflegeberuf zu entscheiden. Im Vergleich zur Pflege ist jedoch der Wunsch zur Aufnahme einer Ausbildung zur Hebamme wesentlich größer und übersteigt die Kapazitäten aus den Ausbildungsstätten der Fachhochschule. Also wir haben 200 bzw. 400 Bewerber:innen im Jahr und es werden nur 20 Hebammen aufgenommen. Damit ist ein Anreiz zur Aufnahme eines derartigen Fachhochschulstudiums nicht notwendig. Es gibt genügend, also wirklich, 400 Bewerbungen und 20 werden nur aufgenommen. Bekanntlich muss aber auch die Qualität der Ausbildung durch ausreichend praktische Ausbildungsstätten gesichert werden. An dem scheitert es oft. Die praktischen Ausbildungsstätten sind in der ganzen Steiermark, in Österreich ausgebreitet und es scheitert an dem, da gebe ich absolut Recht. Wodurch sich ein zusätzliches Anreizsystem zur Aufnahme eines Hebammenstudiums an den Fachhochschulen bei einer Bewerbungszahl von rund 400, habe ich eh schon gesagt, allein an der FH Joanneum Graz, die dieses Studium auch ohne eine derartige Maßnahme ausüben wollen, ad absurdum führt. Es gibt einen sehr großen Andrang. Allgemein wird die Versorgung durch Hebammen in der Steiermark als gut und ausreichend bezeichnet, wobei die Statistik ist eine österreichische Statistik und man muss jetzt, wenn man hier im Gemeinderat ist, natürlich über die Steiermark-Situation auch sprechen. Einen wesentlichen Beitrag leisten dazu die aktuell jährlichen Anfangsstudienplätze. Es ist

vorher schon gesagt worden. Es stimmt, es wurden alle drei Jahre aufgenommen nur 10, 12, dann 20, also maximal 15, aber jetzt sind wir seit zwei Jahren ist das eine jährliche Aufnahme von 20 Student:innen. Also wie oben bereits begonnen, wurden in den letzten Jahren zudem zahlreiche Maßnahmen gesetzt, damit mehr Studierende eine Ausbildung in diesem wichtigen Bereich machen können. So wurde etwa der Beginn des facheinschlägigen Studienlehrgangs an der FH Joanneum von alle drei, auf ein jährliches System geändert. Das ist wichtig zu wissen. Es gibt jetzt auch jährliche Ausbildungen. Im Vergleich zu anderen Studien zeigt sich, selbst für Fachhochschulen, eine beeindruckende Absolvent:innenquote von 100 %. Also wirklich toll, das zeigt, jemand der diese Berufung hat, der zieht das durch, ganz wichtig. Wodurch die monatliche Bezuschussung des Studienplatzes und die im Antrag suggerierte Unmöglichkeit der Absolvierung der Ausbildung ebenfalls in Frage zu stellen ist. Eine weitere Besonderheit an der FH Joanneum Graz ist die Befreiung vom Studienbeitrag. Es werden keine Studienbeiträge bitte einbehalten. Zur Entlohnung der Pflichtpraktika, ja, ist ein Thema, sei aber bitte wirklich anfänglich festzuhalten. Pflichtpraktika, und ich habe selbst 40 Geburten in der Ausbildung leisten müssen, Pflichtpraktika im Bereich der schulischen und universitären Ausbildung haben vordergründig den praktischen Wissenserwerb. Das heißt, wir reden jetzt bitte nicht von einer Anstellung, sondern von einer Ausbildung, wodurch diese auch in vielen anderen Fachbereichen nicht entlohnt werden und auch nicht typische Charakteristika eines Arbeitsverhältnisses aufweisen. Ich bin gleich fertig. Wobei hier besonders die Hebammenausbildung einen großen Wert auf eine möglichst intensive und nachhaltige Wissensvermittlung setzt. Sollten die Praktika jedoch nicht in Graz absolviert werden, gebe ich wieder absolut Recht, muss die Studentin sich irgendwo in der Umgebung eine Pension, eine Wohnung nehmen und das überschreitet manchmal natürlich auch die finanzielle Möglichkeit, dieser Ausbildung beizutreten.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber am Petitionsweg herantreten, um zu prüfen, ob ein Bedarf für einen Praktikumszuschuss für die Dauer der Absolvierung der Pflichtpraktika im Rahmen des Studiums der Hebammenwissenschaften zur Unterstützung der Lebenshaltungskosten besteht und möge diese auch gegebenenfalls umsetzen, also natürlich unterstützen, keine Frage.
2. Angesichts der hohen Abschlussquote möge das Land Steiermark prüfen, ob eine Erhöhung der Leistungsstipendien angesichts einer Erfolgsquote von 100 % im Rahmen des FH-Studiums der Hebammenwissenschaften möglich ist (*Appl*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß möge prüfen, ob ein Bedarf für einen Praktikumszuschuss für die Dauer der Absolvierung der Pflichtpraktika im Rahmen des Studiums der Hebammenwissenschaften zur Unterstützung der Lebenshaltungskosten besteht und diese gegebenenfalls umsetzen.*
2. *ALTERNATIV: Der Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber am Petitionsweg herantreten, um zu prüfen, ob ein Bedarf für einen Praktikumszuschuss für die Dauer der Absolvierung der Pflichtpraktika im*

Rahmen des Studiums der Hebammenwissenschaften zur Unterstützung der Lebenshaltungskosten besteht und diesen gegebenenfalls umsetzen.

3. *Angesicht der hohen Abschlussquote möge Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß prüfen, ob angesichts der Erfolgsquote von 100 Prozent im Rahmen des FH Studiums der Hebammenwissenschaften eine Studienerfolgsprämie ausbezahlt wird.*

GRⁱⁿ Slama:

Hallo, liebe alle. Liebe Anna, danke für den Antrag. Ich sehe das leider in einigen Dingen ganz anders als du Eva. Erstens finde ich leider, dass dieser Abänderungsantrag den Antrag leider schwächt und entkräftet und das meiner Meinung nach auf eine unnötige Weise. Denn allein diese 600 Euro, die wir hier als Ausbildungsbeitrag haben, ja, in vielen Pflegeberufen ist das als Motivation zu sehen. Bei Hebammen würde ich eher sagen, es ist 600 Euro Motivation, nicht mit einem Burnout abzuschließen. Weil da muss man grundsätzlich sagen, du hast da ein Studium, dann hast du deine Praktika und weil die meisten von uns doch noch irgendwie Miete zahlen müssen, Essen zahlen müssen etc. haben wir halt auch noch einen Nebenjob. Wenn es schon beim Bewerben heißt, ein Job nebenher wird sich nicht ausgehen, werden alle Leute, die niemanden zuhause haben, der sagt, gut, dann zahle ich dir halt diese Sachen, sich sofort wieder herausnehmen aus dem Bewerbungsprozess. Die, die das nicht tun, haben dann einfach 60-Stunden-Wochen einmal grundsätzlich und Freundinnen von mir, die diese Ausbildung machen, haben mir wirklich gesagt, also ein Burnout ist ein großes Thema, das wir schon während dem Studium irgendwie haben, wo durchgehend diese Angst besteht, dass man am Ende eben abschließt, aber erst einmal gar nicht arbeiten kann, weil man es nicht schafft. Diese grundsätzlichen Praktika sind ja eigentlich Lernübungen, sollten sie sein, leider sind sie das in der Praxis überhaupt nicht, sondern für ganz viele Unternehmen ist das einfach grundsätzlich eine Gratisarbeitskraft noch nebenher. Da kommen Sachen wie, was kannst du zu Weihnachten arbeiten, zu

Silvester arbeiten, du bekommst auch an Feiertagen nicht mehr bezahlt. Die Realität sieht da leider ganz anders aus, als es sein sollte und ich stimme auch zu, natürlich das ist nicht, wie diese Berufspraktika aussehen sollten, aber so tun sie es leider. Das Problem ist, wenn das nicht bezahlt werden muss, wird das auch weiterhin so genutzt. Deswegen absolut, die Bezahlung ist wichtig und wir haben ja auch grundsätzlich, nämlich auch bei dem Punkt, dass es in der Steiermark eh eine gute und ausreichende Betreuung gibt, muss ich widersprechen. Ich habe da eine Studie vom Institut für höhere Studien gefunden, im Auftrag eines österreichischen Hebammengremiums und zwar 2020, da war ein Ausblick bzw. eine GAP Analyse von zukünftiger Nachfrage und Angebot an Hebammenkapazität. Allein wenn wir unser derzeitiges Angebot beibehalten wollen, müssen wir auch unsere Ausbildungsplätze ein wenig erweitern, weil wir allein jetzt schon bis 2030 durch die voranschreitende Arbeitsreduktion einfach 50 bis 120 Vollzeitäquivalente haben, die nicht besetzt werden können. Wir haben jetzt schon eine Betreuung von 3 bis 4 Geburten simultan, was eine unglaubliche Mehrbelastung ist und natürlich weit weg ist von dieser 1:1-Betreuung, die wir im Endeffekt anstreben. Deswegen grundsätzlich pro Hauptantrag und ich glaube, insgesamt können wir uns ja im Inhalt sehr einigen, deswegen gute inhaltliche Zusammenarbeit. Danke (*Appl.*).

GR KO Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Derler. Ich glaube, fachlich kann dir da in diesem Gebiet überhaupt niemand das Wasser reichen. Gleich vorweg, wir werden auch bei deinem Abänderungsantrag bei Punkt 2 mitgehen, weil Punkt 2 nicht zum Widerspruch steht zum Antrag von der Kollegin Robosch. Diese ganze Thematik muss man schon so sehen. Ich bin da auch bei der Kollegin Slama. Man kann jetzt darüber streiten, ob es jetzt die Abdeckung, ob die gegeben ist oder nicht. Ich glaube, der Bedarf wird in Zukunft steigen, ich glaube, da braucht es mehr geeignetes Personal. Ich kann auch aus persönlichen Erfahrungen berichten. Ich habe eine liebe Schulkollegin gehabt, die hat sich gefreut, nach der Matura dann das FH-Studium

aufzunehmen, hat dann diesen Bewerbungsprozess knapp mit Platz 22 abgeschnitten, war dann nicht unter den Top 20, aber die hat das schon mit 15 bzw. 16 gewusst, ich will Hebamme werden. Also eigentlich hat man einem jungen Menschen dann aufgrund eines Reihungsverfahrens, über das man auch diskutieren kann, den Weg zum Wunschjob verwehrt. Also ich glaube, da muss man sicher etwas flexibler denken und auch die Zahlen ein wenig nach oben bringen, denn der Mangel, der heute nicht da ist, ist vielleicht in 5 bis 10 Jahren da. Da geht es einfach darum, dass man das etwas großzügiger bewertet. Grundsätzlich, wir sehen das Problem, das die Kollegin Robosch hier aufzieht, deswegen werden wir hier grundsätzlich mitgehen. Ich sehe gerade, dass es ein Abänderungsantrag ist, also haben wir jetzt eine durchaus diffizile Situation. Da muss ich mir wirklich noch etwas überlegen, aber grundsätzlich volle Unterstützung für diese Anliegen. Ich glaube, da ist man auf einem gemeinsamen Weg und schön, dass da doch auch, obwohl es verschiedene Ansätze gibt, die Stoßrichtung der verschiedenen Fraktionen doch eine gleiche ist.

Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gut, dass der Alexis noch draufgekommen ist, dass hier Antrag und nicht Zusatzantrag steht, deswegen können wir dem auch nicht nahetreten. Denn für alle, wenn ein Abänderungsantrag gestellt wird, dann fällt der Grundantrag weg. Für alle, die diese quasi Formalitäten im Gemeinderat nicht so kennen. Deswegen können wir dem von dir gestellten Antrag, liebe Eva, nicht nähertreten und ich möchte das auch wiederholen. Fachlich und in deiner Arbeit können wir alle natürlich nicht mitreden, denn du hast diese Ausbildung gemacht und du machst diese Arbeit auch tagtäglich. Danke dafür und danke auch an dieser Stelle an alle Hebammen, die derzeit diese Arbeit leisten, aber politisch gesehen, habe ich mich doch ein bisschen gewundert über diesen Abänderungsantrag, oder eigentlich zwei Abänderungsanträge, wenn ich mich ganz täusche, weil mir sehr oft vorgekommen ist in dem Lesen dieser Abänderungsanträge, das überhaupt die Sinnhaftigkeit oder der Bedarf für diese 600 Euro pro Monat für die Auszubildenden in

dem Bereich hinterfragt wird und auch die Praktika-Entlohnung hinterfragt wird, und das können wir ganz klar eigentlich nur von uns weisen. Von den Leuten, die das auch einfordern, von den Leuten die das auch auf der Straße einfordern und in ihrer Arbeit einfordern. Ich glaube, dass wir hier sehr wohl sagen kann, es ist ungerecht, wenn dem nicht nachgekommen wird. Es ist wichtig, dass dem nachgekommen wird mit den 600 Euro und es dient nicht als zusätzliche Motivation, da hast du Recht, aber es dient trotzdem als gerechter Beitrag zu dieser Ausbildung, damit sich Leute diese Ausbildung überhaupt leisten können. In diesem Sinne glaube ich auch, dass man noch sagen muss, ich habe Freundinnen und Freunde, die sowohl die Pflegeausbildung machen als auch derzeit die Hebammenausbildung machen und da sieht man schon wirklich den Effekt, den das hat, wenn auf einmal die Praktika bezahlt werden, wenn auf einmal auch die Ausbildung bezahlt wird. Da können dann Leute ihren zusätzlichen 15-Stunden-Job zusätzlich mit 20-Stunden-Job am Wochenende aufgeben, um sich voll und ganz auf diese wichtige Ausbildung, auf dieses wichtige Studium zu konzentrieren. Das ist es doch, was wir eigentlich erreichen wollen, vor allem in einem so wichtigen Bereich der Gesundheit und auch im Bereich der Hebammenwissenschaften. Deswegen kann ich nur sagen, vielen Dank für die breite Zustimmung von denen, die sie heute hier geben. Ich bitte auch um die Zustimmung von euch, weil sonst mit dem Abänderungsantrag mein Antrag wegfallen würde und ich glaube auch, dass wir mit diesem Antrag sehr gut an die Studierenden, die vielleicht irgendwann einmal in den Genuss dieser 600 Euro kommen könnten, gut an die herantreten könnten und sagen könnten, schau, wir haben hier für eine gerechterer Situation gesorgt, als sie vorher war. Dankeschön (Appl.).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) angenommen.

**10.8 Beleuchtungsnotstand in Graz
(GR KO Mag. Pascuttini, KFG)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, werter Kollegen im Gemeinderat. Nun zu einem Thema, das mich schon länger beschäftigt, schon seit meiner Zeit als Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Graz Gösting, dunkle Stellen im Grazer Stadtgebiet. Wir haben hier schon mehrmals Anträge gestellt, im Bezirksrat damals, auch jetzt im Gemeinderat, nur bekommen wir immer wieder die gleiche Antwort, nämlich, dass die Stadt das Problem kennt, dass die Stadt das Problem im Auge hat, aber dass die finanziellen Mittel fehlen, um hier wirklich eine ausreichende Beleuchtung eben sicherzustellen. Man muss eingangs natürlich sagen, wenn wir über diesen Beleuchtungsnotstand, so wie ich das tituliere, reden, dann reden wir sehr oft über unbestimmte Begriffe, das hat dieses Problem so an sich. Weil, was ist eine dunkle Stelle, wo ist es mangelhaft ausgeleuchtet? Das wird wahrscheinlich bei 48 Gemeinderäten und sieben Stadträten jeder ein bisschen anders empfinden. Es gibt Stellen, da sind wir uns einig, dann wird es Stellen geben, wo wir uns wahrscheinlich nicht darüber einig sind, ob dort die Beleuchtung passt oder nicht. Mir geht es um zwei Problembereiche, zum einen um die Verkehrssicherheit, wobei man sagen muss, da ist das Problem nicht so groß, also zumindest verkehrstechnisch, auch in Rücksprache mit der Polizei gibt es hier relativ wenig Probleme. Ganz anders schaut es aus, wenn es um den Bereich Kriminalitätsprävention geht. Und wir haben in den letzten Wochen sehr, sehr viel mit Exekutivbeamten gesprochen, ausreichende Beleuchtung in Parkanlagen, an dunklen Stellen, entlang des Murradweges, das würde das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schon heben. Und ja, da gibt es auch unzählige Studien, dass eine ausreichende Beleuchtung auch in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass Straftaten gar nicht erst entstehen. Wir haben in Graz, aber natürlich auch in den einzelnen Bezirken, sehr, sehr viele Stellen, die mangelhaft ausgeleuchtet sind. Da gibt es sehr, sehr viele, wir haben in den letzten Wochen auch sehr, sehr viele Zusendungen bekommen, das ist dann durchaus ein Bild, das sich ergibt, dass hier Randbezirke stärker betroffen sind als Innenstadtbezirke, und das war auch die

Stoßrichtung unseres Antrages. Ich darf auch gleich ein bisschen auf den Antrag der Grünen eingehen, wo es um diese Abänderung geht. Warum haben wir diese Begriffe gewählt, die wir gewählt haben? Zum einen, weil wir eine Beantwortung bekommen haben am 16.1.2023 vom zuständigen Amt, wo man eben sagt: „Uns ist bekannt, dass der technische Standard der Straßenbeleuchtung an diesem Verbindungsweg weiter erhöht werden kann.“ Also ich halte fest, das Problem, da geht es um den Verbindungsweg Gösting-Raach, wird außer Streit gestellt, dies trifft auch auf weite Teile der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Graz, ca. 70 %, zu. Da wird ein weiteres Problemfeld eröffnet, also nicht nur beim Verbindungsweg Gösting-Raach gibt es das Problem, sondern scheinbar bei 70 % der weiteren Straßen in Graz. Jetzt muss ich sagen, was das heißt, der technische Standard der Straßenbeleuchtung kann weiter erhöht werden. Das ist eine Interpretationssache, das hat das Amt hier offengelassen, deswegen geht unser Antrag ja auch in diese Richtung, dass man hier einmal klarstellt: Was heißt das, welche Probleme gibt es? Und ich habe mich ein bisschen gewundert bei diesem Abänderungsantrag, weil eigentlich fasst ihr, liebe Kollegen von den Grünen, unseren Antrag in andere Worte und sagt, es ist dann ein Abänderungsantrag. Also ich sage, wenn das jetzt Schule macht, dann werden wir in Zukunft einfach immer wieder einfach umtexten anfangen und dann bringt jeder die Ideen vom anderen als neue Wortkomposition ein. Das ist dann ein bisschen widersinnig. Also ich würde hier wirklich bitten, bei Abänderungsanträgen, wenn es zusätzliche Ideen gibt, bitte einen Zusatzantrag machen. Wie ich gerade beim vorigen Antrag gelernt habe, kann man dann auch zustimmen bei unterschiedlichen Thematiken, bei sowas, das ist ein bisschen widersinnig, weil wir im Endeffekt nur die Terminologie verwenden, die eben das Amt verwendet hat. Schlussendlich geht es um ein Problem, das wirklich dringlich ist, eine ausreichende Beleuchtung des gesamten Grazer Stadtgebietes, auch in den Außenbezirken, kann wirklich Kriminalität reduzieren, kann auch für Verkehrssicherheit sorgen. Und deswegen stelle ich namens meines Klubs folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die zuständigen Stellen im Magistrat mögen dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatsitzung im Juni 2023 einen Bericht vorlegen, der den technischen Stand der öffentlichen Straßenbeleuchtung konkret (aufgliedert nach Bezirken) darstellt. Aufbauend auf diesen Bericht ist eine Karte zu erstellen, die gebietsweise den aktuellen technischen Stand der öffentlichen Straßenbeleuchtung sichtbar macht.
2. Die zuständigen Stellen im Magistrat mögen dem Gemeinderat ebenfalls bis zur Gemeinderatsitzung im Juni 2023 Vorschläge präsentieren, wie jene 70 % der öffentlichen Straßenbeleuchtung, die nicht auf dem aktuellsten technischen Stand sind, auf den aktuellsten technischen Stand umgerüstet werden können.
3. Zukünftig ist einmal im Jahr ein derartiger Bericht (wie in Punkt 1 beschrieben) mit dem aktuellen technischen Stand der öffentlichen Straßenbeleuchtung zu veröffentlichen.

Ich bitte um Zustimmung, das ist wirklich ein Thema, das man ganz ideologiefrei sehen kann, und ich glaube, die Formel: Mehr Licht – mehr Sicherheit, die gilt sowohl im Verkehrssicherheit als auch im Bereich der Kriminalitätsprävention (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrags:

Eine unserer Initiativen im Jahr 2022 (Antrag vom 22.9.2022) hat ans Licht gebracht, dass 70 % der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Graz nicht auf dem aktuellsten technischen Stand sind. Innerhalb des Grazer Stadtgebietes gibt es somit nach wie vor Ortsteile, deren Beleuchtung nur unzureichend in der Stadtplanung berücksichtigt worden ist. Diese an vielen Stellen mangelhafte Beleuchtung des öffentlichen Raumes eröffnet im Hinblick auf die Verkehrssicherheit sowie im Hinblick auf die Kriminalitätsprävention etliche Risiken für die Grazer Stadtbevölkerung. Um die Möglichkeit zu haben, entsprechend darauf zu reagieren, ist eine Erfassung des

*aktuellen technischen Standes der öffentlichen Straßenbeleuchtung notwendig.
Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen im Magistrat mögen dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatsitzung im Juni 2023 einen Bericht vorlegen, der den technischen Stand der öffentlichen Straßenbeleuchtung konkret (aufgliedert nach Bezirken) darstellt. Aufbauend auf diesen Bericht ist eine Karte zu erstellen, die gebietsweise den aktuellen technischen Stand der öffentlichen Straßenbeleuchtung sichtbar macht.*
- 2. Die zuständigen Stellen im Magistrat mögen dem Gemeinderat ebenfalls bis zur Gemeinderatsitzung im Juni 2023 Vorschläge präsentieren, wie jene 70 % der öffentlichen Straßenbeleuchtung, die nicht auf dem aktuellsten technischen Stand sind, auf den aktuellsten technischen Stand umgerüstet werden können.*
- 3. Zukünftig ist einmal im Jahr ein derartiger Bericht (wie in Punkt 1 beschrieben) mit dem aktuellen technischen Stand der öffentlichen Straßenbeleuchtung zu veröffentlichen.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.53 Uhr).

GR Lenartitsch:

Liebe Stadtregierung, es füllt sich wieder, dafür fehlen jetzt mehr Gemeinderäte, das gleicht sich jetzt aus, aber es ist auch schon sehr finster draußen. Eigentlich ist der dringliche Antrag genau zum richtigen Zeitpunkt, wenn man so beim Fenster hinausschaut, es ist schon dunkel draußen. Wer sich die Mühe gemacht hat, bei

Reininghaus z.B., nicht bei dir, Sabine, sondern bei den Grundstücken dort draußen, da gab es auch einen Masterplan-Light, da geht es darum, wie ist die Ausleuchtung eines neuen Stadtteils so quasi notwendig. Da gibt es verschiedene Modelle beziehungsweise auch Beleuchtungskörper, wie man sagt, diese Teile gehören stärker ausgeleuchtet, manche sind mit Bewegungssensoren, manche gehören wieder weniger beleuchtet, damit man nicht eine extreme Lichtverschmutzung hat. Als unangenehmes Beispiel gibt es die Abfahrt vom Weblinger Park-&-Ride Richtung Grillweg. Das ist eine eigentlich sehr stark befahrene Straße; da sind die Laternen sehr hoch, wenn man die Lichtverschmutzung jetzt einmal hernimmt und sagt, ok, die Leute, die dort wohnen, haben eigentlich ständig am Abend ein ganz helles Wohnzimmer, weil dort wird es einfach nicht finster, dort hängen sie vielleicht zu hoch, dort könnte man sicher auch etwas ändern. Wenn man auf die Schau-auf-Graz-App verweist, da kann man ganz lässig auch unter „Beleuchtung“ einfach eingeben, wo eine defekt ist beziehungsweise wo vielleicht zu wenig ist, und das auch ganz konkret dort gleich einmal bemängeln und bekommt relativ rasch eine Rückmeldung. Deshalb finde ich es im Großen und Ganzen gut, eine Stadt soll sicher sein, eine Stadt soll entsprechend beleuchtet werden, und wir werden der Dringlichkeit des Antrages auch gerne zustimmen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön, Herr Gemeinderat Lenartitsch. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Winter.

*Zwischenruf GR Günter **Wagner**: Nein, fast.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Entschuldigung, habe ich Winter gesagt? Entschuldigung.

GR Günter **Wagner**:

Macht nichts, es ist ja schon finster draußen, da darf man auch müde sein (*lacht*).

Lieber Antragsteller, no na net, wahrscheinlich ist schon nach der Fragestunde zu vermuten gewesen, dass ich beim Antrag natürlich mitgehen werden, und der Antrag ist dringlich, das heißt, die Dringlichkeit und auch der Inhalt ist richtig, dem werde ich zustimmen. Das Einzige, dem ich vielleicht von der Argumentation her nicht ganz Recht geben möchte, ist, dass jetzt zwangsläufig wegen der besseren Beleuchtung unmittelbar Straftaten vermieden werden. Aber eines ist ganz sicher, das Sicherheitsgefühl wird steigen und Ängste werden genommen und ich glaube, das alleine ist Anlass genug, dem Antrag, so wie er ist, zuzustimmen. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.57 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ich möchte mich nur zu Wort melden, weil mich das Thema ja auch fünf Jahre als zuständige Stadtsenatsreferentin für das Straßenamt natürlich beschäftigt hat, und ich kann mich noch gut erinnern, als ich das Ressort übernommen habe 2017, war eine der ersten Meldungen oder Notwendigkeiten damals vom Straßenamt, dass der Herr Zipper, der ja federführend sozusagen hier unser Beleuchtungsmann ist und der wirklich hier auch ein echter Experte und Fachmann ist und ganz genau weiß, wo unsere Lichtpunkte sind, in welchem Zustand sie sind und wann sie errichtet worden sind, und so weiter und so fort. Und vor allem, welche Notwendigkeiten da sind, und damals war vor allem schon, und da muss man ja davon ausgehen, dass keine Fraktion, die jemals für das Straßenamt zuständig war, und waren letztendlich fast alle Fraktionen, nicht fast, es waren alle Fraktionen immer wieder mit der gleichen Thematik beschäftigt, das kann ich auch als Gemeinderätin sagen. Und ich unterstelle niemandem, dass irgendjemand nur haben möchte, dass irgendwelche Straßenzüge nicht entsprechend ausgeleuchtet werden, aus den komplett richtigen Argumenten,

die Sie genannt haben. Das Dilemma war immer, das ist weder ein Leuchtturmprojekt, noch ist es irgendwie eine neue Idee oder Innovation, sondern das gehört eigentlich zur laufenden Infrastrukturverbesserung. Und für diese Sachen, wie Sie wissen, das ist ja nicht nur bei der Straßenbeleuchtung so, sondern auch bei anderen, eigentlich all dessen, was die Daseinsvorsorge betrifft, beim Kanal, das ist bei Wasserleitungen so, das ist halt Geld, was, aus meiner Sicht, zur Pflichtaufgabe einer Kommune gehört, aber oft halt, weil man nicht so klasse hier punkten kann, weil sich ja jeder draußen denkt, das gehört sich eh, aber es kostet sehr, sehr viel Geld. Und du musst im Jahr auch Wünsche, selbst wenn du das Geld hast, dann auch auf den Boden bringen, und das ist ja so, das Straßenamt gibt ja de facto den Auftrag, machen tun es aber dann die Kollegen von der Energie Graz. Und da weiß ich noch sehr genau, weil wir erstmals damals erreicht haben, dass tatsächlich auch das Budget erhöht worden ist, weil tatsächlich neben neuen Anlagen, die errichtet werden mussten, wie der Gemeinderat Lenartitsch auch angesprochen hat, bei Neubauprojekten, ist auch Infrastruktur entlang der Mur passiert und so weiter, aber die alten Anlagen natürlich sukzessive ausgebessert werden müssen, sogar weil die EU das sogar vorschreibt, und das sonst ja gemeingefährlich ist, aber viele Wünsche, die aus der Bevölkerung selbst kommen, dann oft nicht mehr, nicht nur geldmäßig, weil das hätten wir dann gehabt, sondern das haben die Kollegen und Kolleginnen bei der Energie Graz dann nicht auf den Boden bringen können. Vielleicht hat sich das jetzt mittlerweile geändert, notwendig ist es in jedem Fall, insofern halte ich den Abänderungsantrag für vernünftig, der in keiner Weise den Inhalt und das Anliegen von Ihnen und Ihrem Antrag schwächt. Das macht eh Sinn, dass die Kolleginnen und Kollegen genau erfahren, wann wo Möglichkeiten sind, die Beleuchtungsinfrastruktur zu verbessern, aber man muss es auch realistisch sehen, was man auf den Boden bringt. Das wollte ich nur sagen und Sie werden merken und sehen, wenn die Kollegen vom Straßenamt, die damit betraut sind, eingeladen werden zum Ausschuss und das berichten, werden Sie Ihnen das in ähnlicher Weise, denke ich, sagen. Was heißt in ähnlicher, in noch besserer Weise, ich bin ja nicht die Expertin, aber das habe ich mir sehr, sehr gut gemerkt, weil wir sie nämlich damals auch eingeladen haben in den Ausschuss und jene, die damals schon

dabei waren, sich vielleicht sogar noch erinnern können, dass das, was ich jetzt gerade gesagt habe, genau so berichtet worden ist. Es ist ein Abarbeiten, eigentlich eine Sisyphusarbeit, die ständig zu tun ist.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (20.01 Uhr).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Werte Kollegen, werte Frau Bürgermeisterin, danke auch für Ihre Ausführungen, da kann ich sehr, sehr vieles unterstreichen. Ich glaube aber auch, dass man mit dieser Thematik punkten kann, also da bin ich nicht Ihrer Meinung. Ich glaube, wenn da einmal etwas passieren würde ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Nein, ich bin eh nicht dieser Meinung.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

... nein, aber ich weiß, wie Sie es gemeint haben, aber ich glaube, damit kann man durchaus punkten, wenn sich hier bei einzelnen Straßenzügen etwas verbessert. Ich möchte mich jetzt hier auch nicht auf eine Wortklauberei einlassen, ob das jetzt andere Worte sind vom Kollegen Hackenberger oder nicht. Ich sage, wenn in dieser Sache etwas getan wird, dann ist das sehr, sehr gut. Ich kann nur kurz zur Genese dieses Antrages ausführen, dass es tatsächlich so ist, dass die Exekutive darauf drängt, dass die Ausleuchtung von gewissen Orten besser wird. Also das wird tatsächlich von der Exekutive, und die werden das bessere Wissen zu diesen Sachen haben als wir, als Gemeinderäte, die drängen darauf. Und wir versuchen immer, wenn wir einen Antrag in den Gemeinderat bringen, dann zuvor mit den Verantwortlichen zu sprechen oder mit denen zu sprechen, die damit wirklich hauptbefasst sind. Sie erinnern sich zurück

zur Diskussion über die Fahrräder-Nummerntafeln/-Versicherungspflicht, da haben wir das gefordert und danach hat es die Verkehrspolizei, die ja in Graz wirklich, glaube ich, die größte Kompetenz besitzt, auch gefordert. Also wir versuchen, uns hier immer in Abstimmung mit der Exekutive zu begeben und zu sagen, das, was die Exekutive für gut befindet, das wird schlussendlich auch gut sein. Zumindest wird es besser sein als etwas, was man sich selbst versucht zusammenzureimen. Jedenfalls mich freut es, dass das Thema für dringlich erkannt wird, mich freut es, dass etwas passiert, und werden dann im September 2023 spätestens wieder darüber reden, was passiert ist. Bis dahin behalte ich es mir vor, einige Straßenzüge einzumelden, wo die Problematik besteht, also da wird sicher etwas passieren, mehr Licht für Graz ist sicherlich auch mehr Sicherheit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. **Hackenberger:**

Guten Abend, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer am Bildschirm, anwesend ist hier niemand mehr. Es gibt drei Aspekte, die uns dazu bewogen haben, den an sich sinnvollen und unterstützungswürdigen Antrag abändern zu wollen. Einen Aspekt hat die Frau Bürgermeisterin vorhin genannt, das ist, dass man die Beleuchtung nicht von heute auf morgen ändern kann, sondern dass das eine Rieseninvestition ist, die nur allmählich Schritt für Schritt gemacht werden kann und das ist ein Grund dafür, dass uns der Antrag einfach etwas zu wenig strukturiert erscheint. Das Zweite ist, dass die Gleichsetzung vom aktuellsten technischen Stand mit Qualität nicht wirklich den Kern der Sache trifft. Ich stelle mich als Zeuge zur Verfügung dafür, dass auch gute alte Neonlampen ihren guten Dienst tun. Ich brauche nur bei mir zuhause aus dem Fenster schauen, da kann ich das jeden Abend feststellen. Also nicht alles, was schon von mir aus 30 Jahre alt ist, ist deswegen auch von der Funktion her schlecht und überholungsbedürftig. Der dritte Punkt ist, dass, zumindest

soweit ich den Antrag verstanden habe, der Kollege davon ausgeht, dass man in der Stadt Graz nicht weiß, wie der Stand der Dinge ist. Ich habe gefunden ein Entwurfspapier, was offensichtlich vom Straßenamt gemeinsam mit der Energie Graz erarbeitet wurde, das nennt sich Green Light 3.0 und ist in der Überschrift der Beschreibung so zu verstehen, das Ziel des Programmes, das ist also ein Programm mit dem Ziel, eine zeitgemäße, öffentliche Beleuchtung in Graz zu verwirklichen und einen normgerechten Ausbau der öffentlichen Beleuchtungen nach Regeln und Stand der Technik und einen Masterplan zu erarbeiten. Da ist offensichtlich entgegen den ursprünglichen Annahmen des Antrages schon ziemlich viel Vorarbeit geleistet worden, immerhin sind rund 30.000 Lichtpunkte erhoben worden, und es gibt auch eine Reihung, was in kurzer Frist auszutauschen oder zu ändern ist und wofür länger Zeit ist. Die Rahmenbedingungen, in denen sich diese Überlegungen bewegen, ist zum einen die EU-Ökodesign-Anforderung, die ja dazu zwingt, derartige Anlagen Step by Step auf den letzten Stand zu bringen, die Digitalisierung des Planwerkes und die Umwelt. Es ist also ein riesiges Einsparungspotenzial à la longue vorhanden, wenn man auf die modernste Technik umsteigt. Das heißt, dass man das langsam tun muss und es ist auch ökonomisch wie ökologisch sinnvoll, weil man sinnvollerweise natürlich nicht funktionierende Anlagen, die ihren Dienst tun, einmotten sollte, sondern dort anfangen muss, wo tatsächlich eine schlechte Beleuchtungsqualität vorliegt. Wir stellen daher folgenden

Abänderungsantrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bis September 2023, ein bisschen mehr Zeit wird erforderlich sein, einen Bericht über den Status quo des technischen Zustandes und der Funktionalität der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Graz vorzulegen, wobei auf die technische Restlebensdauer und den zu erwartenden Aufwand eines allfälligen Ersatzes Rücksicht genommen werden wolle.

2. Weiters mögen die zuständigen Stellen im Magistrat dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bis September 2023 einen Überblick über bereits bestehende und sich aus der Bestandsaufnahme allenfalls zusätzlich ergebenden Vorhaben für die Jahre 2024 und 2025 betreffend Straßenbeleuchtung zur Verfügung stellen.

Herr Kollege Pascuttini, Sie sehen, es geht hier nicht um eine politische Ausrichtung, sondern es ist eine rein sachliche Abänderung, die wir hier anstreben. Ich bitte um Annahme des Abänderungsantrages (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Dass eine gute Straßenbeleuchtung in einer Stadt in mehrfacher Hinsicht wichtig und notwendig ist, steht außer Frage. Die gegenständliche Initiative verdient daher entsprechende Beachtung und wird grundsätzlich befürwortet, weil die Verantwortlichen in unserer Stadt im Interesse der Bürger über die Güte der Straßenbeleuchtung Bescheid wissen sollten. Die Feststellung, dass möglicherweise 70 % der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Graz nicht auf dem „aktuellsten“ technischen Stand sei, lässt allerdings keinen Schluss, ja nicht einmal einen Hinweis auf eine Mangelhaftigkeit zu. Es greift daher zu kurz, Erhebungen nur zum aktuellen technischen Stand der Straßenbeleuchtung vorzunehmen. Vielmehr wäre zu prüfen, ob bzw. in welchen Bereichen der Stadt die Beleuchtung ausreichend ist und in welchen eine mangelhafte Beleuchtungssituation vorliegt. Es wäre ja nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht weder sinnvoll noch vertretbar, gut funktionierende Beleuchtungsanlagen des öffentlichen Raums nur deshalb zu verschrotten und durch neue zu ersetzen, weil inzwischen neuere Technologien am Markt angeboten werden. Dieses Prinzip gilt ungeachtet des Umstandes, dass bei Verwendung von modernen Leuchtdioden weniger Strom verbraucht wird als durch herkömmliche Leuchtmittel, weil jede Neuanschaffung erhebliche Geldmittel und Ressourcen mit entsprechenden ökologischen Implikationen verbraucht. Das führt zur

Konsequenz, dass ein Umstieg auf die neuesten Technologien nur allmählich sinnvoll ist und primär zu erheben wäre, welche der bestehenden Anlagen eine ungenügende Ausleuchtung bieten bzw. am Ende ihrer technischen und wirtschaftlichen Lebensdauer stehen.

Schließlich werden die für eine sorgsame und der Sache dienlichen Erhebung des Status quo notwendigen Arbeiten realistischweise nicht innerhalb von 4 Monaten durchzuführen sein, sondern wird den zuständigen Stellen ein entsprechend längerer Zeitraum zugebilligt werden müssen.

Die Gemeinderatsfraktion der Grüne-ALG stellt daher den

Antrag auf Abänderung:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bis September 2023 einen Bericht über den Status quo des technischen Zustandes und der Funktionalität der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Graz vorzulegen, wobei auf die technische Restlebensdauer und den zu erwartenden Aufwand eines allfälligen Ersatzes, Rücksicht genommen werden wolle.*
- 2. Weiters mögen die zuständigen Stellen im Magistrat dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bis September 2023 einen Überblick über bereits bestehende und sich aus der Bestandsaufnahme allenfalls zusätzlich ergebenden Vorhaben für 2024 und 2025 betreffend Straßenbeleuchtung zur Verfügung stellen.*

KO GR Mag. Pascuttini:

Jetzt komme ich zum zweiten Mal zum Schlusswort, weil es so wichtig ist.

Grundsätzlich, ist ja in Ordnung, solange in dieser Sache etwas passiert, ist mir sehr,

sehr vieles Recht. Aber, Herr Kollege Hackenberger, jetzt habe ich mir den Antrag von euch noch einmal durchgeschaut, und von diesen Arbeiten, von denen ihr sprecht, die binnen vier Monaten zu erledigen sind, von denen sprechen wir nicht. Also das Wort Arbeiten kommt im ganzen Antrag nicht vor, wir fordern genauso wie ihr einen Bericht und nicht, dass in vier Monaten alles fertig ist, also das habe ich jetzt in dem Antrag nicht gefunden. Ich glaube, hier ist ein Missverständnis, das vorliegt. Und bei der Argumentation, am Anfang habe ich dir folgen können, dann zum Schluss nicht mehr, weil du sprichst dann davon, dass ja der modernste oder der aktuelle technische Stand nicht immer der beste ist. Aber ich glaube, wir sind uns einig, das, was vor 30 Jahren eingebaut wurde, das war möglicherweise ökologisch nicht so auf dem Stand, wie es heute ist, also vielleicht wäre das Neue in dieser Hinsicht doch besser, ob das jetzt heller ausleuchtet oder nicht, das sei dahingestellt. Aber ich glaube, da sollte man auf das Amt vertrauen, das haben wir schlussendlich auch gemacht, wir haben nur diese Terminologie verwendet, die das Amt auch verwendet hat, und deswegen war es aus unserer Sicht auch klar genug. Aber wir lernen daraus, wir werden da in Zukunft noch nachschärfen, werden das noch weiter ausformulieren. Wie ich vorhin schon gesagt habe, mich freut es, dass hier jetzt etwas passiert, ob jetzt der eine oder andere Antrag durchgeht, ist mir auch wurscht. Wir werden das kritisch im Auge behalten und ich sehe das trotzdem als ein gemeinsames Ziel, an einem Strang, wo dann schlussendlich am Ende des Tages hoffentlich die Stadt in hellerem Licht erscheinen wird dort, wo es nötig ist (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

**10.9 Erhebung der Mängel im Grazer Gemeindebau
(GR Mag. Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Der Gemeindebau steht wiederum im Zentrum des vorliegenden Antrages. Bereits in den letzten beiden Sitzungen sind die Probleme im Grazer Gemeindebau mehrfach von uns thematisiert worden. Sei es die Sauberkeitsproblematik, sei es die Müllproblematik, sei es die Hygieneproblematik, seien es die Probleme, die die multikulturelle Struktur im Grazer Gemeindebau besitzt und alle diese Probleme, die daran gebunden sind. All diese Probleme haben wir in den letzten beiden Sitzungen bereits thematisiert. Und ein weiteres großes Problem werden wir im gegenwärtigen Antrag thematisieren. Es gibt die Problematik der Schimmelbelastung, es gibt die große Problematik von Baumängeln, es gibt sanierungsbedürftige Wohneinheiten, die für viele Bewohner des Grazer Gemeindebaus ein Problem darstellen, ein tägliches Problem darstellen, ein Problem darstellen, das wir gemeinsam auch lösen können und lösen wollen sollten. Die Politik, und wir alle sind die Politik in Graz, sollten diese Chance nicht verstreichen lassen und hier gemeinsam einen Schritt in die richtige Richtung setzen, nämlich, dass wir erstens diese Probleme ernst nehmen, dass wir die Bürgeranliegen ernst nehmen und dass wir auch in diesem Zusammenhang die Dringlichkeit erkennen. Warum sollten wir die Dringlichkeit erkennen? Wir alle wissen, ein Schimmelbefall in einer Wohnung hat zwei große Dimensionen, das eine ist die gesundheitliche Dimension für die Bewohner, jeder weiß, dieser Schimmel in Wohnungen ist auch gesundheitsschädlich, und die zweite Kapazität ist natürlich, diese Sanierungen, die hinausgeschoben werden, stellen einen Faktor dar, der höhere Kosten verursacht, je länger er verschleppt wird. Und genau aufgrund dieser zwei Punkte ist die Dringlichkeit in diesem Antrag gegeben. Infolgedessen stellen wir als KFG folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis Juni 2023 alle baulichen und gesundheitlichen Gefahrenquellen im Grazer Gemeindebau erfassen, in einem Bericht zusammenfassen und entsprechend des (gesundheitlichen) Gefahrenpotenzials kategorisieren und diesen Bericht dem Gemeinderat vorlegen (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrags:

Immer wieder wenden sich Bewohner des Grazer Gemeindebaus an uns und schildern ihre Erfahrungen und Herausforderungen, mit denen sie im Gemeindebau konfrontiert sind. Neben der multikulturellen Bewohnerstruktur werden auch immer wieder Müll-, Hygiene- und Sauberkeitsproblematiken zur Sprache gebracht. So ist immer wieder von Schimmelbelastung, Baumängeln und sanierungsbedürftigen Wohneinheiten die Rede, die die Grazer Gemeindebaubewohner beschäftigen. Einige dieser Zustände wirken sich mittlerweile direkt negativ auf die Gesundheit der Gemeindebaubewohner aus. Anderen scheinen bereits bauliche Gefahren darzustellen. Wir stellen immer wieder fest, dass eine große Anzahl der Grazer Bürger, die die Häuser des sozialen Wohnbaus ihr Zuhause nennen, sich von der Politik und mit den bestehenden Problemen im Stich gelassen fühlen. Die verantwortlichen Politiker in der Stadt sind folglich dringend aufgefordert zu handeln sowie die zweifellos existenten Probleme ernst zu nehmen. Denn je länger die Stadt Graz mit der Sanierung dieser Zustände wartet, desto teurer werden die Sanierungsmaßnahmen und desto negativer werden sie sich auf die Gesundheit der Grazer Gemeindebaubewohner auswirken. Da die Probleme im Gemeindebau existent sind und zuzunehmen scheinen, müssen folglich weitergehende Maßnahmen gesetzt werden. Eine entsprechende Darstellung ist unumgänglich, um adäquate Maßnahmen ergreifen zu können. Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bis Juni 2023 alle baulichen und gesundheitlichen Gefahrenquellen im Grazer Gemeindebau erfassen, in einem Bericht zusammenfassen und entsprechend des (gesundheitlichen) Gefahrenpotenzials kategorisieren und diesen Bericht dem Gemeinderat vorlegen.

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Danke, Michael Winter, für diesen Antrag, denn der Zustand in einigen Gemeindewohnungen ist ja tatsächlich besorgniserregend, wie alleine ein Bericht im „Grazer“ vom 2. Februar 2023 aufzeigt, der die Situation im Gemeindebau in der Laudongasse thematisiert, wo Drogen, Vandalismus und Attacken auf die Bewohner auf der Tagesordnung stehen, und dort soll jetzt das Friedensbüro vermitteln, ist aber meines Erachtens trotzdem ein unannehmbare Zustand für die Bewohnerinnen und Bewohner. Gleiches gilt für die Sanierungen der Wohnungen, insbesondere was die thermische Sanierung angeht. Da fordern wir als ÖVP Graz ja schon länger mehr Tempo von der Regierung, leider bisher ohne Erfolg, obwohl das ja nicht nur den Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommen würde, sondern auch der Umwelt, dementsprechend überrascht bin ich, dass hier von der grünen Fraktion wenig Druck auf den Koalitionspartner ausgeübt wird, aber da ist wohl die KPÖ zu stark in der Koalition. Und jetzt weiß ich natürlich, wie es weitergeht, jetzt werden wir dann natürlich wieder das kommunistische Heldenepos hören (*Gelächter im Saal*), wie der Grazer Gemeindebau von der KPÖ aufgebaut wurde und gehegt und gepflegt wird, aber leider sieht die Realität dann halt allerdings anders aus für viele Bewohnerinnen und Bewohner und da hilft halt auch kein Friedensbüro und kein Heldenepos, sondern da hilft nur, dass Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die richtigen Schritte setzen, damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner wieder wohlfühlen können. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön (*lacht*).

(*Gelächter im Saal*)

*Zwischenruf GR **Huber** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Nein, das war einfach sehr nett formuliert. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann würde ich gerne meiner Kollegin, Judith Schwentner, den Vorsitz übergeben.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (20.15 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ich habe Sie nicht ausgelacht, sondern ich habe das sehr nett gefunden, dass Sie gesagt haben, jetzt werden wir wieder das kommunistische Heldenepos hören (*lacht*).

Das müssen wir gar nicht sagen (*Appl. und Gelächter im Saal*), sondern Sie müssen

eigentlich nur die Bewohnerinnen und Bewohner fragen, weil es ja tatsächlich so ist,

und jetzt dann komme ich schon ein bisschen zum Ernst der Sache. Glauben Sie mir,

Herr Gemeinderat Huber, 1998, als mein Kollege damals die städtischen

Gemeindewohnungen übernommen hat, war es tatsächlich so, dass jede vierte

Gemeindewohnung Substandard war, und viele Kollegen, die ja im Gemeinderat noch

sind, ich glaube, die Frau Gemeinderätin Potzinger weiß das noch gut, weil sie eben

damals auch im Ausschuss war. Da fragt man sich schon, ob da eigentlich Anfang 2000

noch immer eigentlich auf die stadteigenen Wohnungen und letztendlich ihren

Bewohnerinnen und Bewohnern nicht geschaut worden ist offenbar. Weil anders lässt

sich das nicht erklären, und das hat eine große Kraftanstrengung gebraucht, weil das war ja tatsächlich dann bis 2017 in unseren Händen, aber nicht im Wohnungsbau, das war ja dann noch einmal gesplittet auch, es war ja gar nicht so einfach, aber wir haben tatsächlich dem Substandard ein Ende gesetzt, das heißt, die Leute haben damals kein Klo in der Wohnung gehabt, keine Dusche, keine Heizung drinnen gehabt. Also das erste große umfassende Sanierungspaket hat mit 1999 begonnen und war zu Ende mit dem letzten Wohnhaus 2010, danach parallel, da war damals Schwarz-Grün in der Koalition, hat es das große Paket eigentlich gegeben der Heizungsumstellungen. Das muss man nämlich auch wissen, weil bei fast zwei Dritteln der Wohnungen, und wir reden immer von den gemeindeeigenen Wohnungen und nicht von den Übertragungswohnbauten, ist es damals gelungen, mit Mitteln auch des Landes die Heizungsumstellungen wirklich im großen Stil auch zu schaffen, immer vorausgesetzt, die Bewohner:innen wollten es auch, es hat nie einen Zwangsanschluss gegeben. Und dann danach hat der nächste Schritt der thermischen Sanierung begonnen. Das hat vor allem so zwischen 2012 und 2017 bei den ersten Wohnhäusern begonnen, ist in der letzten Periode weiter fortgesetzt worden und selbstverständlich auch in dieser Periode wird das weitergehen. Da brauchen Sie sich keine Sorgen machen. Und von den 12.000 Gemeindewohnungen, wo die Stadt Graz das Zuweisungsrecht hat, ist ca. ein Drittel davon, das sind ca. 4.400 gemeindeeigene Wohnungen, und genau auf die haben wir einen Einfluss. Das Wohnhaus in der Laudongasse, von dem Sie sprechen, was in der Zeitung gestanden ist, das haben wir schon vor Weihnachten gebeten, weil wir in den letzten fünf Jahren, lieber Herr Klubobmann Pascuttini, von Bewohnern dort mehrmals gesagt bekommen haben, dass sie dort Probleme vorfinden in der Außenanlage, aber auch von Bewohnern. Und deshalb ist es klar, als wir die Mittel bekommen haben jetzt auch für die konkrete Siedlungsbetreuung vor Ort, dass wir dort das ganze Jahr, und nicht nur einmal, sondern in diesem ganzen Gebiet, unter anderem auch in der Laudongasse, bei den Leuten sein werden, weil dort die Probleme vielfältiger Art sind. Das hat etwas mit den Außenanlagen zu tun, das hat aber auch vor allem teilweise mit Bewohner:innen zu tun, wo wir Kontingentwohnungen haben und diese Bewohner:innen nicht vom Wohnungsamt zugewiesen werden, sondern von

anderen Einrichtungen und die aber eine Begleitung brauchen und wo man schauen muss, dass wieder die Wohnzufriedenheit größer ist. Zur Information, dieses Haus, weil das ist nicht unwichtig, ist lange Zeit nicht in der Verwaltung vom Wohnungsamt gewesen, sondern von der ÖWG, die es uns eigentlich dann zurückgegeben haben, als es in so einem schlechten Zustand war und jetzt ein riesiger Sanierungsbedarf da ist. Das muss man halt auch immer aus der Geschichte wissen. Schimmelprobleme, das ist ein Klassiker, vor allem in alten Wohnungen, wo sehr viele Bewohner:innen waren, die schon sehr lange dort sind oder Leute auch teilweise, das muss man leider auch wirklich so sagen, selbst kein gutes Wohnverhalten zutage bringen. Wenn es ein technisches Problem ist oder Gebrechen am Haus selbst, ist es ja selbstverständlich, dass bei den gemeindeeigenen Wohnungen, wo wir den Einfluss haben, das Wohnungsamt selbstverständlich das sofort auch saniert und den Leuten hilft. Das ist logisch, man würde ja unterstellen, dass unsere Hausverwaltung und Wohnen Graz, wenn sich jemand an sie wendet, sozusagen dann nicht tätig wird, das wäre ja fahrlässig, wenn es, wie gesagt, gesundheitsbeeinträchtigend ist und tatsächlich ein bauliches Gebrechen darstellt. Manche sind derartig, dass es einen Wohnungswechsel braucht, weil im Bestand selbst die Wohnung gar nicht saniert werden kann. Diese Kosten übernimmt dann immer das Wohnungsamt selbst, von der Siedlung angefangen bis zu den Mietkosten, bis die Wohnung wieder so imstande ist, dass die Mieterinnen und Mieter wieder zurückkommen können, was jetzt aber, sage ich einmal, eher die Seltenheit ist und nicht die Regel. Was wichtig ist, vielleicht auch für Sie zur Information, letztes Jahr sind alleine 9,9 Millionen Euro nur in die Brauchbarmachung von Wohnungen, also das heißt, wenn jemand auszieht, werden die Wohnungen komplett neu saniert von den Nasszellen angefangen bis zu den Böden, Fenstern und so weiter, und auch Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen haben diese Gesamtsumme von 9,9 Millionen Euro damit aufgewendet und sind insgesamt 450 Wohnungen brauchbar gemacht worden. Wenn es Mängel oder Probleme gibt, die im genossenschaftlichen Bereich sind, und davon gehe ich mehrheitlich aus, weil das weiß ich ja auch, weil bei uns die Leute anrufen, dann können wir in dem Fall nur im Interventionswege natürlich bei Genossenschaften

darauf drängen, dass sie Sanierungen vornehmen, und in der Regel wird das auch gemacht. Die stadteigene Hausverwaltung, wie gesagt, kommt jeder Beschwerde, was das betrifft, wenn es um Sanierungen oder um gesundheitliche Gefahrenquellen geht, nach, immer vorausgesetzt, sie werden auch von den Mieterinnen und Mietern kontaktiert. Müllproblem, darauf möchte ich noch eingehen, das mit der Müllproblematik, das stimmt, das fängt in meinem Wohnhaus, wo ich wohne, ich wohne privat, an, endet natürlich auch bei der einen oder anderen Gemeindewohnhausanlage, na net na na, wenn wir das wissen, gehen wir diesen Sachen auch, und das muss ich dazusagen, ich rede wieder von den gemeindeeigenen Wohnungen, selbstverständlich nach. Dort, wenn es im Übertragungswohnbau ist und Bewohner:innen Beschwerden haben, gehen wir aber diesen Sachen auch nach, obwohl wir es oft gar nicht müssten, das möchte ich nur sagen. Und ganz konkret sind auch zwei Wohnhausanlagen, wo wir gemeinsam mit dem Umweltamt ganz konkret jetzt auch ein Projekt machen, weil da sind mehrere 100 Wohnungen, und da ist die Müllproblematik aus dem Ruder gelaufen und dort gehen wir diesen Sachen auch nach. Ich bleibe so unkonkret, weil Sie auch unkonkret geblieben sind.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (20.25 Uhr).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Bürgermeisterin. Politik braucht Ehrlichkeit und es ist Teil der Ehrlichkeit, dass Ihnen niemand absprechen wird in diesem Raum, dass Sie sich für den Grazer Gemeindebau immer eingesetzt haben und für die Bewohner eingesetzt haben. Ja, das ist richtig, das wird Ihnen niemand absprechen. Ein wenig muss man aber doch hinzufügen, sich mit den Leistungen aus der Vergangenheit zu rühmen, ist mir persönlich ein bisschen zu wenig. Und ja, wir wissen von den verschiedenen Bewohnern aus dem Grazer Gemeindebau, dass weiterhin selbstverständlich Probleme existieren, dass Problemfelder existieren, und

nachdem Sie ja auch erneut ein ehrliches Bekenntnis zu einer Verbesserung im Grazer Gemeindebau abgelegt haben, wird es mit Sicherheit auch kein Problem sein, diesen Antrag zu unterstützen, weil um was geht es bei diesem Antrag? Dass objektiv erhoben wird von der Stadt Graz, welche bestehenden Mängel weiterhin existieren und wie wir gemeinsam in Zukunft diese weiterhin bestehenden Probleme lösen können im Sinne der Bewohner des Grazer Gemeindebaus. Das wäre ein schönes Zeichen, wenn wir ein Projekt auch hätten, wo sich jeder dazu bekennt, Sie bekennen sich dazu, wir bekennen uns dazu, und wenn man so möchte, wir sind vielleicht ein bisschen der Turbo, der hier auch noch Nachhilfe bietet (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, was ich gerne mache, ist bei der nächsten Ausschusssitzung von Wohnen Graz, dass wir Ihnen einfach eine Mittelfristplanung geben, was wir thermisch sanieren möchten und wo wir Sanierungen machen, aber da geht es um die Wohnhäuser, die Außenbereiche. Wenn ihr von den Wohnungen redet, von Schimmel und diesen Dingen, können wir nicht zustimmen, ganz einfach aus dem Grund, weil, noch einmal, Sie würden ja unterstellen unseren Hausverwaltern, dass die nicht tätig werden, wenn Mieter zu ihnen kommen und die Schimmelbekämpfung machen, und das wird natürlich selbstverständlich gemacht. Da braucht es auch keinen Turbo, auch nicht von mir, sondern das ist ja ein Auftrag und eine Verpflichtung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

**10.10 Grazer Bildungslücke jetzt schließen - Nachhilfe besser fördern!
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich mache es jetzt kurz, in meinem dringlichen Antrag geht es natürlich um ein wichtiges Thema, nämlich um die Auswirkungen der Corona-Pandemie, besonders auf unsere Jugendlichen und auch auf unsere Kinder. Verschiedenste Studien belegen, dass das massive Auswirkungen auf unsere Jugendlichen waren, auch eine gewisse Frau Susanne Schwab, Sie werden sie nicht kennen, aber ich sage Ihnen gleich, das ist eine Professorin am Bildungszentrum für Lehrer:innen an der Uni Wien, die hat im letzten November und Dezember österreichweit Erhebungen bei 530 Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt, eben um die Auswirkungen von Schulschließungen und Distance-Learning einfach einmal genauer zu hinterfragen. Das Ergebnis hat schockiert; bei Schüler:innen aus einkommensschwächeren Haushalten wurde festgestellt, dass sich deren Leistung um ganze 83 % verschlechtert hat und dass die Schüler während der Corona-Pandemie durchschnittlich um ein ganzes Drittel weniger gelernt haben. Durch diese langen Phasen im Home-Schooling mussten natürlich viele Erziehungsberechtigte in Nachhilfestunden für ihre Kinder privat investieren, was auch die Arbeiterkammer in einer Studie übrigens bestätigt, die festgestellt und errechnet haben, dass letztes Jahr jede Familie durchschnittlich 630 Euro pro Kind für Nachhilfeunterricht gezahlt hat. Das betrifft jetzt aber nur die Kinder aus den Familien, die sich das leisten können, und ein Großteil der Erziehungsberechtigten in Graz kann sich das eben nicht leisten, was ja per se schon einmal eine grobe Benachteiligung im Bildungssystem ist. Aktuell stehen weit über 100 Kinder, die lernwillig sind, auf einer Warteliste. Diese Kinder sagen da: „Hallo, ich will meine Lerndefizite aufholen, damit ich meine Klasse oder dieses Schuljahr positiv abschließen kann.“ Und die hören nur: „Bitte warten.“ Ich denke mir, das kann einfach nicht sein in einer Stadt wie Graz. Wir müssen die Schüler und Schülerinnen jetzt rasch unterstützen dabei, dass sie nachholen können, was sie im

Unterricht versäumt haben. Und daher stelle ich auch diesen Antrag, weil es mir ein großes Anliegen ist. Ich stelle jetzt den

dringlichen Antrag

gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen bitte prüfen, wie eine Initiative zum Zwecke der Herstellung von Chancengleichheit für alle Grazer Schüler:innen gestartet werden kann, um durch ein größeres Angebot an leistbaren Nachhilfeplätzen jene Familien zu unterstützen, die einerseits durch stark gestiegene Nachhilfekosten, andererseits durch den bestehenden Angebotsmangel für Gratisnachhilfe betroffen sind. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrags:

In den vergangenen zwei Corona-Pandemie-Jahren wurde der Bevölkerung viel abverlangt. Von besonderer Tragweite sind jedoch die Folgen der Lockdowns auf Jugendliche, wie Studien des ifo-Instituts⁶ klar aufzeigen. Auch Susanne Schwab, Professorin am Bildungszentrum für Lehrerinnen und Lehrer an der Uni Wien, führte Ende 2022 österreichweit Online-Erhebungen unter 530 Lehrkräften durch, um die Auswirkungen von Schulschließungen und Distance-Learning auf junge Menschen zu untersuchen. Das Ergebnis schockierte, denn bei Schüler:innen aus einkommensschwächeren Haushalten wurde festgestellt, dass sich die schulischen Leistungen um ganze 83 % verschlechterten und dass die Schüler:innen während Corona-Pandemie durchschnittlich um ein Drittel weniger lernten⁷. Das führte zu Lerndefiziten. Dabei ist unumstritten, dass Bildungsdefizite zu realen Einbußen bei den Erwerbschancen führen und damit einhergehend auch oft ein geringeres

⁶ <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-06-vorab-woessmann-coronaschulschliessungen.pdf>

⁷ waehrend-corona-ein-drittel-weniger-133765138

Lebenseinkommen erzielt werden kann. Durch die langen Phasen im Home- oder „Überhaupt-nicht“-Schooling“, sahen sich viele Erziehungsberechtigte dazu gezwungen, für ihre Kinder Nachhilfestunden privat zu finanzieren, um ihnen Nachteile, resultierend aus Lernrückständen und Lernstofflücken, weitgehend zu ersparen. Das machen auch Erhebungen der Arbeiterkammer Steiermark sichtbar, wonach aufgrund der starken Nachfrage die Kosten für Nachhilfeunterricht im letzten Jahr erheblich angewachsen sind. So hat jede Familie im letzten Jahr durchschnittlich 630 Euro pro Kind für Nachhilfe ausgegeben⁸. Das ist nicht für alle Haushalte leistbar, weshalb bereits an dieser Stelle eine gravierende Benachteiligung im Bildungssystem erkennbar ist. Mehrere Vereine haben sich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales der Stadt Graz dem Thema Gratis-Nachhilfeunterricht angenommen und unterstützen Kinder und Jugendliche in verschiedenen Stadtbezirken beim Lernen. Festzustellen ist jedoch, dass die Nachfrage gerade nach Gratis-Nachhilfeunterricht noch immer im Ansteigen begriffen ist, derzeit nicht vollumfänglich bedient werden kann. So kommt es dazu, dass aktuell mehr als 100 Grazer Kinder und Jugendliche auf einer Warteliste stehen müssen, um in der Schule Versäumtes nachzuholen und um einen positiven Schulabschluss überhaupt zu ermöglichen⁹. Dennoch, gerade die steigende Nachfrage signalisiert der Stadt Graz die Notwendigkeit, bestehende Angebote an kostenloser Nachhilfe zu erhöhen, auch um sicher zu stellen, dass die Kluft zwischen Kindern aus einkommensstärkeren und einkommensschwächeren Haushalten nicht weiterwächst. Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Initiative zum Zwecke der Herstellung von Chancengleichheit für alle Grazer Schüler:innen

⁸ <https://www.arbeiterkammer.at/nachhilfebedarf>

⁹ <https://www.derstandard.at/story/2000143268841/teuerung-und-pandemie-bedarf-an-gratis-nachhilfe-hoch-angebot-zu>

gestartet werden kann, um durch ein größeres Angebot an leistbaren Nachhilfeplätzen jene Familien zu unterstützen, die einerseits durch stark gestiegene Nachhilfekosten, andererseits durch den bestehenden Angebotsmangel für Gratisnachhilfe betroffen sind.

2.) *Dem Gemeinderat ist in der Gemeinderatssitzung im Juni Bericht zu erstatten.*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Auch zu später Stunde freuen wir uns darüber, wenn wir einen Antrag zum Thema Bildung diskutieren können. Sehr geehrte Frau Antragstellerin, selbstverständlich ist es eigentlich ein Versagen des Bildungssystems, wenn wir nicht gewährleisten können, dass junge Menschen, die die finanziellen Mittel nicht haben, nicht dazu in der Lage sind, die adäquate Nachhilfe zu bekommen und deswegen bin ich sehr dankbar für diesen Antrag, und wir werden diesem Antrag sehr, sehr gerne zustimmen und freuen uns auch, wenn da weitere Initiativen gesetzt werden, was wichtig ist, und das wird ja auch im Antrag betont. Es passiert in diesem Bereich schon sehr, sehr viel und ich freue mich aber ganz insbesondere, dass aus diesem Antrag auch hervorkommt, dass es da vor allem auch um eine Maßnahme geht, die in den Sozialbereich fällt und dass auch das Amt für Soziales hier explizit genannt wird, um in diesem Bereich notwendige Maßnahmen und Verbesserungen sicherzustellen. Was mich ein bisschen wundert, aber vielleicht können Sie hier ja nachher noch zur Aufklärung beitragen, ist, dass Sie in Ihrem Antrag, was ja lobenswert ist, immer wieder zitieren, Sie zitieren aber auch einen Artikel des Standards, in dem Graz überhaupt mit keinem Wort vorkommt. Jetzt sagen Sie, 100 Grazer Kinder stehen auf einer Warteliste. Ich freue mich auf den Beweis, dahinter steht die Fußnote Nummer 4, ich habe mir den Artikel im Standard sehr genau durchgelesen und es gibt wirklich überhaupt keine Aussage in diesem

Artikel darüber, dass irgendwelche Kinder in Graz auf irgendeiner Warteliste stehen würden. Wenn das der Fall ist, dann freue ich mich darüber, wenn wir davon hören, vielleicht liegt das auch daran, dass Sie den Antrag nicht selbst geschrieben haben und ein Mitarbeiter das gemacht hat, vielleicht ist hier ein Fehler unterlaufen. Mag alles sein, ist schade, trotzdem ist als Transparenzpartei, die ja gerade in Wien das zweite Mal in der Regierung tatsächlich zeigt, wie man als Bildungsstadtrat nicht agieren sollte, mit Fördermittelmissbrauch etc., der gerade aufgedeckt wird, dann doch sehr verwunderlich, wenn man sowas nicht ordentlich recherchieren kann. Vielleicht kann man das ja noch nachreichen, ich freue mich darüber. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Ich wollte jetzt eigentlich gar nichts mehr sagen, weil es eh schon spät ist und alle schon müde sind, aber vielleicht im Anschluss an den Kollegen Brandstätter, wo auch immer er jetzt ist, ach, da. Ich glaube, solche Fehler können jedem Gemeinderat und jeder Gemeinderätin passieren, das hängt überhaupt nicht mit dem untadeligen Ruf der Neos als Transparenzpartei zusammen. Wenn man einmal einen kleinen Fehler in einem Antrag macht, das kann dir passieren, das kann mir passieren, und das wollte ich nur in dem Zusammenhang sagen. Und das Anliegen unterstützen wir auf jeden Fall. Ich habe in der letzten Periode eigentlich selbst einige Initiativen dazu gestartet, man muss aber natürlich immer wieder anmerken, dass ja eigentlich das sozusagen eine Symptombekämpfung ist in diesem Sinne, dass einfach unser Bildungssystem Chancenungleichheit sehr stark vererbt. Das hat verschiedene Gründe, das hängt damit zusammen, dass mit 10 Jahren eben schon entschieden wird zwischen Gymnasium und Mittelschule, das hängt damit zusammen, dass es verglichen mit anderen Ländern wenig Ganztageseschulplätze gibt, das hängt mit ganz vielen Dingen zusammen, und natürlich hilft kostenlose Nachhilfe, darauf zu reagieren, aber am Ende ist es das Bildungssystem als Ganzes, das halt viel zu viele Kinder zurücklässt. Und ich kann es bestätigen, dass viele Kinder auf der Warteliste stehen in Graz für kostenlose Nachhilfe, weil ich es auch über die Caritas-Lerncafés, die eben einer der Vereine sind,

die das als Angebot haben, war es, dass es immer wieder ganz, ganz großen Bedarf an der kostenlosen Nachhilfe gibt, und von dem her unterstützen wir dein Anliegen auf jeden Fall (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Liebe Sabine, vielen Dank für den Antrag, ich habe heute schon einmal gesagt, Politiker sollten sich dann melden, wenn sie Substanzielles, Gehaltvolles und im besten Fall Nützlich für die Bevölkerung beizutragen haben. Jetzt darf ich natürlich kurz feststellen, dass ja die große Zuständigkeit für die Abteilung für Bildung und Integration und für den großen Bildungsbereich ja beim Stadtrat Kurt Hohensinner liegt, aber ich darf ergänzen, dass natürlich auch im Integrationsreferat das für uns auch ein großes Thema ist. Weil du erwähnt hast Statistiken und Erhebungen, hier vielleicht ein Hinweis für alle, weil es tatsächlich sehr interessant ist: Das Integrationsreferat hat ja 2021 eine Status-quo-Erhebung gemacht, auch wie sozusagen sozialökonomische Chancen von Kindern und Jugendlichen im Grazer Stadtgebiet zusammenhängen. Die ist auch in der vollen Breite auf der Homepage der Stadt Graz abrufbar unter dem Titel „Integration im Fokus“. Und aus der geht auch sehr deutlich hervor, dass es eben einen sehr, sehr starken Zusammenhang gibt einfach zwischen der sozio-ökonomischen Situation, der Familie, und dann eben natürlich den Bildungschancen der Kinder. Wir kennen diese Zahlen ja eh, oder diese Entwicklung insgesamt sehr deutlich, aber sie bestätigt sich eben auf Grazer Ebene noch einmal sehr deutlich. Und wir wissen natürlich auch, dass Kinder aus Familien, die nicht nur soziale Barrieren, sondern auch sprachliche Barrieren haben, dass die es noch deutlich schwieriger haben und dass es dort deutlich mehr Unterstützung einfach noch braucht für Kinder und Jugendliche. Und in dem Sinn haben wir auch vom Integrationsreferat eine Reihe angeboten, damit sozusagen diese Barrieren bestmöglich überschritten werden können. Ich darf hier einerseits verweisen auf die Grazer Sommerschule, deren Angebote wir ja im vergangenen Jahr 2022 deutlich ausbauen haben können, um weitere 210 Kursplätze, also wir haben im Sommer 1.365

Kursplätze für Kinder aus Volksschulen und Mittelschulen zur Verfügung stellen können mit einem besonderen Fokus auch auf den Erwerb der deutschen Sprache, war aber natürlich offen für alle Kinder. Das betrifft den Sommer; aber es gibt auch den Winter und alle anderen Jahreszeiten und insofern gibt es hier natürlich auch Angebote, die sehr wichtig sind und da darf ich verweisen darauf, dass wir vom Integrationsreferat insgesamt Plätze für 2.088 Kinder und Jugendliche anbieten können über die verschiedensten Träger, das sind die Caritas-Lernbars, das sind die Lernhäuser vom Roten Kreuz, das sind die Lerncafés, die Begegnungszentren, ISOP-Deutschkurse etc. für 2.088 Kinder und Jugendliche. Und wir haben jetzt auch neu gestartet noch einmal Angebote auch speziell für Eltern und dort insbesondere für Mütter, weil es natürlich auch sehr wichtig ist, dass auch die Mütter entsprechend die Sprache lernen können. Und das ist einfach ein ganz wichtiger Punkt, einfach auch aus der Erkenntnis dieser Studie, auf die ich nochmals verweisen darf, dass wir einfach auch Angebote schaffen müssen gerade für Kinder aus Elternhäusern, die eben vielfach Ressourcen nicht haben und wo wir einfach schauen müssen, dass die speziell unterstützt werden (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich brauche ja eigentlich kein Schlusswort mehr zu sagen. Es hat jetzt eh der Herr Krotzer wunderbar erläutert, was da alles passiert, ist auch gut so. Es ist dringlich, es gab ein Versagen des Schulsystems während Corona. Damit hat keiner gerechnet, da war man nicht darauf vorbereitet und das darf jetzt das Kind, die Schülerin, der Schüler nicht ausbaden müssen. Und ich sehe, es gibt eine breite Zustimmung jetzt schon, das freut mich, wenn Sie da zustimmen. Und zum Herrn Brandstätter, vielen Dank für Ihren Hinweis, und ich möchte Ihren Hinweis auch gar nicht weiter kommentieren. Dankeschön (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

**10.11 KFZ-Schikanen beenden – Rückkehr zu Verkehrsplanung mit Hausverstand in Graz dringend notwendig
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Günter Wagner:

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, wir kommen jetzt zu später Stunde zum letzten dringlichen Antrag des Tages, unter dem Motto: KFZ-Schikanen beenden. Ich glaube, wir sind uns alle einig, nicht unbedingt bei meinem Antrag, das ist mir vollkommen bewusst, vielleicht bei folgendem Satz: „Das einzige Beständige im Leben ist die Veränderung“ und ja, das trifft auch auf das Verkehrsverhalten zu. Ohne Zweifel, auch das wird sich verändern müssen und das darf sich auch in Graz verändern. Allerdings mit Maß und Ziel und das erkenne ich in den letzten Wochen und Monaten nicht. Da scheint die Devise näher zu sein: „Kampf dem KFZ, koste es, was es wolle!“ Verkehrsberuhigung, wie gesagt, ja, aber ich will jetzt nicht den Prof. Fallast zitieren, so wie die Kollegin Gmeinbauer das gemacht hat und sagen zu Tode beruhigen, ich will auch nicht aktive Sterbehilfe dazu sagen, aber auf jeden Fall möchte ich schon anmerken, zu ruhig sollte es in einer Stadt wie Graz dann doch auch nicht werden und der Zugang ist eben ein anderer. Statt die Leute zum Glück zu zwingen, sind wir für eine Anreizschaffung und da wird es nicht reichen, in die Stadt Radwege hineinzubauen und dann stehe ich in der Stadt und weiß mit meinem heute schon sehr wertvollen, teuren und technisch hochwertigen Fahrrad nicht, wo ich damit hin soll. Es gibt auch noch immer Flächen in Graz, wie z.B. in Puntigam, wo ich mit einer Person gesprochen habe, die in Puntigam wohnhaft ist, in Puntigam arbeitet. Zu Fuß zur Arbeit 40 Minuten gehen, würde mit den öffentlichen Verkehrsmitteln 30 Minuten brauchen und mit dem Auto 7 Minuten. Ich denke, das sind Punkte, wo man angreifen sollte um das wirklich attraktiv zu gestalten. Offenbar gibt es da einen neuen Stil und der wird auch sehr ernst genommen und ordentlich ausgelebt. Hunderte Parkplätze, das haben wir heute auch schon gehört, sollen dem roten Stift zum Opfer fallen und sind dem Rotstift zum Opfer gefallen, auf die Ebene minus eins zu gehen, scheint offenbar überhaupt keine Option zu sein und Anrainergaragen wie etwa im Areal des zukünftigen Center of Physics werden eingestampft. Um noch zu replizieren

auf die Wortmeldung von Herrn Lenartitsch zum ÖVP-Antrag, die Parkhäuser für die Einpendelnden außerhalb von Graz, das ist schon klar, aber das ist wieder ein ganz anderes Thema als der Anrainerparkplatz für den, der schon in der Stadt wohnt, weil wir werden ja kaum wollen, dass einer in der Stadt wohnt und sein Auto am besten dann draußen vor den Stadtgrenzen parkt, der Illusion darf man sich einfach nicht hingeben. Ebenfalls dürfen wir uns da der Illusion nicht hingeben, dass wir denken, dass, wenn heute jemand auswärts berufstätig ist und zurück nach Hause fährt, dass er, bevor er in der Stadt dann möglicherweise seinen Konsumzwängen nachkommt und in der Stadt verweilt, dass er dann vorher sein Auto heimbringt und dann mit dem öffentlichen Verkehrsmittel in die Stadt hineinfährt. Das ist ein netter Gedanke, wird nur so nicht funktionieren. Das nächste Thema, oder zumindest zur Anreizschaffung, das kann man natürlich auch anders verstehen. Aber ich nehme an, ihr versteht das anders, kann man auch die Tempo-30-Ausweitung auf Vorrangstraßen hernehmen. Man kann sagen, wenn ich das Auto langsam genug mache, sodass ich dann mit dem Fahrrad am Schluss schneller bin, dann ist es ein Anreiz umzusteigen, unser Denkansatz ist da definitiv ein ganz anderer. Ebenfalls die diskutierte Erhöhung der Dauerparkkarten. Der ehemalige SPÖ-Gemeinderat und ARBÖ-Präsident Eichberger hat der Idee einen Namen gegeben. Ich möchte das gar nicht wiedergeben, so drastisch möchte ich es nicht ausdrücken, aber er hat eine Anmerkung gemacht, ob sie dann in Zukunft bei den Öffi-Tarifen dann auch so ähnlich gehandhabt wird wie bei den Fahrzeugen, dass man nach Größe und Gewicht unterscheiden. Ich hoffe, ihr nehmt die Größe, weil dann fahr ich vermutlich in Zukunft gratis (*Lachen aus den Reihen des Gemeinderates*). Wenn ich den Punkt auch noch hernehme und das mit Zahlen hinterlege, dann wollt ihr mir auch sagen, das wird nicht treffsicher sein. Das meistgekauftete Elektrofahrzeug derzeit ist der Tesla Y und der meistgekauftete SUV in Österreich ist ein VW Tiguan, der 500 kg weniger wiegt und 3 cm kürzer ist. Ich weiß nicht, wen ich damit strafe. In den letzten Jahren habe ich nur gehört, kauft ein E-Auto und sobald wir eines haben, werden wieder alle kräftig zur Kasse gebeten. Auch ganz sicher nicht der richtige Weg. Auch das Beispiel der Zinzendorfsgasse hat gezeigt, es fühlen sich bei weitem nicht alle mitgenommen. Ja, da gehen jetzt ein paar Menschen

auf die Straße und man kann sagen, ok, man kann sich alle anhören und zum Schluss muss ich drüberfahren über die, die auf die Straße gehen. Ich hoffe, dass das erstens nicht wörtlich gemeint ist und dass das zweitens dann nicht auf die Personen zutrifft, die sich genau wegen dem Gegenteil auf die Straßen kleben. Aufgrund dessen, dass einfach in den letzten Monaten mit der Brechstange vorgegangen wird und sich in dem Bereich der Attraktivierung hier meiner Meinung nach sehr wenig tut, kommt von uns folgender

dringlicher Antrag:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, in der Verkehrsplanung für die Landeshauptstadt ab sofort folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Keine weitere Streichung von Parkplätzen im Stadtgebiet ohne adäquaten Ersatz
2. Rücknahme der Tempo-30-Ausweisungen auf Vorrangstraßen
3. Einstellung der Planungen zu einem gewichts- oder größenabhängigen Kostenschema für Dauerparkkarten
4. Einstellungen der Planungen zu Begegnungszonen im Stadtgebiet
5. Bedachtnahme auf Anrainerinteressen im Sinne von Anrainergaragen
6. Neuausrichtung der Mobilitätsstrategie allerdings mit der Berücksichtigung des Individualverkehrs und des „Faktors Auto“ für die Wirtschaft der Landeshauptstadt

Originaltext des Antrages:

Der Individualverkehr hat insbesondere seit dem Amtsantritt der dunkelrot-grün-roten Stadtregierung einen besonders schweren Stand in der Landeshauptstadt. Die Devise der zuständigen grünen Verkehrsstadträtin Judith Schwentner scheint in etwa wie folgt zu lauten: „Kampf dem KFZ, koste es was es wolle!“ Dabei wird jedoch zu oft darauf vergessen, dass einerseits viele Grazer noch auf ein KFZ – und sei es nur für Erledigungen außerhalb des Stadtgebietes – angewiesen sind und andererseits jeden

Tag tausende Berufspendler die Landeshauptstadt erreichen müssen. Dies ist keineswegs von jedem Ort außerhalb der Stadt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln möglich. Anstatt sich in einem ersten Schritt um einen vernünftigen Ausbau der öffentlichen Anbindungen zu kümmern und ein gewisses Maß an infrastrukturellen Mindestanforderungen für die Grazer sicherzustellen, wird das Pferd im grünen Ressort von hinten aufgezümt. Ganze Straßenzüge werden zu Sperrzonen für den Verkehr und zahlreiche Parkplätze fallen – wie erst unlängst im Zuge des Umbaus im Bereich der Neutorgasse – dem Rotstift der Vizebürgermeisterin zum Opfer. Gleichzeitig werden Pläne zu notwendigen Anrainergaragen wie etwa jene am Areal des zukünftigen Center of Physics eingestampft. Handelt es sich dabei noch um ein vergleichsweise subtiles Vorgehen der grünen Bürgermeister-Stellvertreterin gegen Autofahrer, wird in anderen Bereichen viel offensiver gegen den Individualverkehr geschossen. So wurde unlängst aus dem Verkehrsressort verlautbart, dass spätestens ab dem Sommer 2023 in zahlreichen Straßenzügen der Landeshauptstadt Tempo 30 gelten soll, zeitgleich wird eifrig an einem System getüftelt, welches den Grazern je nach Größe ihres Fahrzeuges mehr Geld für Dauerparkkarten aus dem Säckel ziehen soll. Was seitens der Verkehrsstadträtin unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Klimawandel und als Vorgehen gegen reiche SUV-Besitzer verkauft wird, trifft in Wahrheit oftmals Familien, welche schlichtweg auf größere Fahrzeuge angewiesen sind. Dem nicht genug, stellte Verkehrsreferentin Schwentner Mitte Januar bereits die nächste Großoffensive gegen den KFZ-Verkehr vor. Aufmerksamen Lesern der Projektvorhaben für das Jahr 2023 dürfte nicht entgangen sein, dass sich darunter auch die Adaptierung des Mobilitätsplans befindet. Konkret heißt es in der Pressemeldung der Stadt Graz dazu wie folgt: „Mobilitätsplan 2040: Die aktuelle Mobilitätsstrategie aus dem Jahr 2015 ist veraltet und wird derzeit überarbeitet. Der neue Mobilitätsplan ist ein Gesamtkonzept mit Fokus auf Erreichung der Klimaziele, der alle Verkehrsarten berücksichtigt. Deshalb wird ein besonderes Augenmerk auf umweltfreundliche

Verkehrsmittel wie den Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr gelegt.¹⁰ Dass Autofahrer im Rahmen dieses Konzeptes wohl mit weiteren Repressalien rechnen dürfen ist naheliegend. Um der ständigen Drangsalierung der auf das Auto angewiesenen Bürger durch das grüne Verkehrsressort Einhalt zu gebieten, braucht es ein geschlossenes und entschlossenes Auftreten des gesamten Gemeinderats.

Namens des Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Stadtregierung wird aufgefordert, in der Verkehrsplanung für die Landeshauptstadt ab sofort folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 1. Keine weitere Streichung von Parkplätzen im Stadtgebiet ohne adäquaten Ersatz*
- 2. Rücknahme der Tempo-30-Ausweisungen auf Vorrangstraßen*
- 3. Einstellung der Planungen zu einem gewichts- oder größenabhängigen Kostenschema für Dauerparkkarten*
- 4. Einstellungen der Planungen zu Begegnungszonen im Stadtgebiet*
- 5. Bedachtnahme auf Anrainerinteressen im Sinne von Anrainergaragen*
- 6. Neuausrichtung der Mobilitätsstrategie unter Berücksichtigung des Individualverkehrs und des „Faktors Auto“ für die Wirtschaft der Landeshauptstadt*

¹⁰

GR Kozina-Voit:

Das kann man jetzt natürlich nicht einfach so stehen lassen. Ganz klar, das sind natürlich sehr viele Details, auf die man jetzt eingehen könnte, aber das würde etwas den Rahmen sprengen. Ich möchte aber nur ganz grundsätzlich, weil es gibt so ein paar Dinge, die kommen auch von anderen Parteien immer wieder und es gibt natürlich zwei Möglichkeiten, wie man mit diesem hoch emotionalen Thema Verkehr umgehen kann. Man kann diese Emotionen, die da sowieso drinnen sind, noch weiter befeuern mit vielleicht der Schiebung auf die nächste Wahl, oder man kann versuchen, das halt faktenbasiert zu machen und versuchen, eine möglichst langfristig orientierte Verkehrspolitik zugunsten der zukünftigen Generationen zu machen. Wir machen Zweiteres, auch wenn das oft unpopulär ist, auch wenn man dafür einen Gegenwind bekommt, natürlich wissen wir auch, dass es Menschen in Graz gibt, die auf das Auto angewiesen sind. Wir wissen aber auch, dass es genauso viele Menschen gibt, die das Auto nehmen, obwohl sie eigentlich nicht darauf angewiesen sind, obwohl sie andere Möglichkeiten hätten. Jetzt kann man natürlich sagen, ok, das ist die persönliche Freiheit, jeder soll das nehmen, was er will. Das Problem ist halt einfach, dass die Autos Abgase verursachen, CO₂, einen Lärm, den manche mögen oder nicht, ich nicht, also Verkehrslärm taugt mir persönlich weniger. Aber sie brauchen auf jeden Fall viel Platz, das geht auf Kosten der Menschen, es geht auf Kosten der Umwelt, es geht auf Kosten des Klimas und es trifft vor allem die Ärmeren, die an den Straßen wohnen und eben die jüngeren Generationen, weil um deren Zukunft geht es ja auch. Was wir dann eigentlich sagen, das ist die Freiheit des Einzelnen, die endet nämlich dort, wo die Freiheit der anderen beginnt. Da gibt es ein klares Konzept, weil das auch oft kritisiert wird, das ist nicht gegen Autos, sondern das ist eben für die Menschen. Wir können und wollen das Autofahren nicht verbieten, aber wir können es eben unattraktiv machen, damit die, die nicht aufs Auto angewiesen sind, umsteigen und damit die, die bisher aufs Auto angewiesen waren, in Zukunft nicht mehr auf das Auto angewiesen sind. Wie geht das? Entscheidend ist einfach, wie schnell, wie komfortabel, wie sicher und flexibel ich mit welchem Verkehrsmittel von A nach B komme. Das heißt, die einzige Möglichkeit, die wir wirklich haben, ist, dass wir Gehen, Radfahren,

öffentlichen Verkehr schneller, komfortabler, sicherer und flexibler macht, dass wir diesen Verkehrsmitteln mehr Flächen bereitstellen. Jetzt wissen wir natürlich auch, die Flächen sind nicht beliebig vermehrbar, aber wir haben in den letzten Jahrzehnten fast die gesamten Verkehrsflächen dem Autoverkehr zur Verfügung gestellt. Eine Zahl dazu: 92 % des ruhenden Verkehrs, also der Flächen für den ruhenden Verkehr, sind für die Autos gedacht. Wir müssen die Flächen anders verteilen, Infrastruktur für Gehen, Radfahren und öffentlichen Verkehr ausbauen. Dafür eben auch Fahrstreifen und Parkplätze hernehmen und ein kleines Rechenbeispiel, das hat mir der Herr Kollege Hackenberger noch mit auf den Weg gegeben. Wenn man jetzt eine Person hernimmt, die umsteigt vom Auto auf das Fahrrad, dann braucht die Stadt 10 m² Autoparkplatz, 2 m² für das Fahrrad. Das heißt, wir haben 8 m² mehr Platz in der Stadt. Jetzt haben wir in Graz eine KFZ-Dichte von 485 KFZ pro 1000 Einwohner. Zürich z.B. was die ÖVP zitiert hat, hat 320 KFZ auf 1000 Einwohner. Das ist ein Unterschied von 165 KFZ auf 1000 Einwohner, mal 300.000 Einwohner in Graz, dann sind wir bei 50.000, und wenn wir das mit 8 multiplizieren, mit diesen 8 zusätzlichen Quadratmetern die wir mehr Platz haben, sind wir bei 400.000 zusätzlichen Quadratmetern Platz, die wir einfach bekommen, wenn die Menschen umsteigen, und mit diesen 400.000 m² können wir dann eine Menge machen. Da können wir Grünflächen damit machen, da können wir Parks machen, da können wir Radwege und alles Mögliche machen. Da entsteht einfach ganz viel Platz allein durch das Umsteigen und ich glaube, das ist sehr wichtig. Man kann natürlich gerne weiter für Autos kämpfen; wir setzen uns für die Menschen ein, damit sie künftig auch gut zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit dem ÖV durch Graz kommen. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Lenartitsch:

Liebe Stadtsenatsmitglieder, lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Als ich das gelesen habe, war es für mich spannend, wenn steht KFZ-Schikanen beenden. Ich weiß nicht, ob eine 30iger-Zone wirklich eine Schikane ist, wenn wir festgestellt haben oder wenn festgestellt wurde, wie viele Autofahrer sich

nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkungen halten. Es mag sein, dass es in 30iger-Zonen sind oder in 50iger-Zonen ist, aber Fakt ist, das vielleicht bei moderneren Fahrzeug auch nicht mehr so das Empfinden ist, wenn es 50 oder 30 Km/h fährt, ob ich es noch einschätzen kann oder ob es für mich eher langsamer ist bzw. durch den technischen Fortschritt das Fahrzeug einfach die Geräusche so nicht wiedergibt. Ich bin schon etwas länger auf der Welt und meine Familie bzw. wo ich als Kind, wir hatten einen Ford Fiesta, Baujahr 1979, der hatte maximal, ich glaube, die halbe Länge eines momentanen Familienfahrzeuges. Die Autos werden größer und brauchen dadurch auch mehr Platz. Das ist, weil die größer bauen und wir sagen, wir hätten einfach gerne jeden Luxus in unseren Fahrzeugen drinnen. Wenn hier Bezug genommen wird, dass in Graz wir ein Problem haben, bzw. die Politik hier drüber fährt, sehe ich das etwas anders. Ich habe das heute schon einmal ausgeführt. Hätten wir in den Anfang-70igern, ich denke, es war 71 oder 72, als die Herrengasse zur Fußgängerzone wurde, hätten wir jetzt nicht eine wunderbare Fußgängerzone dort und eine schöne Flanierstraße. Das soll auch in anderen Stadtteilen, nicht nur in der Innenstadt, so quasi weiter ausgedehnt werden. Weil es einfach schön ist. Wir fahren alle in andere Städte zum Urlaub-Machen und freuen uns voll, wenn dort ein riesengroßer Innenstadtbereich ist, den man zu Fuß gehen kann, oder wenn man vielleicht in die skandinavischen Städte fährt, wo man irrsinnig viel mit dem Fahrrad zurücklegt, weil die Leute in der Stadt einfach nicht mehr fahren wollen. Wenn wir jetzt aber sagen, wir lassen alles beim Alten und streichen keine Parkplätze mehr, dann würden wir uns auch nicht mehr weiter entwickeln. Es gäbe keine Fußgängerzonen, keine Wohn- und Mobilstraßen und was mir persönlich, weil es auch mein Job ist, was mir persönlich weh tun würde, ist, keine Erweiterung des öffentlichen Verkehrs. Denn überall dort, wo dann eine Straßenbahn fährt, fällt vielleicht etwas weg, wo vorher das Fahrzeug fuhr oder parkte. Sie kennen sicher meine intensive Tempo-30-sichtbar-machen-Initiative. Das wäre für mich eher etwas mehr ins Bewusstsein zu rücken, oder Ihnen ins Bewusstsein zu stellen und zu sagen, ja, ich halte mich an die Geschwindigkeitsbeschränkungen und damit werden die Leute auch wieder sensibilisiert und kommen ungestresster durch den Alltag. Wenn ich noch einmal auf

das Weiterentwickeln noch einmal Bezug nehmen darf. Ich finde es auch charmant, oder ich würde es charmant finden, würden wir noch mit Murnockerln unsere Straßen pflastern und mit einem Pferdefuhrwerk vielleicht von A nach B kommen. Hat einen charmanten Charakter, auch die Pferdetramway, die im Sommer ab und zu genommen wird oder initiiert wird, aber ehrlich gesagt, es ist für den Urlaub oder für einen Ausflug charmant, aber für die Dauer möchte ich mich schon als Rad weiterentwickeln. Danke (Appl.).

KO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Zu später Stunde darf ich noch eine kleine Geschichte zum Thema Verkehr einbringen. Dated vom 25. März 2021 mit der Überschrift: Wohnsammelgaragen. Die Mobilitätsstrategie der Stadt Graz setzt auf die Förderung der sanften Mobilität, also des öffentlichen Verkehrs, des Fußgänger- und Radverkehrs. Da unsere Straßen nicht beliebig vermehrt oder vergrößerbar sind, geht natürlich beispielweise die Einrichtung von Radinfrastruktur zu Lasten anderer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, zumeist von Parkplätzen im öffentlichen Raum. Wie immer man dazu stehen mag, Fakt ist, viele Menschen verfügen über ein Auto und benötigen dafür auch einen Abstellplatz, den sie im öffentlichen Raum, gerade in zentrumsnahen Lagen, immer weniger finden. Zur Entschärfung dieses Problems gibt es u. a. zwei Möglichkeiten:

1. die Schaffung von Anwohner:innenparkplätzen im innerstädtischen Bereich und
2. die Errichtung von Sammelgaragen für Anwohner:innen („Wohnsammelgaragen“).

Und um diesen zweiten Punkt geht es nun in diesem Antrag. Dabei soll es sich nicht einfach um ein Garagenförderungsprojekt handeln.

Im Mittelpunkt stehen:

- die Rückgewinnung und Attraktivierung des öffentlichen Raums für höherwertige Nutzungen, beispielsweise für Grünräume, Aufenthaltsflächen, Spielplätze oder für hochwertige Geh- und Radwege bzw. ÖV-Trassen.

- die Reduktion des Parkplatzsuchverkehrs, mit welcher auch ein Rückgang der Emissionen und eine Verkehrsberuhigung insbesondere in den Nebenstraßen einhergeht. Das bedeutet, diese Sammelgaragen müssen für die ansässige Wohnbevölkerung zu akzeptablen Konditionen zu Verfügung stehen und sind nicht für EinpendlerInnen gedacht. Diese sollen bereits vor den imaginären Toren der Stadt, besser noch in der Region „abgefangen“ und zum Umstieg auf den ÖV gebracht werden.

Diese Zeilen könnten auch von uns stammen und sind auch teilweise ident mit unseren Forderungen bzw. mit Passagen unseres dringlichen Antrages, den wir heute eingebracht haben. Dieser Antrag ist vom jetzige Finanzstadtrat Manfred Eber gewesen, damals Gemeinderat, ein Kollege von uns auf der anderen Seite und die Chance möchte ich nutzen und die Gelegenheit, lieber Herr Finanzstadtrat, dass du in der Bürgermeisterpartei bitte vielleicht Einfluss nehmen kannst bei der Frau Vizebürgermeisterin, dass deine damals gute Idee, die auch weitergegangen ist in den Ausschuss für Stadtentwicklung, vielleicht noch einmal berücksichtigt werden könnte. Dankeschön (*Appl.*).

KO GR Mag. Pascuttini:

Hoher Gemeinderat, zur späten Stunde auch noch ein paar Gedankengänge meinerseits zum Thema Verkehr. Ich denke, da prallen oft die Extreme aufeinander. Die einen wollen die 1000 Parkplätze pro Jahr weniger, die anderen wollen nur mehr Autoverkehr. Ich glaube, da braucht es einen Mittelweg und den habe ich eh schon mehrmals skizziert. Wenn wir oberirdisch etwas wegnehmen, dann können wir es unterirdisch wohl schaffen, denn unterirdisch gibt es nicht viel, außer ein paar Versorgungsnotwendigkeiten, Leitungen etc. Jetzt stelle ich mir die Frage, wenn wir 1000 Parkplätze pro Jahr wegnehmen in Graz, wie es manche Initiativen fordern, ich würde es durchaus lustig finden, wenn sie das machen, ich glaube, das würden sie politisch nicht überleben, das wäre wirklich ein Wahnsinn. Jetzt denke ich mir auch, Sie sprechen dann oft davon, man will ja niemanden zwingen, man will etwas anderes

anbieten. Aber ich frage mich, was bieten sie an? Sie haben letztes Jahr sehr viel präsentiert, wir bauen die S-Bahn, in langer und kurzer Variante, vier, fünf, sechs Milliarden, dann ist die Budgetkrise gekommen und jetzt hört man, dass sie das bewältigen werden. Finde ich gut, aber wie werden sie das bewältigen? Nicht indem sie sagen, wir bauen gleichzeitig um 6, 7, 8 Milliarden den ganzen Verkehr aus. Das wird sich nicht ausgehen, bzw. wenn sie uns das präsentieren, dann glaube ich es nicht. Jetzt ist für mich die Frage, ob man wirklich diese rücksichtslose Politik fortfahren will, wo man einigen etwas wegnimmt, ohne ihnen etwas zu geben, oder ob man dort ansetzt, im Kleinen und es ist halt nicht so attraktiv wie, wenn man gleich die großen Schritte geht. Vielleicht macht man die kleinen Schritte, wo man sich einmal die bestehenden Park & Ride Anlagen ansieht, wo man ja teilweise etwas Gutes machen wollte, nur gut gewollt ist nicht gut gemacht. Wenn ich an die Anlage in Fölling denke, wo man wirklich etwas hingestellt hat, mit einem guten Willen, niemand wollte etwas Schlechtes, ja und das Parkhaus steht komplett leer. Die einzige Benutzung die es gegeben hat, war damals als es die Teststation dort gegeben hat, Anfang von Corona. Da war das Häusel einmal gut befahren. Ich war auch mehrmals dort. Aber sonst ist das mehr oder weniger ein leerstehendes Objekt. Die Angebote werden ja angenommen, wenn es sie gibt. Nur wenn ich jetzt an die Park & Ride Anlage Weinzöttl denke, entweder findet man keinen Platz, oder man hat keine gescheite Anbindung, weil dann müsste man ein wenig zu Fuß gehen, dann steigt man in den Bus, dann fährt man entweder durch halb Andritz, oder durch halb Gösting. Also wenn sie etwas wegnehmen, dann müsse sie auch etwas geben und das sehe ich einfach nicht, dass das in absehbarer Zeit passieren wird. Aber vielleicht überraschen sie mich dann umso besser. Zum Antrag von Kollegen Wagner, da sind gewisse Dinge dabei. Punkt 1 kann ich voll unterschreiben, keine weitere Streichung von Parkplätzen im Stadtgebiet ohne adäquaten Ersatz. Ob das jetzt immer 1:1 Ersatz sein muss, das stelle ich in Zweifel. Oft braucht es sogar mehr Parkplätze als es jetzt schon gibt unter der Erde und ab und zu ein paar weniger, vielleicht hat es da in der Vergangenheit zu viele gegeben. Das muss man im Einzelfall betrachten. Das zweite, Rücknahme der tempo 30 Ausweisung auf Vorrangstraßen. Ich weiß es, viele Anrainer wünschen sich oft diese Tempo 30

Gestaltungen. Da macht man sich viele zu Feinden, wenn man das generell kategorisch ablehnt, weil ich verstehe es, man will nicht unbedingt vor seinem Haus oder vor seiner Wohnung dem Verkehr zum Opfer fallen. Punkt drei, da können wir wieder mitgehen, das ist einfach nicht gut durchdacht. Ja, man kann schon in einer Stadt vielleicht versuchen gewisse Autotypen zu reduzieren, aber ich sage mit Zahlen wird man wenig erreichen. Abschließend, das was mich oft ereilt, die Anliegen der Bevölkerung. Man stellt immer die Menschen so dar, als würden sie das Auto nehmen, weil sie so bequem sind. Viele brauchen das Auto und ich glaube viele unter uns haben einen stressigen Alltag, haben viele Termine, also mit den öffentlichen Verkehr schafft man das einfach nicht. Wenn man im Süden von Graz einen Termin hat und dann im Norden von Graz, also das mit dem Bus zu bewältigen, das ist wirklich fast unmachbar, außer man ist dann halt nur auf zwei Terminen.

*Zwischenruf GR **Dreisiebner**: Vom Süden nach Norden kann man schaffen.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Es kommt darauf an wo der Termin ist, weil ich war letztens im tiefsten Liebenau, eine Gegend da kenne ich mich nicht so aus, da bin ich dann ein Stück zu Fuß gegangen, bis ich wieder beim Auto war und dann bin ich wieder Retour gefahren. Ich sage, es ist natürlich schön durch Liebenau zu spazieren, keine Frage, aber effektiv ist es nicht und wenn man jetzt wirklich, so wie ich, viel zu tun hat, dann muss man sich die Frage stellen, nimmt man wirklich weiter etwas weg und führt dann eben dazu, dass die Produktivität, die Arbeitsleistung sinkt. Ich glaube, da darf es nicht diese Extrempositionen geben. Da braucht es wirklich einen Mittelweg. Für Mittelwege sind wir zu haben, deswegen gehen wir auch dort einen Mittelweg bei diesem Antrag, wenn die Dringlichkeit zuerkannt wird und würden gerne die Punkte 1, 3, 5 und 6 zustimmen, den Punkte 2 und 4 nicht. Ich würde wirklich appellieren, das mit der

Verkehrsthematik weniger die Emotionen und mehr der Verstand und der Weg der Mitte walten lässt (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, Stadtrat Riegler sagt es gerade, das ist ein dankbares Thema, wo sich natürlich noch einmal am Schluss alle zu Wort melden, aber eben auch ein wichtiges Thema. Wir haben das bei der Fragestunde angefangen und so wie oft die Freunde der Koalition das machen und dann auch dreimal das Gleiche sagen, haben wir auch eine Stoßrichtung, wo wir sagen, dieses Thema ist uns wichtig und bitte, der Autoverkehr gehört mitgedacht in Graz. Es wird nicht überraschend sein, auch ich stehe für Wahlfreiheit der Verkehrsmittel, werde auch dem Antrag zustimmen und möchte auch noch auf ein oder zwei Punkte eingehen. Der Kollege Kozina, was ja sein Auftrag ist, macht da immer sehr viel Werbung für den ÖV, das steht dir zu, das ist ja auch gut so, aber wenn wir jetzt auch dieses Szenario hernehmen, von heute auf morgen steigen alle Autofahrer jetzt in die Straßenbahn um, in die die wir haben, das funktioniert nicht. Alle die in der Schulzeit einmal versucht haben vom Jakominiplatz irgendwo mit der Straßenbahn hinzukommen, wird einmal ein oder zwei Straßenbahnwegen passieren lassen müssen, weil er gar nicht in dieses Fahrzeug hinein kommt. Das wäre illusorisch, dass wir alle umsteigen. 30iger erweitern auf Vorrangstraßen, da muss ich auch sagen, das ist ökonomisch und wirtschaftlich schlecht, weil diese Vorrangstraßen haben wir ja eben gebaut, damit man schnell von A nach B kommt und damit die Umwelt eben nicht belastet wird. Wenn man dort dann mit 30 herumzuckln, dann gibt es natürlich die aktionistischen Radfahrer, die uns nicht überholen lassen mit dem Auto. Wir wissen, ein erhöhter Abstand beim Überholen, nebeneinanderfahren ist erlaubt, dank der neuen Bundesregierung, da wird es halt eher die Umwelt mehr belasten, weil wie wir schon so oft gehört haben. Es gibt eben Verkehrsmittel, wo ich ein Auto brauche. Ich denke an die ganzen Lieferwägen, Zusteller, Handwerker, die werdet ihr von heute auf Morgen nicht in die Straßenbahn bekommen. Herrengasse ist vom Kollegen der SPÖ angeführt worden. Natürlich wollen

wir sie uns nicht zurückwünschen, das ist ein Beispiel aus den 60iger und 70iger Jahren, wo man wirklich zum Zigarettenkaufen wahrscheinlich noch mit dem Auto gefahren ist. Das wünschen wir uns dort nicht, aber das ist halt ein Innenstadt Thema, wo alle zwei Minuten eine Straßenbahn kommt. Das werden wir in Eggenberg, in Wetzelsdorf oder in Andritz nicht haben. Ansonsten, wie die Vorgänger, plädiere ich für Anrainergaragenausbau, der Park & Ride und bitte Wahlfreiheit und nicht die grüne Verkehrsdoktrin die wir in Graz haben.

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte nur ganz kurz etwas klarstellen. Was das Tempo 30 betrifft.

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates, das geht nicht.

Schwentner:

Ich möchte nur eine Richtigstellung machen. Weil immer wieder in den Raum gestellt wird, das ist aus Jux und Tollerei der Verkehrsstadtsenatsreferentin, das wir Straßen aus dem Vorrangnetz nehmen. Das passiert, auf Vorschlägen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit und eben, wie schon erwähnt, das kommt aus der Bevölkerung, oder aus Sicherheitsgründen und das wird dann über das Straßenamt vollzogen. Das ist kein politischer Wunschauftrag. Das möchte ich nur einmal klar stellen bitte.

*Zwischenruf GR Ing. **Lohr:** Keine Vorrangstraßen mehr in ganz Österreich.*

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Ich bitte Sie, sich an das Straßenamt zu wenden und das Kuratorium für Verkehrssicherheit.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich kann das aus fünfjähriger Zuständigkeit nur bestätigen und das ist dem Vizebürgermeister Eustacchio damals so gegangen, das ist dem Herrn Stadtrat Rüschi so gegangen diese Vorschläge und Piffli-Percevic und Gemeinderat Topf sind ja auch schon lange im Verkehrsausschuss und wissen das auch. Diese Klarstellung war notwendig, damit hier Zuhörer:innen nicht in die Irre geführt werden.

Günter Wagner:

Die Gelegenheit nutze ich, weil ich nicht annehme, dass mir da eine große Zustimmung oder gar die Mehrheit gegeben wird. Dieser Illusion gebe ich mich nicht hin, aber ich möchte trotzdem etwas auf die Vorredner replizieren. Ich werde das Pferd auch von hinten aufzäumen, so wie es offenbar in der Verkehrspolitik momentan auch der Fall ist. Ich beginne bei der Wortmeldung von Alexis. Ich glaube, das ist extrem, dass sich jemand hier hinstellt und mehr Parkplätze fordert, das möchte ich unterstreichen, das gibt es nicht, bedanken möchte ich mich aber, dass du das grüne Mahnmal der Verkehrspolitik das Parkhaus Fölling ansprichst. Das zeigt ja dann wie man es nicht macht. Das Kirchturmdenken, was die Tempo 30 Zonen angeht, das unterschreibe ich natürlich auch, denn wer hätte es nicht gerne vor der eigenen Haustür und überall anders möchte ich dann am besten 120 fahren, das wird natürlich so auch nicht funktionieren. Zum Kollegen Lenartitsch, der schwärmt noch vom Ford Fiesta, weil er halt so schön und klein ist. Das ist eine Liebhaberei, ist natürlich nett, belastet die Umwelt aber sicher wesentlich mehr als es ein modernes Fahrzeug tut und da hätten wir auch das Problem dann mit den Tempolimits nicht mehr so extrem, weil dem Fahrer das eh schon aus der Hand genommen wird und das moderne Fahrzeug, das heute eh schon erkennt und einhält. Man darf vor dem Fortschritt auch hier nicht stehenbleiben und die Augen verschließen. Zum Kollegen Kozina sage ich auch danke für die Wortmeldung. Aber eines möchte ich schon sagen, tun wir nicht immer so, als würden wir nicht in einer lebenswerten Stadt leben und es wäre so schlimm durch Graz zu gehen und wenn du da durch Graz bummelst überfahren dich überall die

Autos, so ist es bei Gott auch nicht. Ich bin froh, dass ich in Graz lebe und ich verweile auch gerne in der Innenstadt und eines hast du richtig gesagt. Die Freiheit des einen endet dort wo die des anderen beginnt. Ich hoffe, ihr werdet das auch in der Schmidgasse dann beherzigen, weil die Freiheit des Menschen der dort bummelt, ist dann oft in Gefahr, dass er vom Fahrradfahrer niedergefahren wird. Einmal schauen, ob ihr euch dann für die Fußgänger dann auch so einsetzt und gegen den Fahrradfahrer mit derselben Konsequenz vorgeht.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Lohr, FPÖ) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir sind jetzt mit den dringlichen Anträgen fertig. Ich danke allen Zuseherinnen und Zusehern via Livestream recht herzlich, der Gemeinderat und der Stadtsenat möchten sich von Ihnen verabschieden, weil wir jetzt in den nicht öffentlichen Teil kommen. Einen schönen Abend noch und danke fürs Dabeisein. Dankeschön und auf Wiedersehen (*Appl.*).